

Vorlage für die Sitzung des Senats am 5. November 2013

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar bis August 2013

A. Problem

I. Durch ein unterjähriges Controlling auf der Basis des Produktgruppenhaushaltes sollen finanzielle, personalwirtschaftliche und leistungsbezogene Entwicklungen aufgezeigt und bei Abweichungen die Möglichkeit geschaffen werden, rechtzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen zur Einhaltung des Budgetrahmens und der Personalziele einzuleiten.

Gleichzeitig erfüllt der Senat seine Verpflichtung gemäß § 12 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes (Land) bzw. § 11 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes (Stadtgemeinde), dem Haushalts- und Finanzausschuss periodisch Berichte vorzulegen.

Auf der Basis der Ergebnisse der Monate Januar bis August 2013 haben die Fachressorts über die Erreichung der im Produktgruppenhaushalt festgelegten Ziele (Finanz- und Personaldaten) auf der Ebene der Produktpläne berichtet und eine Einschätzung zum voraussichtlichen Jahresergebnis vorgenommen. Die Senatorin für Finanzen analysiert diese Berichte, nimmt eigene Bewertungen vor und führt die Ressortberichte zu einem Controllingbericht zusammen.

II. Das Haushaltsjahr 2013 ist das dritte Jahr, das auch im Controlling nach den Vorgaben der mit dem Bund geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen zu beurteilen und zu steuern ist. Insoweit liegt ein weiterer Schwerpunkt des Controllings auf der Einhaltung der jeweiligen produktplanbezogenen zulässigen Finanzierungssalden (nicht zu verwechseln mit dem strukturellen Finanzierungsdefizit im Sinne der Sanierungsvereinbarung).

III. Der Senat hatte in seiner Sitzung am 17. September 2013 die Ressorts, die Budget- bzw. Finanzierungssaldenrisiken aufzeigten, gebeten, sämtliche Möglichkeiten zur Reduzierung der von ihnen erwarteten Risiken – auch im Falle von Mehrbedarfen bei gesetzlichen Leistungen – zu nutzen. Er bat die betroffenen Ressorts weiterhin, diesen Prozess durch ressortinterne (dezentrale) Bewirtschaftungsmaßnahmen zu flankieren. Hierüber sollte im Rahmen des Monatscontrollings Januar bis August 2013 konkret berichtet werden.

Die Senatorin für Finanzen hatte den Ressorts zu diesem Zweck ausdrücklich die Frist für das Controlling Januar bis August 2013 bis zum 27. September 2013 verlängert, damit diese der Berichtsbitte angemessen nachkommen konnten.

B. Lösung

I. Einhaltung der Finanz- und Personalziele

Die von den Ressorts aufgezeigten Budgetrisiken (Personal- und sonstiger Haushalt) summieren sich zum Controllingzeitpunkt auf rd. 70,815 Mio. €. Allerdings beabsichtigen die Ressorts, ihre Budgetprobleme in einer Größenordnung von bis zu rd. 28,329 Mio. € durch ressortinterne Steuerungsmaßnahmen zu lösen. Darüber hinaus schlägt das Sozialressort vor, den Mehrbedarf im konsumtiven Bereich in Höhe eines Betrages von rd. 28,876 Mio. € durch Heranziehung von Mehreinnahmen des Bundes für die Grundsicherung zu finanzieren.

Eine produktplanbezogene Übersicht einschl. der aufgezeigten Deckungsmittel ist in der **Anlage 1** beigefügt. Die vom Senat in seinen Sitzungen am 27.11.2012, 18.06.2013, 20.08.2013 und 17.09.2013 festgestellten Investitionsbedarfe für Kinderbetreuung, Eigenkapitalaufstockung Klinika und zum Ausbau der Flüchtlingsbetreuung sind hier nicht dargestellt, da es sich nicht um dezentral zu verantwortende Budgetrisiken handelt.

Es verbleiben die nachfolgenden, noch nicht einer konkreten Lösung zugeführten Nettorisiken in Höhe von **13,610 Mio. €**

	Minder- einnahme	Mehrausgaben		Insgesamt
		Personal*	konsumtiv	
in Mio. €				
07 Inneres	1,000	1,870	2,352	5,222
11 Justiz			1,820	1,820
21 Bildung			2,750	2,750
41 Jugend und Soziales			3,430 **	3,430
51 Gesundheit	0,388			0,388
INSGESAMT	1,388	1,870	10,352	13,610

* Von den Ressorts geplante Deckungsmittel außerhalb des Personalbudgets sind abgesetzt!

** Sozialleistungsmehrausgaben i. H. v. 28,9 Mio. € durch Mehreinnahmen "Grundsicherung im Alter" gedeckt.

Die Senatorin für Finanzen wird in dieser Controlling-Vorlage die von den Produktplänen gemeldeten Budgetrisiken lediglich aufzeigen und ggf. summarisch benennen. Vorschläge zur Lösung bzw. zum Umgang damit erfolgen mit der zeitgleich vorgelegten Vorlage der Senatorin für Finanzen „Lösungskonzept für die verbliebenen Budgetrisiken und die investiven Finanzierungsbedarfe im Haushaltsjahr 2013“ (Parallelvorlage).

Zu den Risiken im Einzelnen:

1. Budgeteinhaltung Personal

Personalausgaben / Produktpläne

In den Produktplänen werden zum Jahresende Mehrausgaben beim Personal in Höhe von rd. 7,831 Mio. € erwartet. Für 5,961 Mio. € steht Deckung bereit, so dass ein Budgetrisiko in Höhe von rd. **1,870 Mio. €** im Produktplan 07, Inneres verbleibt (siehe auch **Anlage 1**).

In der Produktgruppe 07.01.01 Polizei ist ein Betrag in Höhe von 2,054 Mio. € gesperrt. Über den Umgang mit dieser Sperre ist im Rahmen der Parallelvorlage zu entscheiden.

Für den Produktplan 21 -Bildung- werden Mittel in Höhe von rd. 800 Tsd. € aus dem im Produktplan 92 veranschlagten Überziehungskorridor zur Verfügung gestellt.

Im Produktplan 51 -Gesundheit- sind aufgrund der Neugründung des Ressorts Mehrausgaben im Personalbereich aufgelaufen. Neben Eigenanstrengungen des Ressorts sollen Mittel in Höhe von rd. 176 Tsd. € aus den zentralveranschlagten Personalmitteln zur Deckung des Defizit herangezogen werden.

2. Budgeteinhaltung (sonstiges Budget)

In den nachstehenden Ausführungen werden grundsätzlich lediglich die Produktpläne benannt, die im Zuge des Controllings für das Jahresende (verbleibende) Budgetprobleme aufgezeigt haben. Die anderen Produktpläne haben die Budgeteinhaltung bzw. -unterschreitung aufgezeigt oder Lösungen erwarteter Budgetrisiken innerhalb des Produktplans bzw. des Senatorenbudgets angekündigt.

⇒ **Produktplan 07 Inneres**

Der Senator für Inneres hat neben den Erläuterungen zum Controlling 1 – 8/2013 mit Schreiben vom 25. September 2013 zusätzliche über das Ergebnis des Controllings 06/2013 hinausgehende Risiken aufgezeigt und die Risiken insoweit erweitert.

Unter Berücksichtigung der erwarteten Mindereinnahmen und konsumtiven Mehrausgaben ergibt sich nach Darstellung des Ressorts nunmehr die nachfolgenden Budgetrisiken (in Mio. €):

Mindereinnahmen	Stadtamt (Verkehrsüberwachung)	1,000
Mehrausgaben	Kostenerstattung Polizei BHV	0,296
Mehrausgaben	Polizei	2,093
Mehrausgaben	Stadtamt	1,559
Mehrausgaben	Statistisches Landesamt	0,120
Budgetrisiko	konsumtiv	5,068

Zum internen Ausgleich bietet das Ressort an:

Mehreinnahmen beim Rettungsdienst	0,500
Mehreinnahmen Gewinnabschöpfung Straftaten	0,300
Investive Reste Digitalfunk	0,500
<u>Reste Durchführung Zensus</u>	<u>0,120</u>
Zwischensumme	1,420
Deckung durch Sperrenaufhebung Kostenerstattung BHV	0,206
PPL-interner Ausgleich des Restrisikos Kostenerstattung BHV	<u>0,090</u>
Zwischensumme	1,716
Verbleibendes konsumtives Budgetrisiko	<u>3,352</u>

Weiterhin legte das Ressort dar, dass mit Ausnahme der am 4. März 2013 verfügbaren Bewirtschaftungsmaßnahmen keine weiteren internen Steuerungsmaßnahmen möglich seien.

Im Anschlag für die Kostenerstattung der Personalausgaben der Polizei in Bremerhaven ist ein Betrag in Höhe von rd. 0,206 Mio. € für die Kompensation der Mehrausgaben aufgrund des Tarifabschlusses 2013 vorgesehen und im Haushalt gesperrt (Haushaltsstelle 0031/985 20-2, An Hst. 6110/385 10, Kostenerstattung für Personalausgaben der Polizei). Diese Mittel sollten nun zur Deckung der erwarteten Mehrausgaben eingesetzt werden. Zur Aufhebung der Sperre wird auch die Beschlussfassung des Haushalts- und Finanzausschusses angestrebt.

Bei den vom Ressort aufgezeigten Mindereinnahmen (1 Mio. €) handelt es sich um Mindereinnahmen im Rahmen der Verkehrsüberwachung. Die beim Stadtamt geltend gemachten Mehrausgaben (1,559 Mio. €) beruhen lt. Ressort u.a. auf Kostensteigerungen für die Produkte der Bundesdruckerei, höheren Mietnebenkosten sowie einer Nachzahlung für die Bundesdruckerei für Leistungen des Vorjahres. Außerdem ist beim Stadtamt ein Bedarf in Höhe von 0,35 Mio. € auf die vom Senat in seiner Sitzung am 19. Februar 2013 beschlossenen Finanzierung der Unterbringung von Fundtieren zurückzuführen. Hier hatte der Senat bereits einer Finanzierung aus dem Risikofonds zugestimmt. Weitere Mehrkosten (0,12 Mio. €) werden beim Statistischen Landesamt für die Durchführung statistischer Erhebungen sowie ebenfalls aufgrund einmaliger Nachzahlungen an den Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen erwartet.

Ein Schreiben des Ressorts bzw. die vorgelegten Mengengerüste sind dem Controllingbericht beigelegt.

⇒ **Produktplan 11 Justiz**

Das verbleibende Budgetrisiko in Höhe von 1,820 Mio. € setzt sich wie folgt zusammen (in Mio. €):

Konsumtive Mehrausgaben	
Auslagen in Rechtssachen	2,200
Vollzugsgemeinschaft Niedersachsen	0,684
Sonstige Mehrausgaben	<u>0,271</u>
Zwischensumme	3,155
Konsumtive Mehreinnahmen	- 0,352
Investive Minderausgaben	<u>- 0,134</u>
Zwischensumme	2,669

Deckung durch Ressort (Personalminderausgaben)	- 0,849
Verbleibendes Budgetrisiko	<u>1,820</u>

Das Ressort sieht keine weiteren Möglichkeiten zur Minimierung des Budgetrisikos und verweist auf den Risikofonds. Die vom Ressort vorgelegten Mengengerüste sind dem Controllingbericht beigelegt.

⇒ **Produktplan 21 Bildung**

Der Produktplan zeigt ein Budgetrisiko in Höhe von 2,750 Mio. €, welches sich wie folgt zusammensetzt (in Mio. €).

Konsumtive Mindereinnahmen	0,961
Konsumtive Mehrausgaben	
Betreuung Schwerstmehrfachbehinderter	0,800
Zuschüsse Privatschulen	<u>1,950</u>
Zwischensumme	3,711
Deckung durch Ressort	- 0,961
Verbleibendes Risiko	<u>2,750</u>

Das Ressort sieht keine weiteren Möglichkeiten zum Abbau des Budgetrisikos. Die vom Ressort vorgelegten Mengengerüste für die Mehrbedarfe sind dem Controllingbericht beigelegt.

Aufhebung einer Sperre

Im Haushaltsplan 2013 ist bei der Haushaltsstelle 3239/531 32-5 - Mittel zur Finanzierung des Ganztagsschulprogramms - noch ein Betrag von 1,25 Mio. € gesperrt.

Die Sperre war bei der Haushaltsaufstellung 2012/13 im Zusammenhang mit der damals noch nicht abgeschlossenen Konzeption des Programms "Ganztägig Lernen" angebracht worden. Auf Basis der Koalitionsbeschlüsse zur finanziellen Absicherung der Unterrichtsversorgung (2012/2013) hat die Deputation für Bildung am 13.06.2013 und der Haushalts- und Finanzausschuss am 30.04.2013 (in Verbindung mit der Vorlage für den 07.09.2012) die Inanspruchnahme der Mittel beschlossen.

Außerdem erfolgte die Anwahl der 10 offenen Ganztagsgrundschulen zum Schuljahr 2013/14 ohne Kapazitätsbegrenzung; auch hiermit wurde die Deputation am 15.03.2013 befasst. Die Ganztagsmittel werden entsprechend in voller Höhe benötigt.

Die Deputation für Bildung wird in der Sitzung am 7.11.2013 befasst. Die Sperre sollte daher vom Haushalts- und Finanzausschuss aufgehoben werden.

⇒ **Produktplan 41 Jugend und Soziales**

Das Ressort geht auf der Basis von erheblichen Mehreinnahmen insbesondere aufgrund der höheren Bundesbeteiligung für die Grundsicherung im Alter (+ 28,876 Mio. €), aber auch von Mehrausgaben bei den Sozialleistungen in gleicher Höhe sowie Mehrausgaben bei der Kindertagesbetreuung (insgesamt +32,306 Mio. €) von einem Budgetrisiko in Höhe von rd. 3,430 Mio. € aus:

Kons. Mehrausgaben	nicht realisierbare Synergieeffekte Kindertagesbetreuung	- 1,1 Mio. €
Kons. Mehrausgaben	Ausbau Kindertagesbetreuung (Senat 27.11.2012 – 2,1 Mio. € unter Beachtung möglicher sonstiger Bedarfe anderer Ressorts voraussichtlich durch Heranziehung der Risikovorsorge darstellen)	- 2,3 Mio. €

Das Fachressort nimmt bei der Betrachtung der Sozialleistungen eine Saldierung der Mehreinnahmen aus der Grundsicherung mit den voraussichtlichen Mehrausgaben vor. An dieser Stelle wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die sich aus der schrittweisen Übernahme der Grundsicherung durch den Bund ergebenden Mehreinnahmen als Risikovorsorge für den Gesamthaushalt vorzuhalten sind und somit keine ressorteigenen Deckungsmittel darstellen. Dennoch stimmt die Senatorin für Finanzen der vom Ressort beabsichtigten Verwendung dieser Mehreinnahmen für die erwarteten Sozialleistungsmehrausgaben zu.

Das Ressort hat bereits eine ressortinterne Haushaltssperre (Bewirtschaftungsmaßnahmen) verhängt. Hinsichtlich der Steuerung der Sozialleistungsausgaben wird auf den Bericht über die Entwicklung der Sozialleistungen verwiesen.

In die Risikobetrachtung nicht mit einbezogen wurden investive Mehrausgaben für den Ausbau der Kindertagesbetreuung in Höhe von 3,9 Mio. € sowie für den investiven Mehrbedarf aufgrund der steigenden Zahl von Asylbewerbern in Höhe von 3,5 Mio. € für die der Senat und der HaFA bereits Finanzierungsbeschlüsse gefasst haben.

Aufhebung einer Sperre

Im Kapitel 3432 (Kindertagesbetreuung) ist bei der Haushaltsstelle 3432/684 90-2 noch ein Betrag in Höhe von 1,25 Mio. € gesperrt. Die Sperre war im Zusammenhang mit der damals noch nicht umfassenden Ausbauplanung in der Kindertagesbetreuung angebracht worden.

Inzwischen konnte die Gewährleistung des Rechtsanspruchs „u3“ erfolgreich in der Stadtgemeinde Bremen umgesetzt werden. Das Ressort berichtet dazu kontinuierlich den Gremien Senat, Haushalts- und Finanzausschuss bzw. der Fachdeputation.

Sämtliche Anschlagsmittel sind Bestandteil der Bedarfsplanung der Kindertagesbetreuung und werden definitiv zur Sicherstellung der u3-Versorgung sowie der Kindertagesbetreuung allgemein benötigt. In diesem Sinne hat die Deputation für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen am 5. September 2013 der Aufhebung der Sperre zugestimmt.

Die Sperre sollte daher vom Haushalts- und Finanzausschuss aufgehoben werden.

⇒ **Produktplan 51 Gesundheit**

Das Ressort erwartet am Jahresende Mindereinnahmen beim LMTVet in Höhe von 0,500 Mio. € resultierend aus einer rückläufigen Entwicklung der Einfuhren an den Grenzkontrollstellen. Nach Ausgleich mit 0,112 Mio. € erwarteten Minderausgaben im konsumtiven Bereich verbleibt ein konsumtives Budgetrisiko in Höhe von 0,388 Mio. €. Es werden aktuell keine Vorschläge zur Lösung der Budgetprobleme gemacht.

3. Fazit zu den Budgetrisiken (Personal- und sonstige Budgetrisiken):

Von den Ressorts werden insgesamt Budgetrisiken in einer Größenordnung von 11,740 Mio. € und 1,870 Mio. € Personal erwartet, für die von den betroffenen Ressorts keine Finanzierungslösungen vorgeschlagen werden.

Die Senatorin für Finanzen hat dem Senat deshalb zur selben Sitzung mit der Parallelvorlage einen Lösungsvorschlag vorgelegt.

4. Abschließender Hinweis:

Detaillierte Sachverhalte sind den beigegeführten Produktplanberichten der Ressorts, denen im Einzelfall eine Kommentierung der Senatorin für Finanzen vorangestellt ist, zu entnehmen.

II. Einhaltung des veranschlagten eckwertrelevanten Finanzierungssaldos

Neben der Budgetbetrachtung ist im Rahmen dieses Controllings festzustellen, ob der Saldo der veranschlagten eckwertrelevanten Einnahmen und Ausgaben¹ der Produktpläne im Vollzug eingehalten werden kann. Zu diesem Zweck werden die von den Ressorts erwarteten IST-Ergebnisse der eckwertrelevanten Einnahmen und Ausgaben des Jahres saldiert und den veranschlagten eckwertrelevanten Finanzierungssalden gegenübergestellt.

Es ist deutlich darauf hinzuweisen, dass es sich um eine Prognose auf das Ergebnis zum Jahresende handelt. Mögliche zentrale Steuerungseffekte sind (noch) nicht berücksichtigt. Aktuell können Abweichungen entstehen durch (noch) nicht gelöste Budgetrisiken sowie erwartete und (noch) nicht ausgeglichene Reste-/Rücklageninanspruchnahmen².

Gesamthaushalt

Auf Basis der mit diesem Controllingbericht abgegebenen Schätzungen der Ressorts würde sich im Jahr 2013 im Gesamthaushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen folgende Abweichung ergeben:

¹ Dabei handelt es sich um die konsumtiven und investiven Einnahmen, die Personal-, konsumtiven, investiven und Zinsausgaben.

² Nach den Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Haushalte 2013 sind für Reste-/ Rücklageninanspruchnahmen Anschläge oder Mehreinnahmen an anderer Stelle innerhalb des Produktplans „stillzulegen“.

	Anschlag 2013	vorIST 2013	Ab- weichung
	Mio. €		
eckwertrelevante Einnahmen	649,0	737,4	88,4
darunter:			
- konsumtiv	566,1	664,8	98,7
- invest	82,9	72,7	-10,2
eckwertrelevante Ausgaben	4.492,6	4.612,4	119,8
darunter:			
- Personal	1.192,7	1.198,9	6,2
- konsumtiv	2.192,7*	2.293,1	100,4
- investiv	453,7	524,5	70,8
- Zinsen	644,4	595,9	-48,5
- veranschlagter Risikofonds	9,0		-9,0
eckwertrelevanter Finanzierungssaldo	-3.843,6	-3.875,0	-31,4

* abzügl. 1,8 Mio. € als Ausgleich für nicht realisierbare Citytax

Die sich oben ergebende rechnerische Überschreitung des Finanzierungssaldos ist noch um die folgenden beeinflussenden Faktoren zu korrigieren, die noch nicht in das vorgehaltene Rechenwerk eingearbeitet werden konnten (in Mio. €):

Überschreitung lt. Abweichungstabelle	- 31,4
Erwartete weitere Zinsminderausgaben	9,0
Minderausgaben Soziales bei investiven Kosten für Flüchtlinge	4,7
Zugesagter Ausgleich Mindereinnahmen PPL 71 Wirtschaft (EFRE)	15,3
Mehreinnahmen PPL 92 (Refinanzierung Liquiditätstausch SVIT/Häfen)	2,5
Einnahmen aus der Veräußerung Bahnhofsvorplatz	5,1
Mehrausgaben Kapitalerhöhung Klinikum Bremen-Mitte	<u>- 12,0</u>
Verbleibende Überschreitung des Finanzierungssaldos	<u>- 6,8</u>

PPL-bezogen

Die Tabelle mit den PPL-Ergebnissen zum zulässigen Finanzierungssaldo ist der Vorlage als **Anlage 2** beigelegt.

Auf der Basis dieser Tabelle ist festzustellen, dass die folgenden PPL nach Abzug der durch die Budgetrisiken verursachten Finanzierungssaldenüberschreitungen³ weitere Überschreitungen durch Reste und Rücklagenverwendungen verursachen, da kein Ausgleich durch Anschlagstilllegungen erfolgte.

	<u>ca. Mio. €</u>
PPL 12 Sport	0,5
PPL 51 Gesundheit	0,6
PPL 68 Umwelt, Bau, Verkehr	<u>5,0</u>
Summe	<u>6,1</u>

³ unter Berücksichtigung PPL-übergreifender Verlagerungen zum Stichtag Ende September

Die PPL sollten aufgefordert werden, bis zum Ende des Haushaltsjahres einen Ausgleich für die Inanspruchnahme der Reste und Rücklagen aufzuzeigen und hierüber in dem Controlling 1 - 10/2013 ausdrücklich zu berichten.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Mit dieser Vorlage sind unmittelbar keine finanziellen, personalwirtschaftlichen oder genderbezogenen Auswirkungen verbunden.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Produktplan- und Produktbereichsberichte wurden von den Fachressorts erstellt. Die Kommentare der Senatorin für Finanzen und die Vorlage wurden mit den Fachressorts erörtert.

Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Öffentlichkeitsarbeit geeignet. Gegen eine Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz bestehen keine Bedenken.

G. Beschluss

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1186/18 den beigefügten Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar bis August 2013 zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, diesen zusammen mit dem parallel zur Beratung vorgelegten Lösungskonzept (vergl. Vorlage „Lösungskonzept für die verbliebenen Budgetrisiken und die investiven Finanzierungsbedarfe im Haushaltsjahr 2013“) an den parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschuss (Land und Stadtgemeinde) weiterzuleiten.
2. Der Senat stimmt der Verwendung der Mehreinnahmen aus den Zahlungen des Bundes für die Grundsicherung zur Deckung der Sozialleistungsmehrausgaben und des verbleibenden Betrages in Höhe von 0,9 Mio. € für konsumtive Bedarfe im Produktplan 41 Jugend und Soziales zu.
3. Der Senat bittet den Senator für Inneres und Sport, den Senator für Gesundheit und den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr einen Ausgleich der Inanspruchnahme von Resten und Rücklagen (grundsätzlich innerhalb des Produktplans) bis zum Ende des Haushaltsjahres 2013 herbeizuführen und über die Entwicklung der Ausgleichs innerhalb des Controllings 1 bis 10/2013 gesondert zu berichten.

4. Der Senat stimmt der Sperrenaufhebung bei der Kostenerstattung für die Personalausgaben der Polizei BHV zu und bittet die Senatorin für Finanzen, die Aufhebung der Sperre dieser Mittel und der Mittel zur Finanzierung des Ganztagschulprogramms und der Schwerpunktmittel 2013 für den Ausbau der Kindertagesbetreuung beim Haushalts- und Finanzausschusses zu beantragen.

Produktplan	Budgetrisiken 2013								
	Personalbudget			sonstiges Budget					Gesamt
	Risiko	Deckungs- vorschlag (Ressort)	Summe I (Personal)	Minder- einnahmen	konsumtives Risiko	Summe II (Sonstiges Budget)	Deckungs- vorschlag (Ressort)	Summe III (Sonstiges Risiko)	verbleiben- des Risiko Summe I+III
	Mio. €								
03 Senat/Senatskanzlei	0,027	-0,027	0,000						
05 Bundes- und Europa- angelegenheiten	0,280	-0,280	0,000						
06 Datenschutz und Informationsfreiheit	0,187	-0,187	0,000						
07 Inneres	1,870	0,000	1,870	1,000	4,068	5,068	-1,716	3,352	5,222
11 Justiz					2,669	2,669	-0,849	1,820	1,820
21 Bildung	0,790	-0,790	0,000	0,961	2,750	3,711	-0,961	2,750	2,750
22 Kultur	0,119	-0,119	0,000	0,381		0,381	-0,381	0,000	0,000
24 Hochschulen und Forschung	0,263	-0,263	0,000						
31 Arbeit	2,029	-2,029	0,000						
41 Jugend und Soziales					32,306	32,306	-28,876 *	3,430	3,430
51 Gesundheit	0,176	-0,176	0,000	0,500		0,500	-0,112	0,388	0,388
68 Umwelt, Bau, Verkehr	0,500	-0,500	0,000	3,014		3,014	-3,014	0,000	
71 Wirtschaft	1,000	-1,000	0,000	15,300		15,300	-15,300	0,000	
81 Häfen	0,590	-0,590	0,000	0,035		0,035	-0,035	0,000	
INSGESAMT	7,831	-5,961	1,870	21,191	41,793	62,984	-51,244	11,740	13,610

* Beinhaltet Mehreinnahmen vom Bund für die Grundsicherung im Alter i. H. v. 28,9 Mio. €.

	Anschlag				vorauss. IST 2013 (Schätzung 01-08/2013)			Abweichung Anschläge / vorlSt-Schätzung				
	bereinigte Einnahmen	bereinigte Ausgaben	Sonstiges (Verlager. etc.- Schätz. 25.09.)	bereinigter Finanzierungssaldo (incl. Veränder.)	bereinigte Einnahmen	bereinigte Ausgaben	eckwertrel. Finanzierungssaldo	bereinigte Einnahmen	bereinigte Ausgaben	Abweichung im Finanzierungssaldo Anschl./vorlST *** (einschl. Reste/Verlagerungen)	durch Budgetrisiko verursacht	durch Reste/Rücklage verursacht
Tsd. €												
01 Bürgerschaft	92,9	20.317,6	98,1	-20.322,7	93,0	20.177,0	-20.084,0	-0,1	-140,6	238,7		
02 Rechnungshof	2,5	2.938,9	9,0	-2.945,4	3,0	2.599,0	-2.596,0	-0,5	-348,9	349,4		
03 Senatskanzlei, Kirchl. Angelegenh	161,8	14.984,5	-39,5	-14.783,2	369,0	15.556,0	-15.187,0	-207,3	611,0	-403,8		
05 Bundesangelegenheiten	389,9	5.224,3	44,3	-4.878,6	500,0	5.565,0	-5.065,0	-110,1	296,5	-186,4		
06 Datenschutz	0,0	776,1	7,7	-783,8	2,0	981,0	-979,0	-2,0	197,2	-195,2		
07 Inneres	31.357,7	230.691,6	4.230,5	-203.564,4	35.812,0	246.201,0	-210.389,0	-4.454,3	11.278,9	-6.824,6	5.222,0	
08 Gleichberechtigung der Frau	69,0	912,1	23,7	-866,8	69,0	904,0	-835,0	0,0	-31,8	31,8		
09 Staatsgerichtshof	0,0	43,5	2,0	-45,5	0,0	45,0	-45,0	0,0	-0,5	0,5		
11 Justiz	36.841,4	114.774,3	1.394,7	-79.327,7	37.660,0	118.015,0	-80.355,0	-818,7	1.846,0	-1.027,3	1.820,0	
12 Sport	405,7	14.373,0	104,0	-14.071,3	245,0	14.943,0	-14.698,0	160,7	466,0	-626,7		500,0
21 Bildung	16.292,5	574.210,0	1.545,3	-559.462,8	16.455,0	578.965,0	-562.510,0	-162,5	3.209,7	-3.047,2	2.750,0	
22 Kultur	1.602,7	84.343,1	-432,1	-82.308,3	1.078,0	81.458,0	-80.380,0	524,7	-2.453,0	1.928,3		
24 Hochschulen, Forschung	39.743,6	340.804,4	11.944,4	-313.005,2	63.183,0	376.596,0	-313.413,0	-23.439,4	23.847,1	-407,8		
31 Arbeit	23.858,6	41.364,8	-91,1	-17.415,1	31.063,0	42.986,0	-11.923,0	-7.204,4	1.712,3	5.492,1		
41 Jugend u. Soziales	162.785,7	967.411,5	7.251,8	-811.877,6	197.220,0	1.019.657,0	-822.437,0	-34.434,3	44.993,7	-10.559,4	3.430,0 zzgl. inv. Bedarfe iHv. 7.400,0	
51 Gesundheit	12.441,2	61.874,6	1.468,9	-50.902,3	11.902,0	63.819,0	-51.917,0	539,2	475,5	-1.014,7	388,0	600,0
68 Umwelt, Bau, Verkehr	73.769,0	311.261,7	-52.730,7	-184.762,0	68.900,0	262.360,0	-193.460,0	4.869,0	3.829,0	-8.698,0	3.014,0	5.000,0
71 Wirtschaft	24.300,5	123.115,5	-998,3	-97.816,7	9.401,0	122.900,0	-113.499,0	14.899,5	782,8	-15.682,3	15.300,0	
81 Häfen	12.994,2	144.393,5	2.623,3	-134.022,6	12.959,0	147.222,0	-134.263,0	35,2	205,2	-240,4		
91 Finanzen / Personal	10.061,1	85.718,6	3.812,1	-79.469,7	17.228,0	95.278,0	-78.050,0	-7.167,0	5.747,3	1.419,7		
92 Allg. Finanzen	120.089,8	534.880,3	62.641,8	-477.432,3	148.164,0	621.647,0	-473.483,0	-28.074,2	24.124,9	3.949,3		
93 Zentrale Finanzen	81.725,9	785.416,1	-47.238,7**)	-656.451,4	84.366,0	737.439,0	-653.073,0	-2.640,1	-738,3	3.378,4		
96 IT-Ausgaben der FHB	0,0	34.519,6	2.568,8	-37.088,4	747,0	37.084,0	-36.337,0	-747,0	-4,4	751,4		
INSGESAMT	648.985,6	4.494.349,5	-1.760,0	-3.843.603,8	737.419,0	4.612.397,0	-3.874.978,0	-88.433,4	119.905,6	-31.374,2	39.324,0	6.100,0
										24.600,0		
										-6.774,2		

↑
Ausgleich für
nicht
realisierbare
Citytax

Notwendige Veränderungen (siehe Seite 8 der Vorlage)

Verbleibende Überschreitung

**) Unter Berücksichtigung der im Verrechnungswege zu verlagernden BSAG- (55,598 Mio. €) und rückzuverlagernden BREPARK-Mittel.

**) positiver Betrag = Saldenverbesserung / negativer Betrag = Saldenverschlechterung



Controllingbericht

Produktgruppenhaushalt

Januar - August 2013

Die Senatorin für Finanzen



Freie
Hansestadt
Bremen

**Controllingbericht
Produktgruppenhaushalt
Januar – August 2013**

Impressum

Die Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Telefon: (0421) 361-10191
Fax: (0421) 361-2965
Mail: office@finanzen.bremen.de

Fachliche Information zu dieser Veröffentlichung:

Referat 21, Fred Baarts; Andreas Fehren
Telefon: (0421) 361-15516; -2656
Fax: (0421) 496-15516; -2656
Mail: fred.baarts@finanzen.bremen.de
andreas.fehren@finanzen.bremen.de

Referat 32, Torsten Markwort
Telefon: (0421) 361-16703
Fax: (0421) 496-16703
Mail: torsten.markwort@finanzen.bremen.de

Gesamtherstellung:
Druckerei der Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

erschienen im Oktober 2013

Controllingbericht

Inhaltsverzeichnis

Produktplanberichte der Ressorts

(ggf. einschl. Kommentar der Senatorin für Finanzen)

Produktplan 01	Seite	1
Produktplan 02	Seite	4
Produktplan 03	Seite	7
Produktplan 05	Seite	10
Produktplan 06	Seite	13
Produktplan 07	Seite	16
Produktplan 08	Seite	39
Produktplan 09	Seite	42
Produktplan 11	Seite	45
Produktplan 12	Seite	65
Produktplan 21	Seite	69
Produktplan 22	Seite	76
Produktplan 24	Seite	80
Produktplan 31	Seite	83
Produktplan 41	Seite	86
Produktplan 51	Seite	91
Produktplan 68	Seite	94
Produktplan 71	Seite	98
Produktplan 81	Seite	102
Produktplan 91	Seite	105
Produktplan 92	Seite	108
Produktplan 93	Seite	111
Produktplan 96	Seite	113

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 01 Bürgerschaft

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorlST enthalten):

erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	0,0

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	0,0

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung	3,2	2,9	-0,3
Budget (Personalausgaben) insges.	12,2	11,8	-0,4

Kurze (stichwortartige) Begründung:

Das Budget wird um rd. 2,4 Mio. € u.a. durch die Nicht-Inanspruchnahme von Resten unterschritten.
Der Finanzierungssaldo wird um rd. 0, 239 Mio. € unterschritten.

Kommentar Referat 32 zu Personal
Die Personalausgaben werden voraussichtlich eingehalten.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Kein Handlungsbedarf

Produktplan: Bürgerschaft	01	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Präs. Weber	Version: 88	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013					Jahresplanung 2013			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	%	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR				%	Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	82	62	20	32,9	98	93	93	0	93
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	82	62	20	32,9	98	93	93	0	93
Personalausgaben	7.733	7.990	-257	-3,2	12.162	12.210	11.835	-375	11.976
konsumtive Ausgaben	5.214	5.224	-10	-0,2	9.724	9.698	7.835	-1.863	7.835
Zinsausgaben	51	51	0	0,9	51	77	77	0	77
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	390	287	103	36,0	582	582	430	-152	430
relevante Verrech./Erstatt.	1	0	1	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	13.389	13.552	-163	-1,2	22.519	22.567	20.177	-2.390	20.318
Saldo	-13.307	-13.490	183	-1,4	-22.421	-22.474	-20.084	2.390	-20.225

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2013	2014	2015	2016	2017ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	0	0	0	0
- investiv	0	0	0	0	0
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvotr .
Tsd. EUR	
1.681	0

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	232	257	-25	1.857	2.054	-197	2.904	3.194	-290
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	232	257	-25	1.857	2.054	-197	2.904	3.194	-290
Refinanzierte	4	9	-5	35	73	-38	53	115	-62
Nebentitel	707	990	-283	5.842	5.863	-21	8.829	8.853	-24
Insgesamt	943	1.256	-313	7.734	7.990	-256	11.786	12.162	-376
- dar.: Beihilfe/Nachvers	3	2	1	35	47	-12	47	54	-7
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	53,2	57,9	-4,7	53,7	57,9	-4,2	53,5	57,9	-4,4
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	53,2	57,9	-4,7	53,7	57,9	-4,2	53,5	57,9	-4,4
Refinanzierte	1,0	-	-	1,0	-	-	1,0	-	-
Abwesende	4,6	-	-	4,1	-	-	4,3	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	5,8	22,5	1,4
Beschäftigte über 55 Jahre	21,7	17,5	25,4
Frauenquote	73,9	50,0	76,1
Teilzeitquote	42,0	35,0	43,7
Schwerbehindertenquote	11,6	6,0	9,9

Produktplan: Bürgerschaft	01	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Präs. Weber	Version: 88	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Finanzdaten			
Einnahmen Die veranschlagten Einnahmen werden voraussichtlich erbracht.			
Konsumtive Ausgaben Die konsumtiven Ausgaben werden voraussichtlich eingehalten.			
Personalausgaben Die Personalausgaben werden voraussichtlich eingehalten. Die nachbewilligten Personalmittel für die Tarif- und Besoldungserhöhungen 2013 sind im voraussichtlichen HH- Soll und im voraussichtlichen IST berücksichtigt.			
Zinsausgaben Die Zinsausgaben werden voraussichtlich eingehalten.			
Investive Ausgaben Bei den investiven Ausgaben wird voraussichtlich ein Rückgriff auf den Haushaltsrest oder der allgemeinen Budgetrücklage der Bürgerschaftskanzlei erforderlich, um die Kosten der begleitenden Maßnahmen der Sanierung zu begleichen.			

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 02 Rechnungshof

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorlST enthalten):

erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	0,0

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	0,0

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung	2,5	2,2	-0,3
Budget (Personalausgaben) insges.	3,2	2,3	-0,9

Kurze (stichwortartige) Begründung:

Das Budget wird bis zum Jahresende um rd. 1,2 Mio. € aufgrund der Nicht- Inanspruchnahme von übertragenen Resten aus den Vorjahren unterschritten.

Der Finanzierungssaldo wird voraussichtlich bis zum Jahresende um rd. 0,349 Mio. € unterschritten.

Kommentar Referat 32 zu Personal

Die Personalausgaben werden voraussichtlich eingehalten.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Kein Handlungsbedarf.

Produktplan: Rechnungshof	02	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Präs. Sokol	Version: 88	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	3	2	1	36,6	3	3	3	0	3
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	3	2	1	36,6	3	3	3	0	3
Personalausgaben	1.509	2.093	-585	-27,9	3.164	3.164	2.250	-914	2.590
konsumtive Ausgaben	221	225	-4	-2,0	513	513	337	-176	337
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	5	8	-3	-32,1	89	89	12	-77	12
relevante Verrech./Erstatt.	1	1	-0	-32,5	2	2	2	0	2
Gesamtausgaben	1.735	2.327	-592	-25,4	3.768	3.768	2.601	-1.167	2.941
Saldo	-1.732	-2.325	593	-25,5	-3.765	-3.765	-2.598	1.167	-2.938

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2013	2014	2015	2016	2017ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	0	0	0	0
- investiv	0	0	0	0	0
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
872	0
Tsd. EUR	

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	174	207	-33	1.463	1.657	-194	2.181	2.502	-321
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	174	207	-33	1.463	1.657	-194	2.181	2.502	-321
Refinanzierte	0	46	-46	0	371	-371	0	574	-574
Nebentitel	2	6	-4	46	65	-19	69	88	-19
Insgesamt	176	259	-83	1.509	2.093	-584	2.250	3.164	-914
- dar.: Beihilfe/Nachvers	2	5	-3	45	64	-19	68	87	-19
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	37,3	40,3	-3,0	37,8	40,3	-2,5	37,6	40,3	-2,7
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	37,3	40,3	-3,0	37,8	40,3	-2,5	37,6	40,3	-2,7
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	1,0	-	-	0,8	-	-	0,8	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	5,0	22,5	2,5
Beschäftigte über 55 Jahre	30,0	17,5	35,0
Frauenquote	52,5	50,0	52,5
Teilzeitquote	17,5	35,0	15,0
Schwerbehindertenquote	5,0	6,0	5,0

Produktplan: Rechnungshof	02	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Präs. Sokol	Version: 88	Seite 2
3. Analyse/Bewertung kamerale Finanzdaten Die Zielerreichung ist nicht gefährdet. Personaldaten Die Personalmittel werden voraussichtlich nicht überschritten. investive Ausgaben Die investiven Mittel werden eingehalten.			

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 03 Senat, Senatskanzlei und kirchl. Angelegenh.

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorlST enthalten):

erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	0,0

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Nachbewilligung Jüdische Gemeinde (Resteinanspruchnahme)	0,1
Einnahmeverfügungsmittel	0,2
erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	0,3

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung			0,0
Budget (Personalausgaben) insges.			0,0

Kurze (stichwortartige) Begründung:

Das Budget wird eingehalten.

Unter Berücksichtigung bereits erfolgter produktplanübergreifender Verlagerungen wird der Finanzierungssaldo voraussichtlich um 0,3 Mio. € überschritten, basierend auf nicht mit Liquidität hinterlegter Resteinanspruchnahme für die Jüdische Gemeinde (0,12 Mio. €) sowie Einnahmeverfügungsmitteln (0,2 Mio. €).

Unter Berücksichtigung der vollständigen Abschöpfung der Restfluktuation, noch zu zahlender Altersteilzeitrückstellungen und einer Nachbewilligung zur Tarifkompensation werden Mehrausgaben in Höhe von rd. 27 Tsd. € erwartet.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Das Ressort strebt eine ressortübergreifende Lösung im Rahmen der Gesamtsteuerung des Haushalts an.

Das Ressort strebt einen ausgeglichenen Personalhaushalt an. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln erforderlich.

Produktplan: 03 Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.	Controlling 01-08/13 21.10.2013
Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen	Version: 88 Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:
	
Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
	

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013					Jahresplanung 2013			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	346	106	240	226,4	361	361	361	0	162
investive Einnahmen	8	0	8	0,0	8	8	8	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	25	25	0	0,0	25	25	25	0	0
Gesamteinnahmen	379	131	248	189,4	395	394	394	0	162
Personalausgaben	5.167	5.182	-15	-0,3	7.836	7.836	7.863	27	7.752
konsumtive Ausgaben	3.447	2.992	455	15,2	4.777	4.777	4.811	34	4.492
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	1.247	1.824	-578	-31,7	3.519	3.519	2.882	-637	2.740
relevante Verrech./Erstatt.	219	7	212	3.030,2	217	217	217	0	7
Gesamtausgaben	10.080	10.005	75	0,8	16.349	16.349	15.773	-576	14.991
Saldo	-9.701	-9.874	173	-1,8	-15.955	-15.955	-15.379	576	-14.829

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2013	2014	2015	2016	2017ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	0	0	0	0
- investiv	0	0	0	0	0
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
Tsd. EUR	Tsd. EUR
65	0

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	495	491	4	3.981	3.965	16	6.134	6.096	38
Personalverstärkung	15	17	-2	120	132	-12	190	205	-15
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	510	508	2	4.101	4.097	4	6.324	6.301	23
Refinanzierte	16	10	6	101	79	22	161	123	38
Nebentitel	101	173	-72	965	1.006	-41	1.377	1.413	-36
Insgesamt	627	691	-64	5.167	5.182	-15	7.862	7.837	25
- dar.: Beihilfe/Nachvers	3	5	-2	31	63	-32	60	81	-21
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	107,1	105,5	1,6	107,3	106,2	1,1	107,2	105,8	1,4
Personalverstärkung	3,5	3,5	0,0	3,4	3,5	-0,1	3,5	3,5	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	110,6	109,0	1,6	110,7	109,7	1,0	110,7	109,3	1,4
Refinanzierte	2,9	-	-	2,6	-	-	2,7	-	-
Abwesende	14,3	-	-	12,8	-	-	13,3	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	8,8	22,5	8,1
Beschäftigte über 55 Jahre	29,2	17,5	31,6
Frauenquote	57,7	50,0	58,1
Teilzeitquote	22,6	35,0	21,3
Schwerbehindertenquote	7,2	6,0	8,3

Produktplan: 03 Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen	Version: 88	Seite 2
3. Analyse/Bewertung		
<p>Als Jahresergebnis errechnet sich für den Produktplan 03 eine Unterschreitung i.H. von 576 TEUR. Die veranschlagten Einnahmen sind erreicht (zu den Mehreinnahmen s. 3.1.1).</p>		
3.1 Kamerale Finanzdaten		
3.1.1 Konsumtive Einnahmen		
<p>Im Berichtszeitraum ergaben sich Mehreinnahmen i.H. von 240 TEUR aus Nutzungsentgelten für die Säle des Rathauses, Erlösen aus Außentrauungen und Mieten für Behördenparkplätze und Sitzungssäle der Ortsämter sowie aus Einnahmen aus Veröffentlichungen. Das vorauss. HH-Soll im Verhältnis zum vorauss. IST wird zum Jahresende ausgeglichen sein.</p>		
3.1.2 Investive Einnahmen		
<p>Bei den 8 TEUR handelt es sich um Zuwendungen des Bundes. Das vorauss. HH-Soll im Verhältnis zum vorauss. IST wird zum Jahresende ausgeglichen sein.</p>		
3.1.3 relevante Verrechnungen/Erstattungen		
<p>Bei den 25 TEUR handelt es sich um eine Zuweisung vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr für stadtteilbezogene Projekte in der Produktgruppe 03.01.02.</p>		
3.1.4 Personalausgaben		
<p>Zum Jahresende wird für den Kernbereich eine Überschreitung i.H. von 38 TEUR prognostiziert. Für die Tarifabschlüsse und Besoldungssteigerungen liegen Nachbewilligungen i.H. von 82 TEUR vor. Durch zwingend erforderliche Stellennachbesetzungen werden zusätzliche Kosten i.H. von 38 TEUR erwartet. Weitere Kosten entstehen durch absehbare Arbeitszeiterhöhungen. Zum Jahresende wird ein ausgeglichener Personalhaushalt angestrebt.</p>		
3.1.5 Konsumtive Ausgaben		
<p>Im Berichtszeitraum wird der anteilige Planwert um 455 TEUR überschritten. Es handelt sich hier um Inanspruchnahme von HH-Mitteln für die Gedenkstätte Bunker Valentin sowie von Globalmitteln. Im vorraussichtlichen IST sind enthalten: -Nachbewilligung für die Jüdische Gemeinde (120 TEUR) -Einnahmeverfügbarmittel (199 TEUR). Als Folge wird das vorauss. HH-Soll im Verhältnis zum vorauss. IST zum Jahresende um 34 TEUR überschritten, soweit keine Minderausgaben entstehen.</p>		
3.1.6 Investive Ausgaben		
<p>Im Berichtszeitraum wird der anteilige Planwert um 578 TEUR unterschritten. Es handelt sich hier größtenteils um noch nicht abgeflossene Impulsmittel und noch nicht abgeflossene investive Mittel für Ortsämter und das Rathaus. Im vorraussichtlichen IST sind Reste i.H. von 134 TEUR enthalten, die sich wie folgt zusammensetzen: -Jüdische Gemeinde (120 TEUR) -Gedenkstätte "Bunker Valentin" (14 TEUR) und im laufenden Haushaltsjahr noch in Anspruch genommen werden, sowie Einnahmeverfügbarmittel i.H. von 8 TEUR. Zum Jahresende wird das vorauss. HH-Soll im Verhältnis zum vorauss. IST im Ergebnis um ca. 637 TEUR unterschritten. Dieses basiert auf Nichtinanspruchnahme von Resten.</p>		
4. Einhaltung des Finanzierungssaldos		
<p>Das Finanzierungssaldo wird vorraussichtlich zum Jahresende um 572 TEUR überschritten. Dieses resultiert zum größten Teil aus der Nachbewilligung an die Jüdische Gemeinde (120 TEUR), Nachbewilligungen für Tarif- und Besoldungserhöhungen (82 TEUR), Nachbewilligung für getrennte Entwässerungsgebühr (8 TEUR) sowie Einnahmeverfügbarmittel (207 TEUR). Eine Deckung im PPL 03 ist nicht möglich, sodass im Rahmen der Gesamtsteuerung des Haushalts eine ressortübergreifende Lösung zur Deckung der Mehrausgaben für erforderlich gehalten wird. Auf den Nachbewilligungsantrag vom 21.02.2013 wird Bezug genommen.</p>		

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 05 Bund und Europa

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorlST enthalten):

erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	0,0

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Personalausgaben	0,3
erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	0,3

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung			0,0
Budget (Personalausgaben) insges.			0,0

Kurze (stichwortartige) Begründung:

Das Budget wird der Prognose nach um rd. 0,3 Mio. € unterschritten werden. Dies resultiert aus dem Saldo Überschreitung der Personalausgaben um 0,3 Mio. € sowie der Unterschreitung der konsumtiven Ausgaben von rd. 0,5 Mio. €.

Der Finanzierungssaldo wird nach derzeitigem Stand um rd. 0,2 Mio. € überschritten werden, resultierend aus den erwarteten Personalmehrausgaben. Das Ressort führt dazu aus, dass die Überschreitung unabweisbar ist. Gegensteuerungsmaßnahmen werden in Folge von erlassenen Bewirtschaftungsmaßnahmen aber nur in geringem Maße im konsumtiven Bereich gesehen; diese Einsparungen sollen dann zum Teilausgleich der Personalkostenüberschreitungen herangezogen werden.

Zum Jahresende werden bei den Personalausgaben im Kernbereich Mehrausgaben in Höhe von rd. 384 Tsd. € ausgewiesen. Unter Berücksichtigung der vollständigen Abschöpfung der Restfluktuation, noch zu zahlender Altersteilzeitrückstellungen, den Minderausgaben bei den Nebentiteln (ohne Beihilfe und Nachversicherungen) und beim refinanzierten Personal sowie einer Nachbewilligung zur Tarifkompensation ist mit einer Budgetüberschreitung in Höhe von rd. 280 Tsd. € zu rechnen. Zur Deckung bietet das Ressort konsumtive Minderausgaben in Höhe von rd. 57 Tsd. € an. Das verbleibende Defizit sollte durch eine Entnahme aus der Ressortrücklage ausgeglichen werden.

Die Budgetüberschreitungen resultieren aus einer deutlichen Überschreitung der Zielzahlen in Höhe von voraussichtlich rd. 5 VZE.

Es ist weiterhin ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln notwendig.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Kein Handlungsbedarf

Produktplan: 05 Bundes- und Europaangelegenheiten	Controlling 01-08/13 21.10.2013
Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen	Version: 88 Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:
	
Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
	

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	313	196	117	59,9	304	517	500	-17	390
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	313	196	117	59,9	304	517	500	-17	390
Personalausgaben	1.791	1.595	196	12,3	2.431	2.472	2.732	260	2.459
konsumtive Ausgaben	1.746	1.747	-1	-0,1	3.091	3.271	2.738	-533	2.685
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	36	57	-21	-37,6	90	90	95	5	80
relevante Verrech./Erstatt.	1	0	1	0,0	1	1	1	0	1
Gesamtausgaben	3.574	3.399	175	5,1	5.613	5.834	5.566	-268	5.225
Saldo	-3.260	-3.203	-57	1,8	-5.309	-5.317	-5.066	251	-4.836

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	692	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	200	173	27	1.681	1.392	289	2.515	2.131	384
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	200	173	27	1.681	1.392	289	2.515	2.131	384
Refinanzierte	5	12	-7	64	95	-31	83	148	-65
Nebentitel	5	8	-3	45	108	-63	92	152	-60
Insgesamt	210	193	17	1.790	1.595	195	2.690	2.431	259
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	1	-1	11	37	-26	22	42	-20
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	36,2	32,2	4,0	37,8	32,5	5,3	37,3	32,3	5,0
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	36,2	32,2	4,0	37,8	32,5	5,3	37,3	32,3	5,0
Refinanzierte	1,0	-	-	1,8	-	-	1,5	-	-
Abwesende	2,0	-	-	0,9	-	-	1,3	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	4,8
Beschäftigte bis 35 Jahre	7,0	22,5	6,8
Beschäftigte über 55 Jahre	16,3	17,5	20,5
Frauenquote	67,4	50,0	65,9
Teilzeitquote	25,6	35,0	18,2
Schwerbehindertenquote	2,4	6,0	2,4

Produktplan:	05	Controlling 01-08/13	
Bundes- und Europaangelegenheiten		21.10.2013	
Verantwortlich:	Bgm. Böhrsen	Version: 88	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Konsumtive Einnahmen			
Das IST der konsumtiven Einnahmen liegt im August über dem Planwert. Dies lässt sich im Wesentlichen aufgrund von Erstattungen Dritter aus 2012 erklären und der Einnahmeverbesserung durch weitere Untervermietungen. Bis zum Jahresende wird voraussichtlich das Soll aber um 17 Tsd.EUR unterschritten. Die Mindereinnahme wird durch entsprechende konsumtive Minderausgaben gedeckt. Die zweckgebundenen Einnahmen für Klimapartnerschaften (erstmalig in 2013, dies konnte bei der damaligen Haushaltsaufstellung nicht berücksichtigt werden) erhöhen das HH-Soll zum Jahresende um 127 Tsd.EUR. In gleicher Höhe gilt dies auch bei der Betrachtung der konsumtiven Ausgaben.			
Personalausgaben			
Das IST der Personalausgaben liegt um 196 Tsd.EUR über dem Planwert. Die Überschreitung resultiert aus der Überschreitung der Zielzahlen. Das IST im Kernbereich ist aufgrund des vorhandenen Personals höher als das Soll (Zielzahlen), das derzeit nicht eingehalten werden kann. Nach derzeitigem Stand wird als Jahresergebnis eine Überschreitung in Höhe von 260 Tsd.EUR erwartet. Ein Konzept zur mittel- und langfristigen Lösung ist mit der Senatorin für Finanzen hinsichtlich der Rahmenbedingungen abgestimmt. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung der Entwürfe für 2014/2015 wurden den strukturellen Zielzahlüberschreitungen der vergangenen Jahre mit einer Zielzahlkorrektur um 7 Rechnung getragen. Die Überschreitung in 2013 kann wenigstens in einem Teil aus Minderausgaben im konsumtiven Bereich in Höhe von 57 Tsd.EUR ausgeglichen werden. Die Bevollmächtigte beim Bund und für Europa hat am 12.09.2013 für den Haushalt 2013 die beigefügten Bewirtschaftungsmaßnahmen erlassen.			
Konsumtive Ausgaben			
Das IST der konsumtiven Ausgaben im Berichtszeitraum liegt in der Planung. Aufgrund der Bewirtschaftungsmaßnahmen vom 12.09.2013 wird mit einer Unterschreitung des Haushaltssolls um 533 Tsd.EUR gerechnet, in denen allerdings Haushaltsreste aus den Vorjahren enthalten sind, die wir nicht zur Einhaltung des Finanzierungssaldos nutzen können. Ohne diese beträgt die Unterschreitung 74 Tsd.EUR, die zur Deckung der Mindereinnahmen (17 Tsd.EUR) und zur Teildeckung der Personalmehrausgaben (57 Tsd.EUR) herangezogen werden soll. Das HH-Soll erhöht sich zum Jahresende für Klimapartnerschaft, da diesen zweckgebundene Einnahmen in gleicher Höhe zugrunde liegen (siehe auch Bemerkung bei "konsumtive Einnahmen").			
Investive Ausgaben			
Die investiven Ausgaben werden voraussichtlich zum Jahresende bei 95 Tsd.EUR liegen und der Anschlag wird damit um rd. 15 Tsd.EUR überschreiten. Gemäß einer Absprache zwischen der Senatorin für Finanzen, Frau Bürgermeisterin Linnert und der Bevollmächtigten, Frau Hiller hat sich die Senatorin für Finanzen bereit erklärt, für die Neubeschaffung von Konferenzstühlen eine Finanzierung sicherzustellen (soweit dies nicht über den investiven Anschlag der Bevollmächtigten zu decken ist). Das Sitzmobiliar kostete rd. 34,4 Tsd.EUR und führt damit zu einer Überschreitung um rd. 15 Tsd.EUR. Die Bevollmächtigte schlägt vor, hierfür 10 Tsd.EUR aus der investiven Budgetrücklage und 5 Tsd.EUR aus der allgem. Budgetrücklage zu entnehmen.			
Einhaltung des veranschlagten Finanzsaldo			
Der veranschlagte Finanzsaldo von 4.836 Tsd.EUR wird zum Jahresende um 230 Tsd.EUR überschritten, das im Wesentlichen in den Personalmehrausgaben begründet ist. Die zu erwartende Überschreitung ist aus Sicht des Ressorts unabweisbar, da weitere Möglichkeiten der Gegensteuerung nicht erkennbar sind.			

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 06 Datenschutz und Informationsfreiheit

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorlST enthalten):

erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	0,0

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Personalmehrausgaben	-0,166
inv. Rücklageninanspruchnahme	-0,035
Rücklageninanspruchnahme (Liquidität aus PPL 92)	0,030
Ausgleich Senatorinnenbudget	0,136
erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	-0,035

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung			0,0
Budget (Personalausgaben) insges.			0,0

Kurze (stichwortartige) Begründung:

Budgeteinhaltung:

Keine Veränderungen ggü. dem Halbjahresbericht.

Personaldaten:

Zum Jahresende wird bei den Personalausgaben inklusive noch zu zahlender Altersteilzeitrückstellungen und einer Nachbewilligung zur Tarifikompensation eine Überschreitung in Höhe von rd. 187 Tsd. € erwartet.

Die Budgetüberschreitungen resultieren aus einer jahresdurchschnittlichen Überschreitung der Zielzahlen in Höhe von voraussichtlich 3,1 VZE.

Der Ausgleich der prognostizierten Mehrausgaben soll durch Mehreinnahmen, einer Rücklagenentnahme und einem Ausgleich innerhalb des Senatorinnenbudgets erfolgen.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln ist erforderlich.

Produktplan: 06		Controlling 01-08/13	
Datenschutz und Informationsfreiheit		21.10.2013	
Verantwortlich: Dr. Sommer		Version: 88	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013				Jahresplanung 2013			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	2	0	2	0,0	0	2	2	0
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	2	0	2	0,0	0	2	2	0
Personalausgaben	531	413	118	28,5	634	808	136	634
konsumtive Ausgaben	64	89	-25	-28,1	125	125	0	129
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0
investive Ausgaben	0	9	-9	-100,0	48	48	0	13
relevante Verrech./Erstatt.	4	1	3	343,3	5	5	0	1
Gesamtausgaben	599	512	87	17,0	811	850	136	777
Saldo	-597	-512	-85	16,7	-811	-850	-134	-777

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2013	2014	2015	2016	2017ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	0	0	0	0
- investiv	0	0	0	0	0
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
Tsd. EUR	
30	0

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	66	50	16	515	402	113	792	616	176
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	66	50	16	515	402	113	792	616	176
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	0	0	16	11	5	16	17	-1
Insgesamt	66	50	16	531	413	118	808	633	175
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	15	11	4	16	17	-1
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	13,7	10,4	3,3	13,5	10,5	3,0	13,5	10,4	3,1
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	13,7	10,4	3,3	13,5	10,5	3,0	13,5	10,4	3,1
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	1,0	-	-	0,4	-	-	0,6	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	12,5	22,5	6,7
Beschäftigte über 55 Jahre	6,3	17,5	6,7
Frauenquote	68,8	50,0	66,7
Teilzeitquote	25,0	35,0	26,7
Schwerbehindertenquote	0,0	6,0	0,0

Produktplan: 06 Datenschutz und Informationsfreiheit	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich: Dr. Sommer	Version: 88	Seite 2
3. Analyse/Bewertung		
Personalausgaben: Die sich derzeit bis zum Jahresende ergebende Überschreitung in Höhe von ca. 136 Tsd. Euro soll durch Mehreinnahmen im Produktplan 06, die Inanspruchnahme von Rücklagemitteln und einen haushaltsmäßigen Ausgleich im Rahmen des Senatorinnenbudgets "Finanzen" erfolgen. Die im Haushalt veranschlagte Beschäftigtenzielzahl wird nicht zu erreichen sein.		
Konsumtive Ausgaben: Bei den konsumtiven Ausgaben ist der Planwert für den Monat August 2013 eingehalten worden. Es darf davon ausgegangen werden, dass die veranschlagten Gesamtausgaben 2013 nicht überschritten werden.		
Investive Ausgaben: Auch bei den investiven Ausgaben ist der Planwert für August 2013 eingehalten worden; auch in diesem Ausgabebereich ist eine Überschreitung des Haushalts-Solls nicht zu erwarten.		
Budgeteinhaltung: Ingesamt gesehen wird das Budget bei Nutzung vorhandener Kompensationsmöglichkeiten eingehalten werden können.		
Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos: Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird nach dem derzeitigen Stand um ca. 207 Tsd. Euro überschritten werden. Die Überschreitung soll durch Mehreinnahmen im Produktplan 06, die Inanspruchnahme von Rücklagemitteln und einen haushaltsmäßigen Ausgleich im Rahmen des Senatorinnenbudgets "Finanzen" erfolgen.		

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 07 Inneres

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorIST enthalten):

Mehrbedarf Personal	Vom Ressort aufgezeigte "Ausgleiche" rd. 3,5 Mio. € sowie 2 Mio. € Sperre Personal sind nicht gegengerechnet.	4.098,0
kons. Mehrbedarf (Polizei, Stadtamt, Stat. Landesamt)		3.772,0
kons. Mindereinnahmen		1.277,0
inv. Mehrausgaben sowie Zinsminderausgaben		-0,010,0
erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt		9.147,0

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Angaben vom Ressort sind nicht schlüssig und nachvollziehbar	6.800,0
erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	6.800,0

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung			0,0
Budget (Personalausgaben) insges.			0,0

Kurze (stichwortartige) Begründung:

Budgeteinhaltung:

Mit Schreiben vom 25. September 2013 hat das Ressort seine derzeitigen Mehrbedarfe ggü. dem Halbjahresbericht dargestellt.

Es handelt sich um bereits benannte Risiken, deren Höhe gestiegen ist und teilweise um neue bisher nicht genannte Risiken:

Budgetrisiken PPL 07 Inneres		AKTUELL gem. Schreiben vom 25.09.13	C-Bericht 1-6/13 (Stand: 31.07.13)
- in T€ -			
Mehrausgaben	Personalausgaben Polizei (gesperrte Mittel)	2.054	1.970
	Personalkostenerstattung Polizei Bremerhaven	296	0
	Polizei - konsumtiv	2.093	1.203
	Stadtamt - konsumtiv (enth. Unterbringung Fundtiere (350 T€))	1.559	350
	Statistisches Landesamt - konsumtiv	120	0
Mindereinnahmen	Polizei und Feuerwehr	0	119 *
	Stadtamt - Verkehrsüberwachung	1.000	0
Summe		7.122	3.642

* abzgl. einer erwarteten Minderausgabe iHv. 50 Tsd. €

Die von SIS aufgezeigten Ausgleiche in Höhe von rd. 3,5 Mio. € (ohne Fundtiere) beinhalten im Wesentlichen die Aufhebung der Sperre bei den Personalausgaben sowie Resteinanspruchnahmen bzw. Verwendung nicht mehr benötigter investiver Rücklagen. **Es verbleibt ein Risiko in Höhe von rd. 3,6 Mio. € (einschl. 0,35 Mio. € Fundtiere), welches nach Auffassung des SIS durch den Risikofonds bzw. durch eine Umlagefinanzierung zu decken sei.** Damit möchte SIS rd. 40 % des veranschlagten Risikofonds in Anspruch nehmen.

Personalausgaben:

Bei den Personalausgaben werden voraussichtliche Mehrausgaben in Höhe von rd. 5,185 Mio. € ausgewiesen.

Für das voraussichtliche Jahresergebnis sind noch folgende Änderungen im Ist sowie im Soll zu berücksichtigen:

in Tsd. €	Grund
5.185	Mehrausgaben It Controllingblatt
165	ATZ Rückstellungen
758	Azubiübernahme Polizei
18	6 zusätzl. Feuerwehranwärter
-410	Restfluktuation
-324	NB PVM Zensus
-53	NB Azubi
283	Minderausg. Nebentitel
-1.800	Einnahmeverfügungsmittel
-1.952	NB Tarifkompensation
1.870	verbleibendes Risiko

Das voraussichtliche **Risiko im Produktplan 07 beträgt also rd. 1,87 Mio. €.**

In der Produktgruppe 07.01.01 ist ein Betrag in Höhe von 2,054 Mio. gesperrt. Mit der Aufhebung der Sperre würde das Haushaltssoll entsprechend erhöht und das Defizit wäre damit ausgeglichen.

Der Polizeivollzug wurde im Haushalt 2012/2013 vom PEP befreit. Im Gegenzug werden Kompensationsmaßnahmen in der Produktgruppe erwartet. Diese wurden bisher nicht im nennenswerten Umfang erbracht. Aus Sicht des zentralen Controllings ist eine Aufhebung der Sperre z. Zt. nicht möglich.

Es ist weiterhin mit Mehrausgaben von voraussichtlich rd. 1,87 Mio. € zu rechnen.

Finanzierungssaldeneinhaltung

In Folge der erwarteten Budgetrisiken ist von einer **Überschreitung des** zulässigen eckwertrelevanten **Finanzierungssaldos iHv. 6,8 Mio. €** auszugehen. Die im ressortinternen (Teil-)Lösungskonzept enthaltenen Vorschläge zur Aufhebung der Sperren (2,05 Mio. € im Personalbereich sowie 0,2 Mio. € beim konsumtiven Personalkostenzuschuss für die Polizei Bremerhaven) werden dieses Ergebnis nicht verändern, da sie bereits rechnerisch in die Ermittlung einbezogen wurden. Im Übrigen beinhaltet das ressortinterne (Teil-)Lösungskonzept die Inanspruchnahme von Resten bzw. Rücklagen in Höhe von insgesamt 0,6 Mio. €.

Es bleibt abzuwarten, ob bzw. in welchem Umfang das "zentrale" Lösungskonzept zu einer Veränderung der Überschreitung führen wird.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Es ist eine restriktive Personalwirtschaft erforderlich, dass bedeutet, bei Abgängen auf eine Wiederbesetzung der Stellen ganz oder zumindest größtenteils zu verzichten.

Über den Umgang mit den von SIS erwarteten diversen Risiken im konsumtiven Haushalt wird auf das dem Senat zur Sitzung am 29. Oktober 2013 vorzulegende Lösungskonzept verwiesen.

Produktplan: Inneres	07	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich: Senator Mäurer		Version: 88	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013					Jahresplanung 2013			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	23.891	19.799	4.092	20,7	32.028	37.040	35.763	-1.277	31.358
investive Einnahmen	90	0	90	0,0	7	1	49	48	0
relevante Verrech./Erstatt.	1.141	1.782	-641	-35,9	2.911	2.911	2.911	0	2.905
Gesamteinnahmen	25.122	21.581	3.541	16,4	34.946	39.952	38.723	-1.229	34.262
Personalausgaben	105.222	102.106	3.116	3,1	156.374	158.329	162.427	4.098	157.708
konsumtive Ausgaben	51.077	46.144	4.933	10,7	70.219	72.506	76.279	3.773	67.267
Zinsausgaben	23	69	-46	-67,3	54	127	85	-42	128
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	4.403	2.885	1.518	52,6	6.140	7.358	7.410	52	5.589
relevante Verrech./Erstatt.	71	43	28	64,9	54	54	65	11	43
Gesamtausgaben	160.795	151.247	9.548	6,3	232.841	238.374	246.266	7.892	230.735
Saldo	-135.673	-129.666	-6.007	4,6	-197.896	-198.422	-207.543	-9.121	-196.473

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvotr .
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	38	38	38	226	0	12.301
- investiv	0	1.846	1.944	1.788	1.913		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	97	72	56	150		

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	12.176	11.729	447	96.518	93.925	2.593	148.174	144.351	3.823
Personalverstärkung	22	0	22	215	0	215	324	0	324
Ausbildung	263	281	-18	2.071	2.244	-173	3.121	3.068	53
Zwischensumme	12.461	12.010	451	98.804	96.169	2.635	151.619	147.419	4.200
Refinanzierte	272	141	131	2.115	1.129	986	3.581	1.781	1.800
Nebentitel	458	564	-106	4.303	4.808	-505	6.359	7.174	-815
Insgesamt	13.191	12.715	476	105.222	102.106	3.116	161.559	156.374	5.185
- dar.: Beihilfe/Nachvers	80	103	-23	830	1.365	-535	1.258	1.790	-532
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	3.410,0	3.442,7	-32,7	3.439,8	3.445,0	-5,2	3.429,9	3.443,6	-13,7
Personalverstärkung	7,0	0,0	7,0	8,0	0,0	8,0	7,7	0,0	7,7
Ausbildung	237,0	253,0	-16,0	238,1	253,0	-14,9	237,8	242,0	-4,2
Zusammen	3.654,0	3.695,7	-41,7	3.685,9	3.698,0	-12,1	3.675,4	3.685,6	-10,2
Refinanzierte	95,0	-	-	79,6	-	-	84,8	-	-
Abwesende	94,7	-	-	90,1	-	-	91,7	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	25,5	22,5	26,1
Beschäftigte über 55 Jahre	16,8	17,5	15,7
Frauenquote	28,5	50,0	28,3
Teilzeitquote	10,9	35,0	10,5
Schwerbehindertenquote	4,1	6,0	4,3

Produktplan: Inneres	07	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 88	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
3.1 Kamerale Finanzdaten			
Einnahmen			
<p>Das aktuell prognostizierte Ressortergebnis beträgt rechnerisch 1.277 Tsd. Euro an konsumtiven Mindereinnahmen zum Jahresende. Diese resultieren in erster Linie aus voraussichtlich nicht zu erbringenden Einnahmen in der Verkehrsüberwachung (PGr. 07.02.02), der Polizei (PGr. 07.01.01) sowie der PGr. Gefahrenabwehr, Brand- und Katastrophenschutz (07.02.01).</p> <p>Im Bereich der investiven Einnahmen werden 50 Tsd. Euro erwartet, die nicht veranschlagt sind. Ein Ausgleich der Mindereinnahmen durch Minderausgaben ist auf Planebene nicht möglich.</p>			
Ausgaben			
<p>Auf der konsumtiven Ausgabenseite wird zum jetzigen Zeitpunkt von Mehrausgaben in Höhe von rd. 3.773 Tsd. Euro ausgegangen. Hierzu tragen insbesondere nachfolgende Umstände bei:</p> <p>Bei der Polizei Bremen ist seit mehreren Jahren ein strukturelles Defizit zu verzeichnen. Grund hierfür waren in der Vergangenheit u.a. Ausgabensteigerungen im Zusammenhang mit der Einrichtung von zusätzlichen Ermittlungsgruppen und dadurch bedingte erhöhte Ermittlungskosten (Ausgaben für Dolmetscher, technische Kommunikationsüberwachung, Gutachten, DNA-Analysen, Reisekosten), Preissteigerungen bei der Fahrzeugunterhaltung sowie erhöhte Energiekosten.</p> <p>Für das laufende Haushaltsjahr wird ein konsumtives Defizit in Höhe von voraussichtlich 2.093 Tsd. Euro erwartet. Neben den bereits beschriebenen Ursachen sind für die gegenüber 2012 noch einmal gestiegenen Kosten in erster Linie verantwortlich:</p> <ul style="list-style-type: none">" Die Erweiterung des Kooperationsvertrages über die Telekommunikationsüberwachung der Polizei mit Niedersachsen (297 Tsd. Euro)." Die zunehmende Fremdvergabe von Untersuchungsaufträgen für DNA-Analysen (290 Tsd. Euro)." Die allgemeine Strompreiserhöhung sowie Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Stilllegung des defekten Blockheizkraftwerks am Standort Huckelriede (197 Tsd. Euro). <p>Für das Stadtamt wird ein Defizit in Höhe von 1.559 Tsd. Euro erwartet. Gründe hierfür sind u.a.</p> <ul style="list-style-type: none">" erhebliche Kostensteigerungen für die Produkte der Bundesdruckerei, z.B. Ausweise, Pässe, Führerscheine (150 Tsd. Euro)" eine Nachzahlung an Immobilien Bremen (IB) für im Jahr 2011 angefallene Mietnebenkosten im Gebäude Stresemannstraße (200 Tsd. Euro)" Zahlungen für Leistungen der Bundesdruckerei und anderer Lieferanten die nicht mehr aus Mitteln des Vorjahres beglichen werden konnten im Umfang von rd. 500 Tsd. Euro" eine an den Bremer Tierschutzverein e.V. zu zahlende höhere Pauschalentschädigung für die Verwahrung gefundener und herrenloser Tiere (350 Tsd. Euro). <p>Für das Statistische Landesamt wird von einem konsumtiven Mehrbedarf in Höhe von 120 Tsd. Euro ausgegangen. Dieser ist begründet durch Mehrausgaben für die Durchführung von bundesweit vorgeschriebenen statistischen Erhebungen, z.B. Einkommens- und Verbraucherstichprobe (60 Tsd. Euro) sowie eine Nachforderung des Landesbetriebes für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen für die Durchführung von Justizstatistiken in den Jahren 2011/2012 (60 Tsd. Euro). Noch nicht berücksichtigt sind mögliche Bedarfe für die Polizei Bremerhaven in Höhe von rd. 300 Tsd. Euro, die auf höhere Beteiligungen an den Versorgungsausgaben der Sozialversicherungsträger zurückzuführen sind.</p> <p>Die beschriebenen Haushaltsrisiken könnten wie folgt reduziert werden:</p> <ul style="list-style-type: none">" Im Bereich des Rettungsdienstes werden insbesondere aufgrund weiterhin steigender Einsatzzahlen Mehreinnahmen erwartet. Diese können in Höhe von ca. 500 Tsd. herangezogen werden." Der für das 2. Halbjahr 2013 auf den Bereich Inneres entfallende Anteil aus der Gewinnabschöpfung aus Straftaten wird ca. 300 Tsd. Euro betragen, der per Nachbewilligung sollerrhöhend dem Haushalt der Polizei zufließen soll." Gemäß Beschluss des Senats vom 19.02.2013 soll zur Finanzierung des Mehrbedarfs für die Verwahrung gefundener und herrenloser Tiere die Risikovorsorge in Höhe von 350 Tsd. Euro herangezogen werden." Im Bereich des Digitalfunks (PPL 96) stehen investive Reste aus den Vorjahren in Höhe von 500 Tsd. Euro zur Verfügung, die dort nicht mehr benötigt werden." Die für die Durchführung des Zensus 2011 bereitgestellten Mittel sind nicht in vollem Umfang abgeflossen. Ein Betrag in Höhe von 120 Tsd. Euro (Reste aus Vorjahren) wird dauerhaft nicht mehr benötigt <p>Unter Berücksichtigung der dargestellten Vorschläge zur Reduzierung des Risikos im konsumtiven Bereich wird für einen Betrag in Höhe von 3.280 Tsd. Euro derzeit keine Ausgleichmöglichkeit auf Ressortebene gesehen.</p>			

Produktplan: Inneres	07	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 88	Seite 3
3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen			
Die angezeigten investiven Einnahmen stammen aus dem Verkauf von beweglichen Sachen der Polizei Bremen. Diese Einnahmen sind nur sehr schwer steuerbar.			
3.1.2 Weitere Anmerkungen			
Das Ressort hat Bewirtschaftungsmaßnahmen mit dem Ziel erlassen, eine Minimierung des Ausgaberrisikos zu erreichen. Aufgrund der besonderen Aufgabenstellung des Ressorts kann dieses Ziel nur teilweise erreicht werden.			
Meldung zu investiven Minderausgaben Das Ressort meldet Fehlanzeige			
Finanzierungssaldo Der Finanzierungssaldo wird auf Basis der vorliegenden Zahlen unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen um 6.329 Tsd. Euro überschritten. Darin enthalten sind aus dem Vorjahr Haushaltsreste in Höhe von 969 Tsd. Euro für das Projekt OSCI-XMeld. Diese Mittel werden durch die Senatorin für Finanzen bewirtschaftet. Nach jetzigem Kenntnisstand werden diese Mittel nicht abfließen, so dass sich die Überschreitung auf 5.360 Tsd. Euro reduziert. Die Überschreitung erklärt sich durch die zu erwartenden Mehrausgaben im konsumtiven Bereich sowie im Personalbereich.			
3.2 Personaldaten			
Das voraussichtliche Jahresergebnis weist ein Defizit in Höhe von 5.185 Tsd. Euro auf. Werden die in den betroffenen Produktgruppen refinanzierten Anteile in Höhe von insgesamt 1.800 Tsd. Euro berücksichtigt, da bis Jahresende ein Ausgleich durch entsprechende Einnahmen erwartet wird, reduziert sich das prognostizierte Ergebnis auf 3.385 Tsd. Euro. Die beim Statistischen Landesamt zur Verfügung stehenden Personalverstärkungsmittel für befristet eingestellte Zensus-Kräfte sollen im Rahmen einer Nachbewilligung ausgeglichen werden, was zu einer weiteren Reduzierung des Jahresdefizites in Höhe von 324 Tsd. Euro führt, ebenso wie der Ausgleich für Ausbildungskosten durch Umbuchungen aus dem Produktplan 92 in Höhe von insgesamt 53 Tsd. Euro. Minderausgaben auf Grundlage der Fluktuationsprognose reduzieren das prognostizierte Defizit weiter um insgesamt 410 Tsd. Euro. Die Nachbewilligung von Mitteln aufgrund der Tarif- und Besoldungserhöhung in Höhe von 1.952 Tsd. Euro wird das prognostizierte Defizit des PPL 07 weiter um diesen Betrag verringern.			
Defiziterhöhend wirken sich demgegenüber die geplanten Einstellungen aus der Ausbildung bei der Polizei Bremen (ca. 93 zum 01.10.2013) in Höhe von ca. 758 Tsd. Euro sowie die Einstellung von 6 zusätzlichen Feuerwehranwärtern bei der Feuerwehr Bremen aus, die für das Ressort zu zusätzlichen Mehrausgaben in Höhe von rund 18 Tsd. Euro führen. Weitere Budgetrisiken sind im Rahmen der Altersteilzeitrückstellungen in Höhe von insgesamt ca. 165 Tsd. Euro einzukalkulieren. Unter Berücksichtigung der verfügbaren Nebentitel in Höhe von 283 Tsd. Euro sowie aller genannten Prämissen wird ein vor. Jahresergebnis in Höhe von - 1.870 Tsd. Euro erwartet.			
Die Zielzahlen werden im Kernbereich nach der Prognose nahezu eingehalten, es wird jedoch bei der Polizei Bremen durch die Einstellungen aus der Ausbildung und den Rückgang der Abgänge durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu Überhängen kommen. Die beabsichtigten Einstellungen bei der Feuerwehr Bremen zur Erreichung der Zielzahl und Sicherstellung des Schutzzieles werden die Überhänge auf Produktplanebene weiter erhöhen.			
In der Produktgruppe 07.01.01 (Polizeivollzug) ist aktuell ein Betrag in Höhe von 2.054 Tsd. Euro im Soll gesperrt, da bislang keine geeigneten Kompensationsmaßnahmen identifiziert werden konnten. An verschiedenen Stellen wurde bereits im Jahr 2012 geprüft, durch welche Maßnahmen Einsparpotentiale wirksam werden könnten. Die in diesem Zusammenhang diskutierten Möglichkeiten wie die Abschaffung des Ausgleichs für besondere Altersgrenzen, die Absenkung der Dienstbezüge während der Probezeit, die Einbehaltung eines Eigenbeitrags bei der Freien Heilfürsorge sowie die verminderte Einstellung in die Ausbildung wurden seinerzeit invernehmlich verworfen. Darüber hinaus wurden bereits erhebliche Anstrengungen im Rahmen von Aufgabenkritik durchgeführt, deren Effekte aufgrund von neu wachzunehmenden Aufgaben wieder ausgeglichen wurden.			
Auch auf Planebene werden aktuell keine Möglichkeiten gesehen, eine Kompensation in dieser Größenordnung herbei zu führen. Die Erarbeitung von Personalkonzepten für die senatorische Behörde und der nachgeordneten Dienststellen mit dem Ziel der mittelfristigen Einhaltung der Zielzahlen unter Berücksichtigung der gesteigerten Anforderungen an die Aufgabenwahrnehmung wird voraussichtlich Einspareffekte auf Planebene für die kommenden Haushaltsjahre ergeben. Durch die geplante Integration des Sportamtes und des Landesamtes für Verfassungsschutz in die senatorische Behörde sollen insbesondere Querschnittsaufgaben gebündelt und dadurch die Möglichkeiten der natürlichen Fluktuation abgeschöpft werden. Die Realisierung weiterer Synergieeffekte im konsumtiven Bereich wird im Rahmen des Organisationsprozesses ebenfalls geprüft. Für 2014 wurde darüber hinaus im Rahmen der Haushaltsaufstellung angekündigt, Mehreinnahmen aus der Verkehrsüberwachung zum Ausgleich (ggf. Teilausgleich) heranzuziehen. Das Konzept ist im Grundzug fertiggestellt und soll baldmöglichst im Senat beraten werden.			

Produktplan: Inneres	07	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 88	Seite 4
<p>3.3 Sondervermögen Immobilien und Technik</p> <p>Im Berichtszeitraum sind für Beschaffungsvorgänge der Vorjahre 1.076.318 Euro an Zins- und Tilgungsleistungen an die beiden SVIT (Stadt und Land) gezahlt worden. Neubeschaffungen sind nicht mehr vorgesehen.</p> <p>3.4 Leistungsdaten (zu Seite 1a "Strategische Leistungsdaten")</p> <p>In diesem Bericht nicht vorgesehen.</p>			

Der Senator für Inneres und Sport



Der Senator für Inneres und Sport
Contrescarpe 22/24, 28203 Bremen

Senatorin für Finanzen
- 21 -

Auskunft erteilt Herr Schwier

Zimmer 50

Tel.: 0421/361-9032
Fax: 0421/496-9032

E-mail:
Wolfgang.Schwier@Inneres.Bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Mein Zeichen
(bitte bei Antworten angeben)
12

Bremen, 25. September 2013

Haushaltsvollzug 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der bisherigen Controlling-Berichte habe ich bereits die im Bereich Inneres bestehenden Haushaltsrisiken beschrieben. Darüber hinaus besteht die Berichtsbitte des Haushalts- und Finanzausschusses zur Steuerung des laufenden Haushalts sowie der Wunsch Ihres Hauses, konkrete Maßnahmen aufzuzeigen, wie die für das Jahresende aufgezeigten Überschreitungen des Budgets bzw. des zulässigen Finanzierungssaldos abgebaut werden soll. Zu letzterem hatte ich Ihnen mit Schreiben vom 17.07.2013 auf Basis des Controlling-Berichts 05/2013 geantwortet. Nachdem sich im Halbjahres-Controlling noch keine weiteren Verschlechterungen abzeichneten, stellt sich die Situation jetzt wie folgt dar:

Polizei Bremen

Zur Flexibilisierung von Einsparleistungen im **Personalbereich** wurde im Bereich der Polizei für das Haushaltsjahr 2013 die Möglichkeit vorgesehen, die Zielzahlabenkung (PEP) durch strukturell wirkende Entlastungen an anderer Stelle kompensieren zu können. In der Produktgruppe 07.01.01 (Polizeivollzug) wurde vor diesem Hintergrund ein Betrag in Höhe von 2.054 Tsd. Euro (entspricht 1,2% PEP-Quote) im Soll gesperrt. Die Aufhebung der Sperre erfolgt nach entsprechender Identifizierung von geeigneten Kompensationsmaßnahmen.

An verschiedenen Stellen wurde bereits im Jahr 2012 geprüft, durch welche Maßnahmen die Kompensation zu realisieren ist. Die in diesem Zusammenhang diskutierten Möglichkeiten wie die Abschaffung des Ausgleichs für besondere Altersgrenzen, die Absenkung der Dienstbezüge während der Probezeit, die Einbehaltung eines Eigenbeitrags bei der Freien Heilfürsorge sowie die verminderte Einstellung in die Ausbildung wurden seinerzeit einvernehmlich verworfen. Darüber hinaus wurden bereits erhebliche Anstrengungen im Rahmen von Aufgabenkritik durchgeführt, deren Effekte aufgrund von neu wahrzunehmenden Aufgaben wieder ausgeglichen wurden. Dem Senator für Inneres und Sport stehen aktuell keine Handlungsoptionen zur Verfügung, die Zielzahlabenkung im Polizeivollzugsbereich aufzuheben und den gesperrten Betrag in Höhe von 2.054 Tsd. € an anderer Stelle zu erwirt-

schaften. Eine Kompensierung im Rahmen des PPL 07 bis Ende 2013 ist aufgrund der Zielzahlüberschreitungen im Bereich Stadtamt (+8,8) und bei der senatorischer Behörde (+ 14,1 VZÄ) ebenfalls nicht realisierbar.

Bei den **konsumtiven Ausgaben** der Polizei Bremen ist seit mehreren Jahren ein strukturelles Defizit zu verzeichnen. Grund hierfür waren in der Vergangenheit u.a. Ausgabensteigerungen im Zusammenhang mit der Einrichtung von zusätzlichen Ermittlungsgruppen und dadurch bedingte erhöhte Ermittlungskosten (Ausgaben für Dolmetscher, technische Kommunikationsüberwachung, Gutachten, DNA-Analysen, Reisekosten), Preissteigerungen bei der Fahrzeugunterhaltung sowie erhöhte Energiekosten. Ich habe diese Mehrkosten detailliert anhand von Mengengerüsten dargelegt, zuletzt im November 2012 im Rahmen einer Nachbewilligung (vgl. Vorlage für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses 2012, TOP III.5.1.2).

Für das laufende Haushaltsjahr erwarte ich ein konsumtives Defizit bei der Polizei in Höhe von voraussichtlich **2,09 Mio. Euro**. Neben den bereits oben beschriebenen Ursachen (ca. 1,2 Mio. Euro) sind für die gegenüber 2012 noch einmal gestiegenen Kosten in erster Linie verantwortlich:

- Die Erweiterung des Kooperationsvertrages über die Telekommunikationsüberwachung der Polizei mit Niedersachsen. Die Anlage der Polizei Bremen musste abgeschaltet werden, da sie technisch veraltet ist und keine verwertbaren Ergebnisse mehr liefern kann. Die Telekommunikationsüberwachung erfolgt nun komplett über die bei der Polizei Niedersachsen vorhandene Anlage. Die aus der Vollkooperation resultierenden Mehrkosten werden von der Polizei mit 297 Tsd. € für das laufende Haushaltsjahr beziffert.
- die zunehmende Fremdvergabe von Untersuchungsaufträgen für DNA-Analysen (290 Tsd. Euro).
- die allgemeine Strompreiserhöhung sowie Mehrausgaben im Zusammenhang im der Stilllegung des defekten Blockheizkraftwerks am Standort Huckelriede (197 Tsd. Euro).

Einzelheiten ergeben sich aus dem Schreiben der Polizei Bremen vom 06.09.2013 (Anlage).

Personalkostenerstattung Polizei Bremerhaven

Bei der Ortpolizeibehörde Bremerhaven wird derzeit ein Defizit im Bereich der Personalausgaben in Höhe von rund 296 Tsd. Euro prognostiziert, das insbesondere auf höhere Beteiligungen an den Versorgungsausgaben der Sozialversicherungsträger zurückzuführen ist.

Stadtamt Bremen

Auch für das Stadtamt erwarte ich im laufenden Haushaltsjahr bei den **konsumtiven Ausgaben** ein erhebliches Defizit. Derzeit gehe ich von ca. **1,5 Mio. Euro** aus.

Gründe hierfür sind u.a.

- erhebliche Kostensteigerungen für die Produkte der Bundesdruckerei, z.B. Ausweise, Pässe, Führerscheine (150 Tsd. Euro). Die Mehrausgaben können nicht durch Gebührenerhöhungen kompensiert werden, da die entsprechenden Gebühren bundeseinheitlich festgelegt sind.
- eine Nachzahlung an Immobilien Bremen (IB) für das Jahr 2011 für Mietnebenkosten im Gebäude Stresemannstraße (200 Tsd. Euro). Die Abrechnung der Mietnebenkosten war zwischen dem Eigentümer der Immobilie und IB über mehrere Jahre strittig.

- Zahlungen für Leistungen der Bundesdruckerei und anderer Lieferanten, die nicht mehr aus Mitteln des Vorjahres beglichen werden konnten im Umfang von rd. 500 Tsd. €.
- eine an den Bremer Tierschutzverein e.V. zu zahlende höhere Pauschalentschädigung für die Verwahrung gefundener und herrenloser Tiere (350 Tsd. Euro)
- geringere Einnahmen, insbesondere aus den Bereichen Bußgelder sowie Kfz-Zulassung und Führerscheine. Damit verbunden sind geringere Einnahmeverfügungsmittel.

Bei den **konsumtiven Einnahmen** ist ein Defizit von rd. **1,0 Mio. €** zu erwarten. Dieses ist in erster Linie auf Mindereinnahmen im Umfang von 900 Tsd. € in der Verkehrsüberwachung zurückzuführen.

Statistisches Landesamt

Für das Statistische Landesamt gehe ich von einem **konsumtiven** Mehrbedarf in Höhe von **120 Tsd. Euro** aus. Dieser ist begründet

- durch Mehrausgaben für die Durchführung von bundesweit vorgeschriebenen statistischen Erhebungen, z.B. Einkommens- und Verbraucherstichprobe (60 Tsd. Euro)
- durch eine Nachforderung des Landesbetriebes für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen für die Durchführung von Justizstatistiken in den Jahren 2011/2012 (60 Tsd. Euro).

Weitere Mehrausgaben im Personalbereich

- Zwischen der Senatorin für Finanzen und dem Senator für Inneres und Sport ist mit Datum vom 29.08.2013 eine Vereinbarung zum mittelfristigen Abbau des rechnerischen Personalüberhangs beim Stadtamt unterzeichnet worden, die die Einhaltung der Personalzielzahl bis zum Jahr 2019 auch unter Berücksichtigung von PEP vorsieht. Die Überschreitung kann kurzfristig nicht zurückgeführt werden.
- Für die senatorische Behörde wird aktuell gleichermaßen an einem Personalkonzept gearbeitet, das mittelfristig die Einhaltung der Zielzahl unter Berücksichtigung der gesteigerten Anforderungen an die Aufgabenwahrnehmung zum Ziel hat. Durch die geplante Integration des Sportamtes und des Landesamtes für Verfassungsschutz sollen insbesondere Querschnittsaufgaben gebündelt und dadurch die Möglichkeiten der natürlichen Fluktuation abgeschöpft werden. Die Realisierung weiterer Synergieeffekte im konsumtiven Bereich wird im Rahmen des Organisationsprozesses geprüft.

Weitere Hinweise

- Für 2014 wurde im Rahmen der Haushaltsaufstellung angekündigt, Mehreinnahmen aus der Verkehrsüberwachung zum Ausgleich (ggf. Teilausgleich) heranzuziehen. Das Konzept ist in den Grundzügen fertig gestellt und soll baldmöglichst im Senat beraten werden.

Basierend auf der Senatsvorlage zum Controlling 01-06/13 wird am 21.10.2013 ein Termin zwischen den Staatsräten unserer Häuser zum weiteren Umgang mit den personalwirtschaftlichen Risiken stattfinden.

Lösungsvorschlag

In Kenntnis der insgesamt knapp bemessenen Ressourcen hat das Ressort bereits im März 2013 Bewirtschaftungsmaßnahmen erlassen, mit dem Ziel eine Minimierung des Ausgaberi-

sikos zu erreichen. Aufgrund der bekannten besonderen Aufgabenstellung des Ressorts konnte dieses Ziel nur teilweise erreicht werden.

Die beschriebenen Haushaltsrisiken könnten aus meiner Sicht wie folgt reduziert werden:

- Im Bereich des Rettungsdienstes erwarte ich insbesondere aufgrund weiterhin steigender Einsatzzahlen Mehreinnahmen. Diese können in Höhe von ca. 500 Tsd. herangezogen werden.
- Der für das 2. Halbjahr 2013 auf den Bereich Inneres entfallende Anteil aus der Gewinnabschöpfung aus Straftaten wird ca. 300 Tsd. Euro betragen und fließt per Nachbewilligung sollerrhöhend dem Haushalt der Polizei zu. (Für das 1. Halbjahr sind bereits 86 Tsd. Euro vereinnahmt worden).
- Gemäß Beschluss des Senats vom 19.02.2013 soll zur Finanzierung des Mehrbedarfs für die Verwahrung gefundener und herrenloser Tiere die Risikovorsorge in Höhe von 350 Tsd. Euro herangezogen werden.
- Im Bereich des Digitalfunks (PPL 96) stehen investive Reste aus den Vorjahren in Höhe von 500 Tsd. Euro zur Verfügung. Diese werden nicht mehr benötigt.
- Die für die Durchführung des Zensus 2011 bereitgestellten Mittel sind nicht in vollem Umfang abgeflossen. Ein Betrag in Höhe von 120 Tsd. Euro (Reste aus Vorjahren) wird dauerhaft nicht mehr benötigt

Ich habe daher die derzeit im Produktplan 07 erkennbaren Haushaltsrisiken sowie die aus meiner Sicht möglichen Ausgleichsmöglichkeiten nachstehend noch einmal in tabellarischer Form zusammengefasst:

Haushaltsrisiken:

Sperrung Personalmittel Polizei	2.054.000
Ortspolizei Bremerhaven	296.000
Polizei konsumtiv	2.093.000
Stadtamt konsumtiv	1.559.000
Stadtamt Mindereinnahmen	1.000.000
Statistisches Landesamt konsumtiv	120.000
Gesamt	7.122.000

Ausgleiche:

Entsperrung Personalmittel Polizei	2.054.000
Mehreinnahmen Rettungsdienst	500.000
Gewinnabschöpfung 2. Halbjahr	300.000
Risikofonds (Beschluss Senat)	350.000
Reste Digitalfunk	500.000
Reste Zensus	120.000
Gesamt	3.824.000

Für einen Betrag in Höhe von 3.298 Tsd. Euro sehe ich derzeit keine Ausgleichmöglichkeit und bitte daher, für den Bereich Inneres diesen Betrag aus der Risikovorsorge bereit zu stellen. Alternativ käme eine Umlagefinanzierung in Betracht.

Produktplan 12 (Sport)

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gehe ich von Mindereinnahmen in Höhe von 140 Tsd. € aus. Abweichend von der Darstellung im Controllingbericht 08/2013 ergibt sich diese Veränderung (bislang 180 Tsd. €) durch eine Neuberechnung auf linearer Basis. Die Mindereinnahmen resultieren aus fehlenden Einnahmen aus Nutzungsentgelten für Sportanlagen sowie aus der Verpachtung von Werbeflächen.

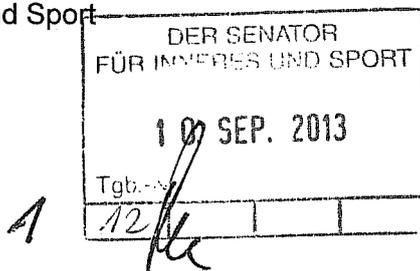
Ein teilweiser Ausgleich kann durch voraussichtliche Personalminderausgaben in Höhe von 56 Tsd. € erfolgen. Der verbleibende Betrag soll durch eine entsprechende Steuerung der konsumtiven Ausgaben erwirtschaftet werden, so dass ich für den Sportbereich derzeit keinen weiteren Handlungsbedarf sehe. Die konkretere Aussteuerung wird im Controllingbericht 09/2013 dargestellt.

Mit freundlichem Gruß
Im Auftrag

Facklam

Polizei Bremen • Postfach 10 25 47 • 28025 Bremen
FP 11 Finanzcontrolling/Haushalt/Rechnungswesen

Senator für Inneres und Sport
Abteilung 1
Herr Schwier
Contrescarpe 22-2
28203 Bremen



Auskunft erteilt
Frau Petra Röder
Zimmer: D.1.083
T (04 21) 362 - 12060
E-Mail: Petra.Roeder
@Polizei.Bremen.de
Datum und Zeichen
Ihres Schreibens:

Mein Zeichen: FP 110

Bremen, 06.09.2013

Konsumtive Finanzdaten der Polizei Bremen Hochrechnung für das Haushaltsjahr 2013

Sehr geehrter Herr Schwier,

mit Schreiben vom 02.08.2013 haben wir unsere konsumtiven Budgetdaten für das Haushaltsjahr 2013 auf Basis der Kostenarten erläutert und über die vergangenen drei Jahre abgebildet.

Wie abgesprochen stellen wir Ihnen anliegend den prognostischen konsumtiven Ausgabenverlauf da. Die Hochrechnung erfolgte anhand der Istausgaben im ersten Halbjahr 2013 und der aktuell bekannten Veränderungen gegenüber der Planung. Zur Darstellung der unterjährigen Veränderungen haben wir die Istausgaben 2012 an der Hochrechnung 2013 anhand der Kostenartenstruktur gespiegelt. Die Planzahlen 2013 sind mit angeführt. Der konsumtive Mehrbedarf gegenüber dem Haushaltsanschlag wird unter Punkt 3 aufgezeigt.

Der grundsätzlichen Vorgabe das konsumtive Defizit in einem Rahmen von 2.200 Tsd. Euro zu halten konnten wir folgen. Im Haushalt ist bereits eine Nachbewilligung von 85.663,68 € aus Mittel der Vermögensabschöpfung eingestellt.

1. Übersichten

1.1 Kostenartenstruktur

Die nachfolgende Übersicht zeigt zusammenfassend die Verteilung der Ausgaben zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur und zur Wahrnehmung unserer Hauptaufgaben.

Kostenartenstruktur Angaben in Euro	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Hoch- rechnung 2013	Differenz HR 2013- Ist 2012
Infrastrukturkosten fix und variabel gesamt	13.104.236	12.261.284	11.281.890	11.773.492	491.602
- Gebäude	9.556.516	9.536.618	8.344.446	8.909.301	564.855
- Kommunikation	2.193.231	1.538.732	1.459.587	1.341.801	-117.786
- Mobilität	1.354.489	1.185.934	1.477.857	1.522.390	44.533
Pflichtaufgaben fix und variabel gesamt	5.114.950	7.112.578	5.436.638	6.292.189	855.551
- direkte Verfahrenskosten	3.586.986	5.309.942	3.604.783	4.158.570	553.787
- indirekte Verfahrenskosten	845.170	1.163.636	1.123.776	1.456.144	332.368
- zweckgebundene Fixkosten	682.795	639.000	708.080	677.475	-30.605
Sonstige Kosten fix und variabel gesamt	1.103.139	1.125.215	1.219.795	1.314.040	94.244
- Sonstige	936.127	969.680	1.003.798	1.032.606	28.807
- Personalentwicklung	167.012	155.535	215.997	281.434	65.437
Gesamt	19.322.325	20.499.078	17.938.323	19.379.720	1.441.397

In den Ergebnissen 2010 bis 2012 sind die Ausgaben mindernden Buchungen für die Abrechnung der Schwertransporte, die Einnahmen aus Sondereinsätzen sowie die Erstattung aus dem Kampfmittelräumdienst enthalten.

Die Plansumme 2013 enthält hierfür 600 Tsd. Euro.

In der Hochrechnung sind die Ausgaben mindernden Buchungen in Höhe von 938,2 Tsd. Euro zu berücksichtigen. Die Abrechnungsmodalitäten für den Kampfmittelräumdienst sind geklärt. Der erhaltene Erstattungsbetrag für die Jahre 2010, 2011 und 2012 beträgt 355,1 Tsd. Euro. Für die Begleitung von Schwerlasttransporten wurden 83,1 Tsd. Euro abgerechnet. Im Bereich der Sondereinsätze planen wir mit einer Erstattung in Höhe von 500 Tsd. Euro. Davon entfallen 150 Tsd. Euro auf die Kostenart laufende Kfz-Kosten und 350 Tsd. Euro auf die Kostenart sonstige Gefahrenabwehr (Personalanteil externe Sondereinsätze).

Somit erwarten wir Gesamtausgaben in Höhe von 18.441,5 Tsd. Euro.

Die zweite Übersicht teilt unsere Ausgaben in fixe und variable Kosten auf.

Kostenartenstruktur Angaben in Euro	Ist 2012	Plan 2013	Hochrechnung 2013	Differenz HR 2013- Ist 2012
Fixkosten gesamt	12.335.372	13.297.658	13.223.807	888.436
- Infrastruktur	10.735.800	11.270.386	11.320.937	585.136
- Pflichtaufgaben	1.502.105	1.939.199	1.815.348	313.243
- Sonstige Kosten	97.467	88.073	87.523	-9.944
- Personalentwicklung	0	0	0	0
Variable Kosten gesamt	5.602.951	5.925.818	6.155.913	552.961
- Infrastruktur	546.089	513.465	452.555	-93.534
- Pflichtaufgaben	3.934.533	4.112.500	4.476.841	542.308
- Sonstige Kosten	906.331	981.389	945.083	38.751
- Personalentwicklung	215.997	318.464	281.434	65.437
Gesamt	17.938.323	19.823.476	19.379.720	1.441.397

Der Konsumtivhaushalt ist geprägt durch einen hohen Fixkostenanteil, der überwiegend schwer bis kaum beeinflussbar ist.

Bei den variablen Kosten sind 70% der Mittel für die Erfüllung der hoheitlichen Aufgaben vorgesehen, die durch das Einsatzgeschehen bestimmt werden und ebenfalls nicht beeinflussbar sind.

1.2 Übersicht Ist-Ausgaben 2010-2012 sowie Hochrechnung 2013

Die Übersicht zeigt unsere Ausgaben bereinigt um außerordentliche Aufwendungen für Polizeiarbeit sowie um die Ausgaben mindernden Buchungen.

	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Plan 2013	Hoch- rechnung 2013
Ausgaben	19.322.325	20.499.078	17.938.323	19.223.476	19.379.700
abzgl. Anlass/Sonderfall					
Kirchentag 2009		129.812			
IMK 2009	29.487				
TdDE 2010	963.157	1.073.551			
NPD 30.04.2010		1.102.146			
Innenreinigung	1.181.290	1.181.290			
Zwischensumme	17.148.392	17.012.279	17.938.323	19.223.476	18.441.500
zzgl. ausgabenmindernde Buchungen	880.000	852.465	959.453	600.000	938.200
Summe tatsächlicher Ausgaben	18.028.392	17.864.744	18.897.776	19.823.476	19.379.700

Die Summe der tatsächlichen Ausgaben - bereinigt um außerordentliche Sonderfälle und ausgabenmindernde Buchungen - zeigt deutlich, dass aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung sowie der stetig wachsenden Aufgabenbreite, unsere Ausgaben seit Jahren konstant steigen. Diese Entwicklung wird sich voraussichtlich in den nächsten Jahren fortsetzen.

1.3 Übersicht des voraussichtlichen Haushaltssolls gespiegelt an den erwarteten Gesamtausgaben

Den erwarteten Gesamtausgaben in Höhe von 18.441,5 Tsd. Euro steht ein voraussichtliches Haushaltssoll in Höhe von 16.347,6 Tsd. Euro gegenüber. Das voraussichtliche Defizit liegt bei 2.093,9 Tsd. Euro.

	2013
erwartete Gesamtausgaben	18.441,5
Anschlag	16.696,3
Anschlag Zinsen	63,0
Anschlag Performa	43,7
Anschlag gesamt	16.803,0
Sollveränderungen:	
Nachbewilligung Niederschlagsgebühren	39,3
Einnahmeverfügungsmittel	50,0
Vermögensabschöpfung	85,6
Sollminderung Brekom	-39,4
Umschichtung Personal-HH	-240,4
Umschichtung PPL 96	-350,5
Summe voraussichtliches Haushaltssoll	16.347,6
Unterdeckung	-2.093,9

2. Erläuterungen zu den Kostenartengruppen

In unserem Schreiben vom 02.08.2013 haben wir darüber informiert, dass ein konsumtives Defizit gegenüber dem Anschlag in Höhe von 2.843 Tsd. Euro erwartet wird. Aufgrund der Hochrechnung erwarten wir ein Defizit in Höhe von 2.093,9 Tsd. Euro. Dieses Defizit möchten wir Ihnen anhand repräsentativ ausgewählter Kostenarten erläutern.

Grundlage der Auswahl sind die repräsentativen Ausgaben gemäß der Kostenartenstruktur. Gegenübergestellt wurden die Istausgaben 2012 mit der Hochrechnung 2013. Unsere Planzahlen werden zur Information mit angeführt.

2.1. Infrastrukturkosten

2.1.1 Infrastrukturkosten – Gebäude

Repräsentative Gebäudekosten	Ist 2012	Plan 2013	HR 2013	Differenz Ist 2012 HR 2013
61300000 Bewachungskosten	290.433	330.000	330.000	39.567
61320000 Hausmeisterdienste	296.637	379.000	379.000	82.363
67010000 Mieten	4.789.425	4.855.630	4.801.940	12.515
67011000 Mietnebenkosten	349.310	368.031	322.231	-27.079
67040000 Heizung	265.497	291.100	399.100	133.603
67041000 Gas	409.040	431.120	488.120	79.080
67042000 Strom	610.644	742.614	807.614	196.970
67043000 Wasser	88.667	66.450	144.750	56.083
67100000 Instandhaltung Bauten	184.952	242.300	217.600	32.648
67110000 Instandhaltung techn.Anlagen	432.885	505.070	382.516	-50.369
71430000 Zinsen an Sondervermögen	27.534	63.000	23.000	-4.534
Zwischensumme Gebäudekosten	7.745.026	8.274.314	8.295.871	550.845

Die Anpassung an den gesetzlichen Mindestlohn führt im Bereich der Bewachungskosten zu Mehrkosten in Höhe von 40 Tsd. Euro.

Der normale Aufwand für Hausmeisterdienste liegt bei ca. 340 Tsd. Euro. In 2012 wurde ein Guthaben aus 2011 verrechnet, jedoch sind Kosten für 2012 in 2013 zu verbuchen.

Das neue Revier Horn verursacht in 2013 anteilig 26 Tsd. Euro Mehrkosten bei den Mieten. Das geplante Mietrisiko von zusätzlich 41 Tsd. Euro für das Revier in der Osterholzer Heerstr. 100 muss nicht berücksichtigt werden.

Die Mietnebenkosten enthalten 2012 die Gebühr für das Niederschlagswasser in Höhe von 25 Tsd. Euro. Ab 2013 ist dieser Betrag über die Wasserkosten abgerechnet worden.

Im Bereich Heizung und Gas kommt es aufgrund allgemeiner Preissteigerungen zu Mehrkosten von ca. 48 Tsd. Euro. Aufgrund des langen, kalten Winters aber auch der hohen Temperaturen im Sommer ist mit deutlich höheren Ausgaben zu rechnen.

Die Ausgaben für Strom erhöhen sich um 70 Tsd. Euro aufgrund der allgemeinen Preissteigerung (Ökostromumlage etc.). Aufgrund der vorübergehenden Stilllegung des Blockheizkraftwerks am Standort Huckelriede ist mit monatlichen Mehrkosten in Höhe von 5.000 € zu rechnen. Im Herbst wird das neue Blockheizkraftwerk fertig gestellt sein.

Bei den Ausgaben für Wasser sind die Kosten für Entwässerungsgebühren enthalten. Inwieweit Haushaltsmittel auch für die Liegenschaften, die nicht durch Immobilien Bremen angemietet werden, im Haushalt eingestellt werden ist offen.

Die geplanten Ausgaben für Instandhaltungsarbeiten an den Bauten orientieren sich an der zunehmenden Altersstruktur und den Mieterpflichten der Mietobjekte. Durch vermehrte Eigenleistung durch Mitarbeiter im Gebäudemanagement können hier Kosten eingespart werden.

Bei den Ausgaben für die Instandhaltung der technischen Anlagen sind im Ist 2012 aufgrund von Umbuchungen 60 Tsd. Euro im 13. Monat für das Energiesparcontracting auf dem Gelände des Polizeipräsidiums enthalten. Es war geplant die gesetzlich vorgeschriebene Sonderwartung der Funkmasten in Höhe von 132 Tsd. Euro durchzuführen. Diese Maßnahme verschiebt sich. Für Blitzschutzprüfungen und den Abbau des Funkpeilers entstehen weitere Kosten.

Die geplanten Ausgaben für Zinsen an das Sondervermögen wurden dem Vorjahresniveau angepasst. In 2013 wurde ein Guthaben aus 2012 in Abzug gebracht.

2.1.2 Infrastruktur – Kommunikation

Repräsentative Kommunikationskosten	Ist 2012	Plan 2013	HR 2013	Differenz Ist 2012 HR 2013
68300000 Entgelte Telekommunikation	601.260	571.860	585.455	-15.805
69111000 Rundfunkgebühren	34.880	12.000	9.500	-25.380
68210000 Telefon und Telefax	300.765	264.465	211.995	-88.770
Zwischensumme Kommunikationskosten	936.905	848.325	806.950	-129.955

Bei den Entgelten für Telekommunikation ist eine nicht mehr benötigte analoge Funkleitung gekündigt worden. Dies führt zu Einsparungen in Höhe von 29 Tsd. Euro.

Aufgrund der geänderten GEZ-Abrechnung kommt es auch im Bereich der Rundfunkgebühren zu Minderbedarfen.

Bei den Gebühren für Telefon und Fax sind in 2012 13 Monatsrechnungen gezahlt worden. In der Hochrechnung wurden die Gesamtausgaben durch die Eckwertverlagerung angepasst.

2.1.3 Infrastruktur – Mobilität

Repräsentative Mobilitätskosten	Ist 2012	Plan 2013	HR 2013	Differenz Ist 2012 HR 2013
67210000 Kfz Reparaturen	735.397	802.500	808.000	72.603
67211000 Reparaturen schwimmender Fuhrpark	210.960	182.500	182.500	-28.460
Zwischensumme Mobilitätskosten	946.357	985.000	990.500	44.143

Im Bereich Kfz-Reparaturen rechnen wir aufgrund der sukzessiven Schließung der polizeieigenen Werkstatt und des überalterten Fahrzeugbestandes - vor allem bei den Zivilfahrzeugen - mit steigenden Kosten im Hinblick auf Reparaturaufträge.

Im Bereich schwimmender Fuhrpark führte der Verkauf der Bremen 3 in 2012 und der Bremen 12 in 2013 sowie die Anschaffung der Bremen 1 in 2012 zu sinkenden Bedarfen bei den Reparaturen.

2.2. Pflichtaufgaben

2.2.1 Pflichtaufgaben – direkte Verfahrenskosten

Repräsentative direkte Verfahrenskosten	Ist 2012	Plan 2013	HR 2013	Differenz Ist 2012 HR 2013
60000200 Chemikalien und Gase	478.223	235.000	192.000	-286.223
61900000 Sonstiger Aufwand für bezogene Leistungen	593.862	899.600	807.800	213.938
67200000 Laufende Kfz-Kosten	788.428	750.000	766.900	-21.528
67960000 Übersetzungsdienste	734.085	549.000	449.050	-285.035
68390000 Sonstige Entgelte Kommunikation	96.922	64.590	86.190	-10.732
69200400 sonstige Gefahrenabwehr	-569.529	-220.600	-404.135	165.394
69200700 ärztliche Laboruntersuchungen	356.113	400.000	273.000	-83.113
Zwischensumme direkte Verfahrenskosten	2.478.105	2.677.590	2.170.805	-307.300

Bei der Differenz für sonstige Gefahrenabwehr handelt es sich um eine Erhöhung der Einnahme, nicht um eine Erhöhung der Ausgaben. Die Gesamtausgaben reduzieren sich in 2013.

Bei den Kosten für Chemikalien und Gase gehen wir aufgrund der vorhandenen Lagerbestände sowie der geplanten Fremdvergabe von Minderbedarfen aus. Die aktuelle Entwicklung wurde angepasst.

In der Kostenart Sonstiger Aufwand für bezogene Leistungen kommt es aufgrund geplanter Fremdvergabe von DNA-Untersuchungsaufträgen zu Mehrbedarfen. Die Fremdvergabe ist unter anderem erforderlich, da der Biologe mit 0,7 BV für die Akkreditierung des Bereichs freigestellt ist. Zum anderen hat sich ein Bearbeitungsrückstau gebildet. Im Bereich der DNA-

Untersuchungen kommt es zu einem stetigen Anstieg der Fallzahlen von priorisierten Untersuchungsanträgen. Dieser kann durch eigene Mitarbeiter und aufgrund der Kapazitäten der Laborgeräte nicht kompensiert werden. Im ersten Quartal 2013 wurden neue Mitarbeiter für die Tatortgruppe eingestellt, dadurch werden mehr Spuren gesichert und die Fallzahlen steigen. Die ungeplanten Bedarfe z. B. für die Null-Toleranz-Strategie gegen die Rocker sind in der Hochrechnung berücksichtigt.

Die Planung für die laufenden Kfz-Kosten liegt ungefähr beim Vorjahreswert. Ursache hierfür sind die relativ modernen Streifenwagen, die trotz hoher Kilometerlaufleistung aufgrund des sinkenden Verbrauchs auch bei steigenden Spritpreisen zu relativ konstanten Kosten führen. Die Einnahmen aus den externen Sondereinsätzen sind mit einer Plansumme in Höhe von 150 Tsd. Euro eingerechnet. Die Einnahmen für die Begleitung von Schwertransporten sind ebenfalls berücksichtigt, fallen in 2013 mit 83,1 Tsd. Euro um 20 Tsd. geringer aus als in 2012.

Im Bereich Dolmetscherleistungen für Ermittlungsarbeit kam es aufgrund umfangreicher Verfahren in 2012 zu stark erhöhten Ausgaben. Ein Teil dieser Verfahren sind abgeschlossen, sodass die sinkenden Ausgaben in der Hochrechnung weiter nach unten korrigiert wurden.

Bei den Kosten für Sonstige Entgelte Kommunikation kam es aufgrund mehrjähriger Beschaffungszyklen sowie der Bugwelle aus 2011 in 2012 zu höheren Ausgaben. Der durchschnittlich geplante Bedarf für 2013 wurde aufgrund von Ersatzbeschaffungen im Bereich der Hör-Sprechfunkgarnituren angepasst.

Im Bereich Sonstige Gefahrenabwehr für den Kampfmittelräumdienst erhöhen sich die geplanten Ausgaben um ca. 127 Tsd. Euro. Unter anderem aufgrund von umfangreichen Arbeiten im Bürgerpark. Im Gegenzug haben wir eine Erstattung für die Jahre 2010 bis 2012 in Höhe von 355,1 Tsd. Euro erhalten. Für die Folgejahre rechnen wir mit sehr geringen Erstattungsbeträgen. Die Einnahmen aus den externen Sondereinsätzen sind hier ebenfalls berücksichtigt mit einer Plansumme von 350 Tsd. Euro.

Die geplanten verstärkten Kontrollen im Bereich Drogenerkennung im Straßenverkehr und damit zusammenhängender Blutentnahmen wurden nicht im vollen Umfang durchgeführt. Die veränderten Vertragsmodalitäten mit dem Ärztlichen Beweissicherungsdienst sind eingeplant.

2.2.2 Pflichtaufgaben – indirekte Verfahrenskosten

Repräsentative indirekte Verfahrenskosten	Ist 2012	Plan 2013	HR 2013	Differenz Ist 2012 HR 2013
60610000 Dienst- und Schutzkleidung	558.081	629.914	594.956	36.875
69100000 Beiträge	75.430	500.275	372.275	296.845
Zwischensumme indirekte Verfahrenskosten	633.511	1.130.189	967.231	333.720

Die jährlichen Schwankungen im Bereich Dienst- und Schutzkleidung sind durch unterschiedliche Ausstattungsintervalle z. Bsp. im Bereich Einsatzhelme, ablaufende Gewährleistungsfristen sowie Wechselbedarfe der Mitarbeiter durch interne und externe Wechsel bedingt.

Bis 2012 sind im Bereich der Beiträge Kosten für eine Teilkooperation für Telekommunikationsüberwachung mit Niedersachsen über jährlich 75 Tsd. Euro angefallen. Ab 2013 wurde eine Vollkooperation abgeschlossen. Die Mehrkosten waren geplant über den vereinbarten Betrag in Höhe von 500 Tsd. Euro. Die Zahlung ist erst nach 6 Monate nach Endabnahme des Gesamtsystems fällig, so dass die Schlusszahlung erst im Jahr 2014 erfolgen wird. Die bisher angefallenen Kosten wurden anteilig in Rechnung gestellt. Ab 2014 sollen diese Kosten über den PPL 96 abgewickelt werden.

2.2.3 Pflichtaufgaben – zweckgebundene Fixkosten

Repräsentative zweckgebundener Fixkosten	Ist 2012	Plan 2013	HR 2013	Differenz Ist 2012 HR 2013
67990000 Aufwendungen sonstige Dienstleistungen	598.390	564.000	564.000	-34.390
Summe zweckgebundener Fixkosten	598.390	564.000	564.000	-34.390

Bei den Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen handelt es sich um die Rechnungen der Performa Nord für die Gehaltsabrechnungen. In 2012 sind 13 Monate abgerechnet worden.

2.3. Sonstige Kosten

2.3.1 Sonstige Kosten – Sonstige

Repräsentative sonstige Kosten	Ist 2012	Plan 2013	HR 2013	Differenz Ist 2012 HR 2013
68030000 Wirtschaftsgüter bis 150,- netto	36.119	78.625	49.445	13.326
78859000 konsumtive geringwertigen Wirtschaftsgüter Polizei	137.366	173.565	169.029	31.663
Summe zweckgebundene Fixkosten	173.485	252.190	218.474	44.989

Die Kostenarten Wirtschaftsgüter bis 150,- Euro netto und geringwertige Wirtschaftsgüter bis 410,- Euro netto beinhalten sowohl Ausgaben für Polizeiarbeit im Bereich Führungs- und Einsatzmittel als auch Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung. In der Plansumme sind überwiegend Anmeldungen für polizeibedingte Ausrüstungsgegenstände enthalten. Die Steigerung in diesem Bereich resultiert aus den erforderlichen Bedarfen an Führungs- und Einsatzmitteln, die bedingt durch die Altersstruktur (Gewährleistung) und das Einsatzgeschehen auszutauschen sind.

2.3.2 Sonstige Kosten - Personalentwicklung

Repräsentative Personalentwicklungskosten	Ist 2012	Plan 2013	HR 2013	Differenz Ist 2012 HR 2013
60730100 Ausbildung von Bediensteten	35.837	4.000	6.000	-29.837
66400000 Aufwand f. Fort- und Weiterbildung	130.159	259.914	221.384	91.225
Summe Personalentwicklungskosten	165.996	263.914	227.384	61.388

Die Kosten für das Abschlussjahr des Masterstudiums der Polizeiräte wurden bereits in 2012 entrichtet. Für die in 2013 ausgewählten RatsanwärterInnen für den Studiengang 2014/2016 fallen in 2013 keine Ausbildungskosten an.

Die jährlichen Schwankungen im Bereich Fort- und Weiterbildung sind durch vorgegebene Ausbildungspläne und mehrjährige Schulungsmaßnahmen bedingt. 25 Tsd. Euro fallen in 2013 zusätzlich periodenfremd für die Unterstützung der HfÖV an.

3. Fazit

Der Anschlag für den Produktbereich 0701 inkl. Zinsen beträgt 16.803,0 Tsd. Euro. Unter Berücksichtigung der Solländerungen in Höhe von -455,4 Tsd. Euro und der geplanten Ausgaben mindernden Buchungen in Höhe von 938,2 Tsd. Euro betragen die verfügbaren Finanzmittel 16.347,6 Tsd. Euro. Die Hochrechnung der Direktionen hat für 2013 Kosten in Höhe von 19.379,7 Tsd. Euro ergeben. Dies führt zu einem voraussichtlichen Defizit in Höhe von 2.093,9 Tsd. Euro.

Konsumtive Budgetplanung 2013			
Finanzierung			
Angaben in Tsd. €	Ist 2012	Plan 2013	Hochrechnung 2013
Budgetanmeldung Kapitel 0034 PG 01	18.821,0	19.716,8	19.313,0
Zinsen	27,5	63,0	23,0
Budgetanmeldung PG 02 (Performa)	49,3	43,7	43,7
Zwischensumme	18.897,8	19.823,5	19.379,7
Ausgaben mindernde Buchungen:			
- Abrechnung überörtlicher Sondereinsätze	-778,4	-500,0	-500,0
- aus der Abrechnung des Kampfmittelräumdienstes	-70,0	0,0	-355,1
- aus der Abrechnung Begleitung Schwerlasttransporte	-111,1	-100,0	-83,1
Zwischensumme	-959,5	-600,0	-938,2
Gesamtausgaben	17.938,3	19.223,5	18.441,5
- Anschlag	16.863,9	16.696,3	16.696,3
- Anschlag Zinsen	87,4	63,0	63,0
- Anschlag Performa Gehaltsabrechnungen Nicht-Vollzug	44,4	43,7	43,7
Zwischensumme Anschläge (Produktbereich 0701)	16.995,7	16.803,0	16.803,0
Saldo Gesamtausgaben ohne ausgabenmindernde Buchungen- Anschläge	-1.902,1	-3.020,5	-2.576,7
Saldo Gesamtausgaben - Anschläge	-942,6	-2.420,5	-1.638,5
- Nachbewilligung SIS	736,7		
- Nachbewilligung Performa	31,1		
- Nachbewilligung Bootsverkauf HB 3	395,0		
- Nachbewilligung Niederschlagsgebühren			39,3
Zwischensumme Nachbewilligungen	(1.163)	(0)	(39)
- Einnahmeverfüugungsmittel	61,0	50,0	50,0
- Vermögensabschöpfung	113,8	50,0	85,6
- Sollminderung Inpol	-392,0	0,0	0,0
- Sollminderung BVW	-12,1		
- Sollminderung Brekom		-39,4	-39,4
- Umschichtung PPL 96 Querschnitt		-240,0	-240,4
- Umschichtung PPL 96 Fachverfahren		-243,3	-350,5
Zwischensumme allg. Solländerungen	-(229)	-(423)	-(495)
Zwischensumme Solländerungen	933,5	-422,7	-455,4
Summe voraussichtliches Haushaltssoll	17.929,2	16.380,3	16.347,6
Unterdeckung	-9,1	-2.843,2	-2.093,9

Das Defizit in Höhe von 2.093,9 Tsd. Euro baut sich im Vergleich mit 2012 folgendermaßen auf:

- Der konsumtive Eckwert in Höhe von 16.803 Tsd. Euro ist um 192,7 Tsd. Euro niedriger als im Vorjahr. Das voraussichtliche Haushaltssoll liegt für 2013 bei 16.347,6 Tsd. Euro und somit um 1.581,6 € Tsd. Euro unter dem Soll aus 2012.
- Die Planung der Einnahmen aus den Ausgaben mindernden Buchungen fiel um 359,5 Tsd. Euro geringer aus, als das Ergebnis 2012. Aktuell liegen die Ausgaben mindernden Buchungen ungefähr auf Vorjahresniveau.
- Der Mehrbedarf an konsumtiven Mitteln in der Hochrechnung 2013 gegenüber den Istaussgaben 2012 liegt bei 481,9 Tsd. Euro.

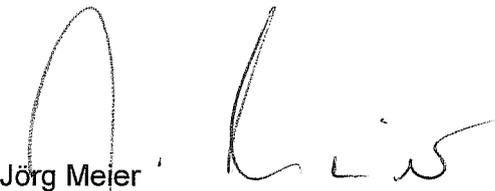
Der polizeiinterne Mehrbedarf ist durch die Direktionsplanung bedingt und baut sich folgendermaßen auf:

- Der Umstieg von der Teilkooperation für die Telekommunikationsüberwachung mit Niedersachsen auf eine Vollkooperation verursacht mit ca. 297 Tsd. Euro die meisten Mehrkosten.
- Im Bereich K 1 bewirkt die Fremdvergabe von Untersuchungsaufträgen Mehrkosten in Höhe von ca. 100 Tsd. Euro.
- Die Strompreiserhöhung (im Zusammenhang mit der Stilllegung des Blockheizkraftwerkes) bewirkt Mehrkosten von ca. 130 Tsd. Euro. Die gesetzlich vorgeschriebene Funkmastwartung erfolgt erst 2014.
- Im Zusammenhang mit der Abrechnung Eurojust erwarten wir im Bereich der Dolmetscherkosten Einnahmen in Höhe von 26 Tsd. Euro

Für weitere Rückfragen stehen Ihnen die MitarbeiterInnen der Direktion Finanzen/Personal gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Jörg Meier
Direktionsleiter

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 08 Gleichberechtigung der Frau

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorlST enthalten):

erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	0,0

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	0,0

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung			0,0
Budget (Personalausgaben) insges.			0,0

Kurze (stichwortartige) Begründung:

Das Budget wird eingehalten.
Unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen sowie noch zu verlagernde Mittel für die Tarif- und Besoldungsanpassungen wird zum Jahresende eine Unterschreitung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos um 32 Tsd. € prognostiziert.
Die Personalausgaben werden voraussichtlich eingehalten.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Keine.

Produktplan: Gleichberechtigung der Frau	08	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich: Hauffe		Version: 88	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	71	65	6	9,3	77	73	69	-4	69
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	164	164	0	0,0	164	164	164	0	164
Gesamteinnahmen	235	229	6	2,7	241	237	233	-4	233
Personalausgaben	439	463	-24	-5,3	701	703	690	-13	698
konsumtive Ausgaben	160	150	10	6,8	398	393	210	-183	210
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	1	2	-1	-38,0	15	15	4	-11	4
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	600	615	-15	-2,5	1.114	1.111	904	-207	912
Saldo	-365	-386	21	-5,5	-873	-874	-671	203	-679

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2013	2014	2015	2016	2017ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	0	0	0	0
- investiv	0	0	0	0	0
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
Tsd. EUR	
198	0

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	58	56	2	436	449	-13	686	686	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	58	56	2	436	449	-13	686	686	0
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	3	-3	2	14	-12	4	16	-12
Insgesamt	58	59	-1	438	463	-25	690	702	-12
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	3	-3	1	12	-11	1	13	-12
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	10,5	10,1	0,4	10,3	10,2	0,1	10,3	10,1	0,2
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	10,5	10,1	0,4	10,3	10,2	0,1	10,3	10,1	0,2
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	15,4	22,5	28,6
Beschäftigte über 55 Jahre	38,5	17,5	35,7
Frauenquote	100,0	50,0	100,0
Teilzeitquote	76,9	35,0	71,4
Schwerbehindertenquote	0,0	6,0	0,0

Produktplan: 08 Gleichberechtigung der Frau	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich: Hauffe	Version: 88	Seite 2
3. Analyse/Bewertung Konsumtive Mittel Bei den konsumtiven Einnahmen ergibt sich eine geringe Mehreinnahme. Diese Mehreinnahme ist temporär, da es sich um Einnahmeverfügungsmittel handelt, die mit den konsumtiven Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit der ZGF korrespondieren.		

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 09 Staatsgerichtshof

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorlST enthalten):

erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	0,0

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Personalausgaben/konsumtive Ausgaben	0,0
erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	0,0

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung			0,0
Budget (Personalausgaben) insges.			0,0

Kurze (stichwortartige) Begründung:

Das **Budget** wurde im Betrachtungszeitraum eingehalten. Das Ressort erwartet zum Jahresende eine **Budgetunterschreitung** in Höhe von 0,007 Mio. €. Der produktplanbezogene **Finanzierungssaldo** wird voraussichtlich um 0,001 Mio. € überschritten.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Produktplan: Staatsgerichtshof	09	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich: Frau Meyer		Version: 88	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschatz	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
investive Einnahmen	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Personalausgaben	28	29	-1	39	39	38	-1	39	
konsumtive Ausgaben	5	4	1	13	13	7	-6	5	
Zinsausgaben	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
investive Ausgaben	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Gesamtausgaben	33	33	-0	52	52	45	-7	44	
Saldo	-33	-33	0	-0,5	-52	-45	7	-44	

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2013	2014	2015	2016	2017ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	0	0	0	0
- investiv	0	0	0	0	0
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr .
Tsd. EUR	
9	0

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	3	3	0	28	29	-1	38	39	-1
Insgesamt	3	3	0	28	29	-1	38	39	-1
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	-	-	-
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-
Frauenquote	-	-	-
Teilzeitquote	-	-	-
Schwerbehindertenquote	-	-	-

Produktplan: Staatsgerichtshof	09	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Frau Meyer	Version: 88	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Finanzdaten			
Schon jetzt wird der Planwert leicht überschritten. Da die Ausgaben für die Bücherei und die Reisekosten stark gestiegen sind, werden wahrscheinlich noch zusätzlich 2 TEuro an konsumtiven Mitteln benötigt.			
Voraussichtlich werden die Mittel nicht ausreichen.			
Das Ziel wird nicht erreicht			
Personaldaten			
Das Ziel wird erreicht			
Das Konsolidierungssaldo wird voraussichtlich um 2 TEuro überschreiten.			

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 11 Justiz

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorIST enthalten):

Mehreinnahmen	-0,4
Personalminderausgaben	-0,8
Mehrausgaben (konsumtiv)	3,2
Minderausgaben (investiv)	-0,1
erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	1,9

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Mehreinnahmen	-0,8
Personalminderausgaben	-0,1
konsumtive Ausgaben	3,5
Minderausgaben (Investiv)	-0,1
erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	2,5

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung			0,0
Budget (Personalausgaben) insges.			0,0

Kurze (stichwortartige) Begründung:

Das Budget wurde im Betrachtungszeitraum um rd. 0,5 Mio. Euro überschritten. Das Ressort erwartet zum Jahresende eine Budgetüberschreitung von rd. 0,8 Mio. Euro.

Der Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen (1,394 Mio. Euro) voraussichtlich um 1,027 Mio. Euro überschritten.

Das Fachressort macht auf ein Risiko im Bereich der Auslagen in Rechtssachen von rd. 2,2 Mio. Euro aufmerksam.

Hierbei handelt es sich im wesentlichen um Zahlungen in Verbraucherinsolvenzverfahren, Betreuervergütungen, die Ausgaben für Sachverständigenentschädigungen und den Ausgaben für Prozesskostenhilfe.

Ein Ausgleich der zu erwartenden Überschreitung (gesetzliche Ausgaben) kann innerhalb des Produktplans voraussichtlich nicht gelingen, so dass der Ausgleich lt. Fachressort aus der zentralen Risikoversorge erfolgen soll.

Das Fachressort legt eine detaillierte Darstellung der Mehrbedarfe (voraussichtliche Ausgabenüberschreitung, Mengengerüst, Begründung) vor.

Bei den Personalausgaben werden Mehrausgaben (ohne Nebentitel) in Höhe von rd. 720 Tsd. € ausgewiesen.

Für das voraussichtliche Jahresergebnis sind noch folgende Änderungen zu berücksichtigen:

voraussichtliche Entwicklung PPL 11

Betrag in Tsd. €	Grund
720	Mehrausgaben (ohne Nebentitel)
284	ATZ Rückstellungen
112	Azubiübernahme
-250	NB Budgetfehler 2013
-682	NB Tarifkompensation
-300	Einnahmeverfüugungsmittel
-538	Minderausgaben Nebentitel
-195	NB Ausbildung Referendare
-849	verbleibende Minderausgaben

Zum Jahresende werden voraussichtlich Minderausgaben in Höhe von rd. 849 Tsd. € verbleiben.

Zurzeit besteht im Produktplan nach einer Korrektur der Sollwerte noch ein jahresdurchschnittlicher Überhang bei der Beschäftigungszielzahl von rd. 15,8 VZE. Das Ressort wird sich bemühen, den Überhang durch eine restriktive Personalbewirtschaftung abzubauen.

Personalminderausgaben i.H.v. 0,8 Mio. Euro stehen voraussichtlich zum Jahresende zur Deckung von Mehrausgaben zur Verfügung.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Das Fachressort hat aufgrund der Prognosen hinsichtlich der nicht steuerbaren und vom Geschäftsanfall abhängigen Einnahmen und Ausgaben der Gerichte und Staatsanwaltschaften umfassende Bewirtschaftungsmaßnahmen angeordnet. Es ist zu entscheiden, ob die durch gesetzliche Leistungen verursachten Mehrausgaben durch eine Deckung über die Risikoversorge erfolgen soll.

Produktplan: Justiz	11	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 88	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	25.601	24.734	867	3,5	36.939	37.308	37.660	352	36.841
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	151	0	151	0,0	151	239	239	0	0
Gesamteinnahmen	25.751	24.734	1.017	4,1	37.089	37.547	37.899	352	36.841
Personalausgaben	42.700	43.096	-396	-0,9	65.495	67.067	65.178	-1.889	65.319
konsumtive Ausgaben	30.769	28.921	1.848	6,4	42.458	42.493	45.648	3.155	42.134
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	5	5	0	5
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	5.849	5.764	85	1,5	7.317	7.318	7.184	-134	7.317
relevante Verrech./Erstatt.	1.146	1.136	10	0,8	1.155	1.157	1.157	0	1.135
Gesamtausgaben	80.463	78.917	1.546	2,0	116.425	118.040	119.172	1.132	115.909
Saldo	-54.712	-54.183	-529	1,0	-79.336	-80.493	-81.273	-780	-79.068

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	31	27	27	125	0	7.512
- investiv	0	5.047	5.069	4.565	4.489		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	4	3	3	4		

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	4.722	4.655	67	37.872	37.293	579	58.066	57.490	576
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	171	174	-3	1.395	1.394	1	2.076	2.073	3
Zwischensumme	4.893	4.829	64	39.267	38.687	580	60.142	59.563	579
Refinanzierte	49	25	24	271	197	74	443	302	141
Nebentitel	583	701	-118	3.162	4.212	-1.050	4.546	5.631	-1.085
Insgesamt	5.525	5.555	-30	42.700	43.096	-396	65.131	65.496	-365
- dar.: Beihilfe/Nachvers	123	187	-64	1.393	1.990	-597	2.096	2.643	-547
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	1.245,0	1.235,3	9,7	1.255,5	1.237,3	18,2	1.252,0	1.236,2	15,8
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	143,0	138,0	5,0	148,5	138,0	10,5	146,7	140,5	6,2
Zusammen	1.388,0	1.373,3	14,7	1.404,0	1.375,3	28,7	1.398,7	1.376,7	22,0
Refinanzierte	9,3	-	-	7,7	-	-	8,3	-	-
Abwesende	69,2	-	-	65,9	-	-	67,0	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	17,0	22,5	17,5
Beschäftigte über 55 Jahre	19,7	17,5	19,3
Frauenquote	56,3	50,0	56,0
Teilzeitquote	25,1	35,0	25,6
Schwerbehindertenquote	5,1	6,0	5,5

Produktplan: 11 Justiz	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich: Senator Günthner	Version: 88	Seite 2
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>3.1 Kamerale Finanzdaten</p> <p>3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen ---</p> <p>3.1.2 Weitere Anmerkungen Die Einhaltung des Budgets ist nach den Ergebnissen des Berichtszeitraums gefährdet.</p> <p>Im Saldo von</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mehreinnahmen: 352 Tsd. EUR, - Personalminderausgaben: 1.889 Tsd. EUR, - konsumtiven Mehrausgaben: 3.155 Tsd. EUR, - investiven Minderausgaben: 134 Tsd. EUR <p>errechnet sich eine Budgetüberschreitung von 780 Tsd. EUR.</p> <p>Gegenüber der Berichterstattung des 2. Quartals ergeben sich folgende Veränderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erhöhung der Mehreinnahmen um 74 Tsd. EUR, - Erhöhung der Personalminderausgaben um 564 Tsd. EUR, - Erhöhung der konsumtiven Mehrausgaben um 282 Tsd. EUR. <p>Von den Personalminderausgaben entfallen 547 Tsd. EUR auf Beihilfen und Nachversicherungen (2. Quartal: 575 Tsd. EUR).</p> <p>Einhaltung des geplanten eckwertrelevanten Finanzierungssaldos: Der eckwertrelevante Finanzierungssaldo wird nicht eingehalten. Der Soll-/Ist-Vergleich (ohne Verrechnungen/Erstattungen) ergibt in der Jahresprognose ebenfalls eine Überschreitung von 780 Tsd. EUR. Das der Berechnung zugrundeliegende voraussichtliche Haushalts-Soll basiert auf den HH-Anschlägen sowie auf</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausgaberesten aus dem Vorjahr von 243 Tsd. EUR, - produktplanübergreifenden Verlagerungen von 1.159 Tsd. EUR, saldiert, einschließlich Verlagerungen zum Titel 980 41, - nicht veranschlagten Einnahmeverfüngungsmitteln von 342 Tsd. EUR und - zweckgebundenen Drittmitteln von 274 Tsd. EUR (einschl. Erstattungen des Arbeitsressorts von 239 Tsd. EUR), davon veranschlagt 30 Tsd. EUR. <p>Die Einnahmeverfüngungsmittel korrespondieren mit Mehreinnahmen des Produktplans. Nach den für den Haushaltsvollzug aufgestellten Grundsätzen können sie - ebenso wie die zweckgebundenen Drittmittel - für Mehrausgaben verwendet werden. Für die Resteinanspruchnahme bedarf es nach den haushaltsvollzuglichen Grundsätzen eines Ausgleichs durch veranschlagte anderweitige Minderausgaben oder Mehreinnahmen. Der um die Restmittel bereinigte Finanzierungssaldo wird demgemäß um 1.023 Tsd. EUR überschritten (780 + 243 Tsd. EUR).</p> <p>Mit Rücksicht auf die gefährdete Einhaltung von Budget und Finanzierungssaldo hat der Senator für Justiz und Verfassung, nachdem sich die Prognosen für den Bereich der nichtsteuerbaren Verfahrenseinnahmen und -ausgaben der Gerichte und Staatsanwaltschaften verfestigt haben, umfassende Bewirtschaftungsmaßnahmen für den Produktplan Justiz angeordnet. Mit Rücksicht auf den hohen Anteil an gesetzlich und vertraglich verpflichteten Ausgaben wird ein Ausgleich der zu erwartenden Überschreitungen innerhalb des Produktplans Justiz voraussichtlich jedoch nicht gelingen, so dass ein Ausgleich über den Risikofonds erforderlich wird. Auf Risiken im Bereich der Auslagen in Rechtssachen - zu den Risiken siehe die Ausführungen zu den konsumtiven Ausgaben - hatte das Justizressort bereits im Rahmen der Haushaltsaufstellung hingewiesen. Sie sollten über den Risikofonds ausgeglichen werden, sofern ein ressortinterner Ausgleich, hier insbesondere über Mehreinnahmen nicht möglich ist.</p> <p>Die Finanzierung der aus der neuen Verwaltungsvereinbarung zur Fortsetzung der Vollzugsgemeinschaft mit Niedersachsen resultierenden Kosten ist gemäß Senatsbeschluss vom 27.11.2012 (Vorlage 647/18) durch geeignete Steuerungsmaßnahmen prioritär innerhalb des Produktplans 11 Justiz darzustellen. Für Erstattungen im Rahmen der Vollzugsgemeinschaft werden Mehrausgaben von 684 Tsd. EUR kalkuliert, die - jedenfalls nach gegenwärtigem Stand - innerhalb des Produktplans Justiz abgedeckt werden können. Mit Blick auf die gegebenen Unsicherheiten, insbesondere im Bereich der nichtsteuerbaren Verfahrenseinnahmen, verbleiben aber Risiken.</p> <p>Zusätzliche, noch nicht zu beziffernde Risiken ergeben sich aus dem 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (2. KostRMoG) vom 23. Juli 2013, welches zum 1. August 2013 in Kraft getreten ist. Das Ressort rechnet insoweit mit erheblichen Mehrausgaben, da sich im Zuge der Kostenrechtsänderungen die Honorare und Entschädigungen im Justizkostenrecht, z.B. für Sachverständige Dolmetscher und Übersetzer, sowie auch die Rechtsanwaltsvergütungen, die im Rahmen der Prozesskostenhilfe den Justizhaushalt belasten, erhöhen. Im Gegenzug ist mit höheren Einnahmen aus der Anhebung von Gerichtsgebühren zu rechnen. Ein für den Haushalt neutrales Ergebnis oder gar Haushaltsverbesserungen sind nach den einschlägigen Berechnungen jedoch nur zu erwarten, wenn die Kostenrechtsänderungen im Bereich der Gerichtsgebühren tatsächlich die gewünschten Effekte erzielen und ein bestimmter Anteil der Auslagen in Rechtssachen auch von den Parteien wiedereingezogen werden kann. Beides ist auf Basis der hier verfügbaren Daten/Systeme nicht zu beurteilen. Die Realisierung bundesdurchschnittlicher Rücklauf-</p>		

Produktplan: Justiz	11	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 88	Seite 3
<p>quoten wird in Bremen mit einer vergleichsweise hohen Zahl von Hartz IV-Empfängern jedenfalls als risikobehaftet angesehen werden müssen. Die Kostenrechtsänderungen gelten für die ab 01.08.2013 neu anhängig werdenden Verfahren bzw. Beauftragungen. Sie haben keine Rückwirkung. Soweit für einen längeren Übergangszeitraum sowohl Kostenabrechnungen nach altem und neuem Recht anfallen, werden sich die Wirkungen des 2. KostRMOG erst sukzessive entfalten. Die Auswirkungen auf den Haushalt sind im zeitlichen Verlauf d.h., mit Blick auf den Haushaltsvollzug 2013 ebenfalls nicht einschätzbar.</p>			
<p>Einnahmen: Die Einnahmen im Produktplan Justiz resultieren in der Hauptsache aus den Einnahmen der Gerichte und Staatsanwaltschaften aus Gerichtsgebühren und Geldstrafen. Die Einnahmen werden durch die Geschäftsentwicklung bestimmt und sind insoweit nicht steuerbar. Für den Bereich des Justizvollzugs sind die von den Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalt erwirtschafteten Einnahmen prägend. Das konsumtive Einnahme-Ist liegt zum Ende des Berichtszeitraums um 867 Tsd. EUR bzw. 3,5 % über dem Planwert. In der Jahresprognose wird von Einnahmen in Höhe von rd. 37,7 Mio. EUR bzw. Mehreinnahmen von 352 Tsd. EUR ausgegangen. Die Prognose berücksichtigt, dass die im Berichtszeitraum erzielten Einnahmeverbesserungen zum Teil auf Effekten beruhen, die nicht verstetigend auf den weiteren Jahresverlauf hochgerechnet werden können. Außerdem ziehen die nicht veranschlagten Einnahmeverfügungsmittel (vgl. oben, Finanzierungssaldo) Erhöhungen des Einnahme-Solls nach sich, die im Planwert des Berichtszeitraums nicht berücksichtigt sind. Die Ist-Planwert-Abweichungen des Berichtszeitraums sind daher nur bedingt aussagekräftig.</p>			
<p>Die Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr - in 2012 waren Mehreinnahmen in Höhe von rd. 1,6 Mio. EUR erzielt worden - sind auf Anschlagsanhebungen (rd. 0,6 Mio. EUR) sowie auf Einnahmerückgänge (rd. 0,7 Mio. EUR) zurückzuführen. Von Einnahmerückgängen betroffen ist in der Hauptsache der Produktbereich der Ordentlichen Gerichtsbarkeit. Dort konnten im Vorjahr außerordentliche hohe Einnahmen in einzelnen, besonders gebührenträchtigen Verfahren erzielt werden. An solchen außerordentlichen Einnahmen fehlt es im laufenden Jahr.</p>			
<p>Konsumtive Ausgaben: Die Ist-Planwert-Abweichungen des Berichtszeitraums betragen 1.848 Tsd. EUR bzw. 6,4 % (Halbjahresbericht: 1.316 Tsd. EUR bzw. 6,3 %). Die Jahresplanung geht von konsumtiven Ist-Ausgaben in Höhe von 45.648 Tsd. EUR und Mehrausgaben von 3.155 Tsd. EUR aus. Die Mehrausgaben resultieren im Wesentlichen aus: - Ausgabenüberschreitungen bei den Auslagen in Rechtssachen von rd. 2,2 Mio. EUR (Halbjahresbericht rd. 1,8 Mio. EUR), - Mehrausgaben für die Vollzugsgemeinschaft mit Niedersachsen von rd. 0,684 Mio. EUR (Halbjahresbericht 0,829 Tsd. EUR), - sonstigen Mehrausgaben von rd. 0,27 Mio. EUR, insbes. verursacht durch Mehrausgaben für die gesundheitliche Versorgung der Gefangenen und Energiekosten. Im Vergleich zu den Prognosen der Halbjahresberichterstattung werden sich die Mehrausgaben für die Vollzugsgemeinschaft nach den vorliegenden Abrechnungslisten ermäßigen. Demgegenüber sind die Jahresprognosen bei den Auslagen in Rechtssachen mit Rücksicht auf die Entwicklung in den letzten beiden Monaten angehoben worden. Höhere Ausgaben werden in der ordentlichen Gerichtsbarkeit, beim Sozialgericht sowie bei der Staatsanwaltschaft erwartet.</p>			
<p>Auf die Auslagen in Rechtssachen entfallen rd. 28,1 Mio. EUR bzw. 62 % der im Jahresergebnis ausgewiesenen Ist-Ausgaben. Bereits in 2012 waren bei den Auslagen in Rechtssachen Ausgabenüberschreitungen von rd. 1,4 Mio. EUR zu verzeichnen. Diese Entwicklung setzt sich in 2013 fort, wobei nach den Ergebnissen des Berichtszeitraums weitere Ausgabenzuwächse von rd. 0,6 Mio. EUR kalkuliert werden. In Verbindung mit den Anschlagsabsenkungen des Jahres 2013 von rd. 0,48 Mio. EUR errechnen sich Anschlagsüberschreitungen von rd. 2,4 Mio. EUR bzw. - unter Berücksichtigung der aus dem Vorjahr übertragenen Haushaltsreste von 221 Tsd. EUR - Überschreitungen der Sollvorgaben von rd. 2,2 Mio. EUR. Die Überschreitungen betreffen wie im Vorjahr vor allem die nach der Insolvenzrechtlichen Vergütungsordnung (InsVV) an Treuhänder zu leistenden Zahlungen in Verbraucherinsolvenzverfahren sowie die nach dem Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz zu zahlenden Betreuervergütungen, die aufgrund fehlender Leistungsfähigkeit der Betreuten aus der Staatskasse zu tragen sind. Im Berichtszeitraum angestiegen sind außerdem die Ausgaben für Sachverständigenentschädigungen, in einigen Bereichen auch die Ausgaben für Prozesskostenhilfe.</p>			
<p>Die Mehrausgaben, die sich aus der neuen Verwaltungsvereinbarung zur Fortsetzung der Vollzugsgemeinschaft mit Niedersachsen ergeben, belaufen sich nach gegenwärtigem Abrechnungsstand auf voraussichtlich 684 Tsd. EUR. Insgesamt werden in 2013 für Kostenerstattungen an Niedersachsen im Rahmen der Vollzugsgemeinschaft Ausgaben in Höhe von 1,804 Mio. EUR aufzuwenden sein. Dabei bleiben die Ausgaben hinter früheren Kalkulationen zurück, da zurzeit noch eine größere Zahl von niedersächsischen Gefangenen in der JVA Bremen untergebracht ist und daher den an Niedersachsen zu leistenden Kostenerstattungen eigene Erstattungsansprüche gegenzurechnen sind. Darüber hinaus muss - wie im Vorjahr - mit Mehrausgaben bei der gesundheitlichen Versorgung der Gefangenen gerechnet werden, die durch stationäre Krankenhausbehandlungen verursacht werden. Weitere Ausgabenüberschreitungen sind vor allem bei den Energiekosten zu verzeichnen und stehen im Übrigen im Zusammenhang mit den Anschlagsabsenkungen des lfd. Jahres.</p>			
<p>Investive Ausgaben:</p>			

Produktplan: Justiz	11	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 88	Seite 4
<p>Der Haushalts- und Finanzausschuss hat mit Beschluss vom 24. April 2009 darum gebeten, im Rahmen des Controllings zum Produktgruppenhaushalt regelmäßig über den Liquiditätsabfluss im Zusammenhang mit der Sanierung der Justizvollzugsanstalt zu berichten:</p> <p>Die veranschlagten Sanierungsmittel in Höhe von 5,02 Mio. EUR sind entsprechend den Planungen in 2013 an das Sondervermögen Immobilien und Technik abgeflossen.</p> <p>Bei den übrigen Investitionen wird von Minderausgaben in Höhe von 134 Tsd. EUR ausgegangen. Die Minderausgaben sind auf die Bewirtschaftungsmaßnahmen zurückzuführen. Zum Jahresende können u.U. weitere freie Restbeträge verbleiben.</p> <p>3.2 Personaldaten</p> <p>Die Überschreitung konnte gegenüber dem Berichtszeitraum des ersten Halbjahres um weitere 3,6 VZÄ auf 5,2 VZÄ reduziert werden. Die ausstehende Korrektur der Sollwerte um + 4,5 VZÄ ist darin schon eingerechnet. Wie schon in den Vorberichten dargelegt, wird das Ressort die restriktive Personalausgaben im Rahmen der beschlossenen Bewirtschaftungsmaßnahmen zum weiteren Abbau der noch bestehenden Überschreitung bis zum Ende des Jahres fortsetzen.</p> <p>Personalausgaben:</p> <p>Die im weiteren Jahresverlauf zu erwartenden Einnahmeverfügungs- und Drittmittel wurden sollerrhöhend im vorauss. Haushalts-Soll berücksichtigt. Das voraussichtliche Personalausgaben-Ist wurde in den Bereichen der Refinanzierten und der Nebentitel nach den Erkenntnissen der Produktgruppen angepasst mit einer Anhebung von per Saldo 47 Tsd. EUR.</p> <p>Die prognostizierten Minderausgaben werden sich im Weiteren um die ATZ Rückstellungen reduzieren.</p>			

Produktgruppe 11.02.06 Amtsgericht Bremen-Blumenthal
Deckungskreis Nr. 13484 (Auslagen in Rechtssachen)

HH-Soll im DKR: 2.653.900 €
prognostizierte Ausgabenüberschreitung im DKR: 135.800 €

davon Überschreitungen bei:
Hst. 0134/532 21-1 Entschädigung für Sachverständige 80.000 €
Hst. 0134/532 22-0 RA-Vergütungen bei Prozesskostenhilfe 51.500 €

Ist-Ausgaben (EUR) bei Hst. 0134/532 21-1 Entschädigung für Sachverständige					
	2010	2011	2012	19.09.2013	Progn. 2013
Gesamt	491.857	460.347	505.183	373.392	510.000
davon:					
in Zivilsachen	97.826	98.643	139.002	117.200	160.000
in Familiensachen	165.423	159.951	165.458	104.972	160.000
in Betreuungssachen	106.294	97.471	105.336	81.713	105.000

Zur Ausgabenentwicklung in den verschiedenen Fachabteilungen lässt sich auf Basis der nachstehenden Tabellen/Mengengerüste folgendes feststellen:

Zivilsachen

Die Rückläufigkeit der Verfahrenseingänge in Zivilsachen hat im laufenden Jahr (noch) keinen Einfluss auf die Zahl der zu vergütenden Gutachten. Die bisherige Entwicklung in 2013 lässt erwarten, dass die Zahl der Gutachten das Vorjahresergebnis noch übertreffen werden.

Familiensachen

Die aktuelle Ausgabenentwicklung wird durch die Höhe der im Einzelfall aufzuwendenden Gutachterkosten bestimmt. Die Anzahl der zu vergütenden Gutachten ist im Vergleich zu den Vorjahren rückläufig.

Betreuungssachen

Relativ konstant sind die Ausgaben für Sachverständige in Betreuungssachen. Sie korrespondieren mit der Zahl der Neuanträge.

Gutachten (Zahlfälle in SAP)	2010	2011	2012	08/2013	Progn. 2013
Gutachten in Zivilsachen	103	94	131	93	139
Gutachten in Familiensachen	101	95	86	46	69
Gutachten in Betreuungssachen	515	463	441	307	460

Geschäftsentwicklung	Verfahrenseingänge			Verfahrenserledigungen		
	2011	2012	Progn. 2013	2011	2012	Progn. 2013
Zivilsachen	1.310	1.283	1.204	1.323	1.246	1.180
Familiensachen	954	873	801	972	855	990

Geschäftsentwicklung	Verfahren		
	2011	2012	Progn. 2013
Betreuungssachen	1.963	1.821	1.849

Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte bei Prozesskostenhilfe

Die Ausgabenentwicklung wird im Wesentlichen durch die Ausgaben in Familiensachen bestimmt.

Ist-Ausgaben (EUR) bei Hst. 0134/532 22-0 Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte bei Prozesskostenhilfe					
	2010	2011	2012	19.09.2013	Progn. 2013
Gesamt	638.731	523.716	594.150	452.662	601.500
davon: in Familiensachen	563.959	449.765	496.480	399.063	532.000

Die für 2013 prognostizierten Ausgaben berücksichtigen die bisherige Ausgabenentwicklung sowie die steigende Zahl der Verfahrenskostenhilfe-bewilligungen im ersten Halbjahr 2013, vgl. nachstehende Tabelle.

Verfahrenskostenhilfebewilligungen	1.HJ 2011	1.HJ 2012	1.HJ 2013
in Familiensachen	404	370	431

Produktgruppe 11.02.05 Amtsgericht Bremerhaven
Deckungskreis Nr. 13483 (Auslagen in Rechtssachen)

HH-Soll im DKR: 4.390.200 €
prognostizierte Ausgabenüberschreitung im DKR: 488.000 €

davon Überschreitungen bei:
Hst. 0133/532 21-8 Entschädigung für Sachverständige 107.300 €
Hst. 0133/532 22-6 RA-Vergütungen bei Prozesskostenhilfe 104.200 €
Hst. 0133/532 25-0 Sonstige Auslagen in Rechtssachen 307.000 €

Ist-Ausgaben (EUR) bei Hst. 0133/532 21-8 Entschädigung für Sachverständige					
	2010	2011	2012	08/2013	Progn. 2013
Gesamt	935.249	804.459	799.913	643.775	894.100
davon:					
in Familiensachen	289.223	165.514	179.451	194.713	271.000
in Betreuungssachen	129.973	199.648	158.226	160.513	222.935

Die Ausgaben im Familiengericht sind im Vergleich zum Vorjahr stark angestiegen. Dies korrespondiert mit dem Anstieg der Fallzahlen. In Familiensachen tragen Fälle, in denen psychologische Gutachten zur Frage der Erziehungsfähigkeit der Eltern benötigt werden, zur Höhe dieser Ausgaben bei. Diese Kosten hierfür betragen pro Gutachten in der Regel 4.000,- bis 10.000,- Euro. In Betreuungssachen wirkt sich eine geänderte Gesetzeslage durch Einführung des FamFG aus. In Altverfahren werden vermehrt Gutachten statt wie früher kostengünstige Atteste eingeholt um die weitere Betreuungsbedürftigkeit des Betreuten festzustellen. Des Weiteren liegen die Gründe für den Ausgabenanstieg in der steigenden Zahl von Betreuungen, für die aufgrund fehlender Leistungsfähigkeit der Betreuten Vergütungen aus der Staatskasse zu zahlen sind.

Gutachten (Zahlfälle in SAP)					
	2010	2011	2012	08/2013	Progn. 2013
Gutachten in Familiensachen	117	102	95	84	110
Gutachten in Betreuungssachen	635	806	681	650	878

Geschäftsentwicklung	Verfahrenseingänge			Verfahrenserledigungen		
	2011	2012	Progn. 2013	2011	2012	Progn. 2013
Familiensachen	1.382	1.314	1.435	1.365	1.126	1.367

Geschäftsentwicklung	Verfahren		
	2011	2012	Progn. 2013
Betreuungssachen	2.291	2.333	2.391

Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte bei Prozesskostenhilfe

Für die Ausgabenüberschreitungen sind im Wesentlichen steigende Ausgaben in Familiensachen verantwortlich.

Ist-Ausgaben (EUR) bei Hst. 0133/532 22-6 Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte bei Prozesskostenhilfe					
	2010	2011	2012	08/2013	Progn. 2013
Gesamt	884.122	840.197	784.825	643.576	888.900
davon:					
in Familiensachen	778.958	750.472	665.491	546.959	755.500

Das insgesamt hohe Ausgabeniveau dürfte auf die hohe Arbeitslosenquote in Bremerhaven zurückzuführen sein. Der Ausgabenanstieg korrespondiert mit dem Anstieg der Fallzahlen und Verfahrenskostenhilfebewilligungen.

Verfahrenskostenhilfebewilligungen			
	1.HJ 2011	1.HJ 2012	1.HJ 2013
in Familiensachen	581	433	584

Sonstige Auslagen in Rechtssachen

Für die Ausgabenentwicklung bei der Hst. 0133/532 25-0 wesentlich sind die Ausgaben für die nach der Insolvenzrechtlichen Vergütungsordnung (InsVV) an Treuhänder zu leistenden Zahlungen in Verbraucherinsolvenzverfahren sowie die nach dem Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz zu zahlenden Betreuervergütungen, die aufgrund fehlender Leistungsfähigkeit der Betreuten aus der Staatskasse zu tragen sind. Die aktuelle Entwicklung wird zudem durch einen Anstieg der Ausgaben für Verfahrensbeistände beeinflusst.

Ist-Ausgaben (EUR) bei Hst. 0133/532 25-0 Sonstige Auslagen in Rechtssachen					
	2010	2011	2012	08/2013	Progn. 2013
Gesamt	2.056.094	2.270.233	2.384.703	1.868.605	2.566.500
davon:					
Zahlungen an Betreuer	1.633.996	1.823.392	2.032.541	1.507.352	2.082.000
Zahlungen an Insolvenzverwalter u. Treuhänder	162.202	227.119	256.330	182.361	252.000
Zahlungen an Verfahrensbeistände	22.300	15.850	13.550	65.581	91.000

Vergütungen in Verbraucherinsolvenzverfahren

Nach einem in den Vorjahren zu verzeichnenden Anstieg der für Vergütungen an Insolvenzverwalter und Treuhänder aufzuwendenden Ausgaben werden für 2013 in etwa gleich hohe Ausgaben wie in 2012 kalkuliert. Wesentlichen Anteil an der Entwicklung haben die Ausgaben in Verbraucherinsolvenzverfahren, d.h., die an die Treuhänder im Verfahrensverlauf zu zahlenden Vergütungen.

Die Entwicklung der Zahlungen an Treuhänder für Schlussvergütungen und Vergütungen im Rahmen des Restschuldbefreiungsverfahrens (Rsb) sowie die Entwicklung der Verfahrensbestände sind der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Verbraucherinsolvenzverfahren					
	2010	2011	2012	08/2013	Progn. 2013
Schlussvergütungen (Anzahl Zahlungen)	120	172	208	159	269
Rsb-Vergütungen (Anzahl Zahlungen)	179	241	226	137	227
Verfahrensbestände (Anzahl)	557	596	736	824	864

Betreuervergütungen

Bei den Betreuervergütungen ist ein stetiger Ausgabenanstieg zu verzeichnen, der sich auch in 2013 fortsetzt, nach derzeitigen Prognosen aber moderater ausfallen wird als in den Vorjahren. Die Gründe für den Ausgabenanstieg liegen in der steigenden Zahl von Betreuungen, für die aufgrund fehlender Leistungsfähigkeit der Betreuten Vergütungen aus der Staatskasse zu zahlen sind. Diese Entwicklung wird dokumentiert anhand der Zahlfälle in SAP. Hinzu kommt, dass die Zahl der Betreuungen insgesamt zunimmt. Dieses lässt sich anhand der Bestandszahlen nachweisen. Zusätzliche Dynamik in der Kostenentwicklung ergibt sich aus der Fluktuation innerhalb des Bestandes (Zu- und Abgänge), denn die Zahl der Erstbestellungen ist ebenfalls steigend. Daraus folgen zusätzliche Kosten, da im ersten Jahr der Betreuung eine höhere Vergütung zu zahlen ist als in den Folgejahren. Siehe dazu die nachstehende Tabelle.

Betreuungssachen	2010	2011	2012	08/2013	Progn. 2013
Bestand an Betreuungen (Anzahl)	2.303	2.291	2.335	2.372	2.391
Erstbestellungen (Anzahl)	366	335	339	267	401
Vergütungen (Zahlfälle in SAP)	1.574	1.970	1.740	1.439	2.072

Verfahrensbeistände

Die Bestellung von Verfahrensbeiständen für das minderjährige Kind ist gemäß § 158 Abs. 7 FamFG in bestimmten Kindschaftssachen obligatorisch. Zur Entwicklung der Bestellungen und Vergütungszahlungen siehe die nachstehende Tabelle.

Verfahrensbeistände	2010	2011	2012	06/2013	Progn. 2013
Bestellungen	91	127	116	120	230
	2010	2011	2012	08/2013	Progn. 2013
Vergütungen (Zahlfälle in SAP)	54	34	28	126	190

Produktgruppe 11.02.04 Amtsgericht Bremen
Deckungskreis Nr. 13482 (Auslagen in Rechtssachen)

HH-Soll im DKR: 12.247.273 €
prognostizierte Ausgabenüberschreitung im DKR: 980.000 €

davon Überschreitungen bei:
Hst. 0132/53225-7
Sonstige Auslagen in Rechtssachen 1.521.000 €

Ist-Ausgaben (EUR) bei Hst. 0132/532 25-7 Sonstige Auslagen in Rechtssachen					
	2010	2011	2012	08/2013	Progn. 2013
Gesamt	6.240.189	6.538.808	7.971.818	5.284.719	7.664.000
davon:					
Zahlungen an Betreuer	4.348.764	4.399.949	4.467.257	3.495.063	4.860.000
Zahlungen an Insolvenzverwalter u. Treuhänder	1.325.596	1.287.477	2.472.948	1.175.113	1.803.100
Zahlungen an Verfahrensbeistände	179.813	350.945	401.419	277.133	430.000

Vergütungen in Verbraucherinsolvenzverfahren

Bei den Verbraucherinsolvenzverfahren sind in 2012 außerordentlich viele Verfahren nach Erreichen der sog. Abschlussreife zur Abrechnung gelangt. Diese Entwicklung setzt sich - mit abnehmender Tendenz - auch noch in 2013 fort. Die insoweit an Treuhänder zu zahlende Vergütung wird nach dem Schlusstermin/Schlussbericht fällig. Damit verknüpft sind u.a. die Feststellung der Verbindlichkeiten, der Befriedigungsreihenfolge der Gläubiger, des Schuldnergegenstands bzw. des pfändbaren Vermögens, die Erstellung des Schuldentilgungsplans etc. Über die Dauer eines Verfahrens bis zur Abschlussreife kann im Vorhinein keine Aussage getroffen werden. Die Höhe der an den Treuhänder in dem einzelnen Verfahren zu zahlenden gesetzlichen Vergütung ist abhängig von der Anzahl der Gläubiger. Neben den Vergütungen nach „Abschlussreife“/Schlussbericht waren in 2012 in einer ebenfalls großen Zahl von Verfahren weiter fällig werdende Vergütungen an Treuhänder nach Beendigung des Insolvenzverfahrens und Erteilung der Restschuldbefreiungen (Rsb) auszukehren. Auch die Zahl der "Rsb-Vergütungen" ist in 2013 rückläufig, bewegt sich aber noch auf einem hohen Niveau. Die Entwicklung der Zahlungen an Treuhänder für Schluss- und Rsb-Vergütungen sowie die Entwicklung der Verfahrensbestände ist in der nachstehenden Tabelle dokumentiert.

Verbraucherinsolvenzverfahren	2010	2011	2012	08/2013	Progn. 2013
Schlussvergütungen (Anzahl Zahlungen)	693	620	1.435	551	1.011
Rsb-Vergütungen (Anzahl Zahlungen)	679	718	1.654	1.014	1.264
Verfahrensbestände (Anzahl)	3.922	4.168	3.391	2.775	

Betreuervergütungen

Mit erneuten Ausgabensteigerungen ist bei den Betreuervergütungen zu rechnen. Die Gründe für den weiteren Ausgabenanstieg liegen in der steigenden Zahl von Betreuungen, für die aufgrund fehlender Leistungsfähigkeit der Betreuten Vergütungen aus der Staatskasse zu zahlen sind. Diese Entwicklung wird dokumentiert anhand der Zahlfälle in SAP. Hinzu kommt, dass die Zahl der Betreuungen insgesamt zunimmt. Dieses lässt sich anhand der Bestandszahlen nachweisen. Zusätzliche Dynamik in der Kostenentwicklung ergibt sich aus der Fluktuation innerhalb des Bestandes (Zu- und Abgänge), denn die Zahl der Erstbestellungen ist ebenfalls steigend. Daraus folgen zusätzliche Kosten, da im ersten Jahr der Betreuung eine höhere Vergütung zu zahlen ist als in den Folgejahren. Siehe dazu die nachstehende Tabelle.

Betreuungssachen	2010	2011	2012	08/2013	Progn. 2013
Bestand an Betreuungen (Anzahl)	5.947	6.022	6.090	6.245	6.300
Erstbestellungen (Anzahl)	686	848	946	560	980
Vergütungen (Zahlfälle in SAP)	3.718	4.137	4.432	3.324	4.988

Verfahrensbeistände

Die Bestellung von Verfahrensbeiständen für das minderjährige Kind ist gemäß § 158 Abs. 7 FamFG in bestimmten Kindschaftssachen (isolierte Familienverfahren, u. a. Umgangsrecht, elterliche Sorge, Kindesherausgabe) obligatorisch. Zur Entwicklung der Bestellungen und Vergütungszahlungen siehe die nachstehende Tabelle.

Verfahrensbeistände	2010	2011	2012	06/2013	Progn. 2013
Bestellungen	427	559	493	364	550
	2010	2011	2012	08/2013	Progn. 2013
Vergütungen (Zahlfälle in SAP)	285	314	405	464	696

Produktgruppe 11.04.01 Justizvollzugsanstalt Bremen
 Deckungskreis Nr. 12974

vorHH-Soll im DKR: 6.476.823 €
 prognostizierte Ausgabenüberschreitung im DKR: 909.000 €

davon Überschreitungen bei:

Hst. 0120/632 21-2

An Nds., Erstatt. v. Kosten f.d. Unterbringung Bremer Gefangener 684.000 €

Hst. 0120/531 42-5

Gesundheitliche Versorgung der Gefangenen 163.000 €

Hst. 0120/517 00-7

Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude u. Räume 125.000 €

Ist-Ausgaben 2011	Gemäß Vollzugsvereinbarung gültig bis 31.12.2012	
	Hafttage	Kosten
Unterbringung Gefangener in Sozialtherapie 2010	3.314	650.737,04
§ 14 V Lebenslang und Sicherheitsverwahrung 2. HJ 2010	6.408	157.316,40
§ 14 V Lebenslang und Sicherheitsverwahrung 1. HJ 2011	6.589	175.465,07
Gesamt	16.311	983.518,51

Ist-Ausgaben 2012	Gemäß Vollzugsvereinbarung gültig bis 31.12.2012	
	Hafttage	Kosten
Unterbringung Gefangener in Sozialtherapie 2011	2.951	628.740,06
§ 14 V Lebenslang und Sicherheitsverwahrung 2. HJ 2011	6.711	178.713,93
§ 14 V Lebenslang und Sicherheitsverwahrung 1. HJ 2012	6.446	179.069,88
Gesamt	16.108	986.523,87

Ist-Ausgaben 2013	Gemäß Vollzugsvereinbarung gültig bis 31.12.2012	
	Hafttage	Kosten
Unterbringung Gefangener in Sozialtherapie 2012	3.111	697.486,20
Sotha Nachberechnung 2011	4	852,24
§ 14 V Lebenslang und Sicherheitsverwahrung 2. HJ 2012	5.117	142.150,26
Zwischensumme	8.232	840.488,70
	Gemäß Vollzugsvereinbarung gültig ab 01.01.2013	
Unterbringung Bremer Gefangener in Nds. 1. HJ 2013	7.341	1.245.901,40
Unterbringung Nds. Gefangener in HB 1. HJ 2013 (4.689 Hafttage)		610.421,91
Saldo		635.479,49
Zwischensumme	15.573	1.475.968,19
	Abwicklung Alt-Vereinbarung	
Hafttageausgleich restlich		327.546,40
Gesamt		1.803.514,59

Gesundheitliche Versorgung der Gefangenen

Die Ausgabenentwicklung wird zu einem großen Teil durch die Kosten für stationäre Krankenhausaufenthalte (stationäre Unterbringungen in der forensischen Psychiatrie und sonstige Krankenhausaufenthalte) beeinflusst.

Ist-Ausgaben (EUR) bei Hst. 0120/531 42-5 Gesundheitl. Versorg. d. Gefangenen			
	2011	2012	Progn. 2013
Gesamt	1.023.216	1.061.158	1.074.352
davon:			
forensische Psychiatrie *)		140.920	210.000
(sonst.) stat. Unterbringung	268.049	206.595	223.000

*) ab 2012 gesondert erfasst

Für die stationäre Unterbringung sind die Fallzahlen, die Zahl der Unterbringungstage und die Entwicklung der durchschnittlichen Kosten je Unterbringungstag nachstehend dargestellt.

stationäre Unterbringung			
	2011	2012	Progn. 2013
Gesamt			
Unterbringungsfälle	68	85	84
Unterbringungstage	756	1.068	1.224
durchschn. Kosten je Tag (€)	354,56	325,39	353,76
davon:			
forensische Psychiatrie *)			
Unterbringungsfälle		26	27
Unterbringungstage		450	641
durchschn. Kosten je Tag (€)		313,15	326,04

*) ab 2012 gesondert erfasst

Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume

Etwas mehr als die Hälfte der Ausgaben für die Gebäudebewirtschaftung resultiert aus den Kosten für den Bezug von Fernwärme zur Beheizung der Gebäude. Der Ausgabenanstieg im Jahre 2012 ist durch die Fernwärmekosten verursacht. Für das Jahr 2013 werden ähnliche hohe Kosten wie im Jahre 2012 prognostiziert. Eine Einhaltung des aufgrund der Eckwertreduzierungen gekürzten HH-Anschlags wird daher nicht möglich sein.

Ist-Ausgaben (EUR) bei Hst. 0120/517 00-7 Bewirtschaftung der Grundstücke			
	2011	2012	Progn. 2013
Gesamt	1.999.804	2.028.064	2.031.213
davon:			
Fernwärmekosten	957.039	1.037.354	1.041.941

Die Verbrauchs- und Kostenentwicklung bei der Fernwärme, die nachstehend dargestellt ist, unterliegt sehr stark den Witterungsbedingungen. Insbesondere im Zeitraum vom April bis Juni 2013 waren die Außentemperaturen geringer als in den Vorjahren. Darüber hinaus ist mit Bezug des neuen Zentralgebäudes der JVA im Mai/Juni 2013 die zu beheizende Fläche gestiegen. Zwecks Gebäudeerhaltung müssen die bis auf weiteres nicht genutzten Gebäude nach dem Umzug mit Grundwärme versorgt werden.

Fernwärme, Verbrauchs- u. Kostenentwicklung			
	2011	2012	Progn. 2013
Verbrauch/MWh	11.456.470	10.986.000	11.244.500
Preis/MWh (€)	0,0835	0,0944	0,0927
Kosten (€)	957.039	1.037.354	1.041.941

Produktgruppe 11.02.03 Landgericht Bremen
Deckungskreis Nr. 13481 (Auslagen in Rechtssachen)

HH-Soll im DKR: 3.537.170 €
prognostizierte Ausgabenüberschreitung im DKR: 204.000 €

davon Überschreitungen bei:
Hst. 0131/532 21-0 Entschädigung für Sachverständige 204.000 €

Ist-Ausgaben (EUR) bei Hst. 0131/532 21-0 Entschädigung für Sachverständige					
	2010	2011	2012	08/2013	Progn. 2013
Gesamt	1.801.806	1.828.294	1.656.208	1.390.675	2.000.000
davon:					
Strafkammern	658.831	512.430	521.938	432.487	590.000
Zivilkammern	1.003.544	1.124.057	1.033.543	842.829	1.195.000
Kammern für Handelssachen	133.293	191.807	97.569	115.358	215.000

Aufgrund der bisherigen Entwicklung der Ausgaben werden im Bereich der Entschädigungen für Sachverständige deutliche Mehrausgaben erwartet. Die Beauftragung von Sachverständigen erfolgt einzelfallbezogen. Parallelen zur Geschäftsentwicklung sind daher nicht unbedingt gegeben. Insoweit erklärt es sich, dass die Entwicklung der Ausgaben für Sachverständige im Wesentlichen nicht mit der Geschäftsentwicklung korrespondiert (vgl. nachstehende Tabellen). Auch die Höhe der Ausgaben je Gutachten kann je nach Umfang und Schwierigkeit im Einzelfall differieren. Die Ausgaben-entwicklung läuft daher auch nur bedingt mit der Anzahl der vergüteten Gutachten konform. Feststellbar ist, dass der prognostizierte Mehrbedarf im Bereich der Kammern für Handelssachen durch außergewöhnlich hohe Einzelzahlungen von bis zu 43 Tsd. Euro für die Beauftragung einzelner Sachverständiger verursacht ist.

Gutachten (Zahlfälle in SAP)					
	2010	2011	2012	08/2013	Progn. 2013
Strafkammern	324	263	299	236	310
Zivilkammern	667	694	762	523	715
Kammern für Handelssachen	41	68	57	43	54

Geschäftsentwicklung	Verfahrenseingänge			Verfahrenserledigungen		
	2011	2012	Progn. 2013	2011	2012	Progn. 2013
Strafkammern	419	421	420	385	484	430
Strafvollstreckungskammern	1.023	1.023	1.000	entfällt	entfällt	entfällt
Zivilkammern	2.510	2.453	2.400	2.455	2.276	2.400
Kammern für Handelssachen	415	403	400	424	382	400

Produktgruppe 11.03.02 Staatsanwaltschaft Bremen
Deckungskreis Nr. 13485 (Auslagen in Rechtssachen)

HH-Soll im DKR: 609.600 €
prognostizierte Ausgabenüberschreitung im DKR: 135.000 €

davon Überschreitungen bei:
Hst. 0111/532 25-7 Sonstige Auslagen in Rechtssachen 113.000 €
Hst. 0111/532 21-4 Entschädigung für Sachverständige 25.000 €

Sonstige Auslagen in Rechtssachen

Die Ausgabenentwicklung wird durch die Ausgaben in den Kostenstellen Allgemeine Strafsachen einschl. OK, Btm-Sachen und Wirtschaftsstrafsachen bestimmt.

Ist-Ausgaben (EUR) bei Hst. 0111/532 25-7 Sonstige Auslagen in Rechtssachen					
	2010	2011	2012	08/2013	Progn. 2013
Gesamt	281.610	331.948	340.704	225.441	388.000
davon:					
Allgemeine Strafsachen einschl. OK	96.769	137.663	141.636	112.586	
Btm - Sachen	110.603	131.128	146.363	88.928	
Wirtschaftsstrafsachen	57.589	49.824	40.602	15.381	

Im Haushaltsjahr 2013 werden deutliche Mehrausgaben im Bereich der sonstigen Auslagen in Rechtssachen erwartet.

Zwar sind die Eingangszahlen bis August 2013 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum annähernd gleich, die Aufwände in bestimmten Ermittlungsverfahren sind in diesem Jahr allerdings überdurchschnittlich hoch. So sind bisher allein in vier Verfahren aus dem Bereich der Betäubungsmittel- und zwei Verfahren aus dem Bereich der Schleuserkriminalität durch angeordnete Telekommunikationsmaßnahmen Dolmetscherkosten in Höhe von € 123.000 entstanden. Zwei der Verfahren sind inzwischen abgeschlossen, vier noch offen, sodass eine weitere Steigerung zu erwarten ist.

Bisher sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum Mehrkosten in Höhe von rund 50.000 EUR entstanden. Bei einem Ist von 340.704 EUR im Jahr 2012 prognostiziert die Staatsanwaltschaft im Bereich der sonstigen Auslagen in Rechtssachen deshalb für das laufende Haushaltsjahr Kosten in Höhe von ca. 388.000 EUR.

Geschäftsentwicklung	Verfahrenseingänge	
	08/2012	08/2013
Ermittlungsverfahren	37.611	37.422

Entschädigung für Sachverständige

Die Ausgabenentwicklung wird in erster Linie durch die Ausgaben in der Kostenstelle Allgemeine Strafsachen einschl. OK bestimmt.

Ist-Ausgaben (EUR) bei Hst. 0111/532 21-4 Entschädigung für Sachverständige					
	2010	2011	2012	08/2013	Progn. 2013
Gesamt	318.932	212.762	308.334	182.611	275.000
davon:					
Allgemeine Strafsachen einschl. OK	209.083	168.441	238.501	161.154	

Gutachten (Zahlfälle in SAP)					
	2010	2011	2012	08/2013	Progn. 2013
Allgemeine Strafsachen einschl. OK	170	160	168	140	210

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 12 Sport

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorlST enthalten):

erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	0,0

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Rücklageninanspruchnahme (Planungsmittel Unibad)	0,500
Mindereinnahmen	0,084
erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	0,584

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung			0,0
Budget (Personalausgaben) insges.			0,0

Kurze (stichwortartige) Begründung:

Budgeteinhaltung:

Gegenüber dem Controllingbericht für das 1. Halbjahr 2013 stellt das Ressort dar, dass die zum Jahresende prognostizierten Mindereinnahmen in Höhe von insgesamt 0,084 Mio. € durch entsprechende Minderausgaben im Produktplan kompensiert werden.

Personaldaten:

Die Personalausgaben werden eingehalten.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Kein Handlungsbedarf.

Produktplan: Sport	12	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 88	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	167	270	-103	-38,2	416	416	236	-180	406
investive Einnahmen	9	0	9	0,0	9	9	9	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	3	0	3	0,0	3	3	3	0	0
Gesamteinnahmen	179	270	-91	-33,8	428	428	248	-180	406
Personalausgaben	674	698	-24	-3,5	1.095	1.109	1.053	-56	1.077
konsumtive Ausgaben	7.798	7.136	662	9,3	10.723	10.785	10.785	0	10.703
Zinsausgaben	0	21	-21	-100,0	32	32	32	0	32
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	1.085	1.707	-622	-36,5	2.198	3.073	3.073	0	2.561
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	9.556	9.562	-6	-0,1	14.048	14.999	14.943	-56	14.373
Saldo	-9.377	-9.292	-85	0,9	-13.620	-14.571	-14.695	-124	-13.967

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	393	393	393	7.952	0	898
- investiv	0	79	82	83	390		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	29	26	24	64		

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	80	85	-5	669	682	-13	1.041	1.072	-31
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	80	85	-5	669	682	-13	1.041	1.072	-31
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	0	0	5	16	-11	12	23	-11
Insgesamt	80	85	-5	674	698	-24	1.053	1.095	-42
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	5	14	-9	11	21	-10
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	21,0	22,5	-1,5	21,0	22,7	-1,7	21,0	22,6	-1,6
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	21,0	22,5	-1,5	21,0	22,7	-1,7	21,0	22,6	-1,6
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	9,1	22,5	8,7
Beschäftigte über 55 Jahre	45,5	17,5	47,8
Frauenquote	36,4	50,0	34,8
Teilzeitquote	13,6	35,0	13,0
Schwerbehindertenquote	22,7	6,0	21,7

Produktplan: Sport	12	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 88	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
3.1 Kamerale Finanzdaten			
3.1.1 Einnahmen			
Konsumtive Einnahmen			
<p>Im Berichtszeitraum 01 - 08/13 sind insgesamt 167 Tsd. Euro vereinnahmt worden. Davon wurden 10 Tsd. Euro als Einnahmeverfügungsmittel verbucht.</p> <p>Die Einnahmen werden im Wesentlichen aus der Benutzung der Sportanlagen sowie aus der Verpachtung von Werbeflächen erzielt. Trotz der 5 %igen Anhebung der Nutzungsentgelte zum 01.01.2013 konnten bislang lediglich 40 % der veranschlagten Einnahmen aus Nutzungsentgelten für Sportanlagen erzielt werden. Die Einnahmen aus der Verpachtung von Werbeflächen bleiben das dritte Jahr in Folge gänzlich aus. Zum Jahresende werden Mindereinnahmen i.H.v. 180 Tsd. Euro erwartet. Ein Ausgleich der Mindereinnahmen kann durch voraussichtliche Personalminderausgaben in Höhe von 56 Tsd. Euro erfolgen. Die verbleibenden Mindereinnahmen werden durch eine Steuerung innerhalb der konsumtiven Ausgaben angestrebt.</p>			
Investive Einnahmen			
<p>Bei den investiven Einnahmen wurden 9 Tsd. Euro vereinnahmt. Dabei handelt es sich um Mittel im Rahmen des Projektes "Platz Da!" für die Restarbeiten am Sportpark Horn-Lehe.</p>			
Relevante Verrechnungen / Erstattungen			
<p>Bei den Verrechnungen wurden 3 Tsd. Euro vereinnahmt. Die Mittel werden im Rahmen des Projektes "Platz Da!" für die Restarbeiten am Sportpark Horn-Lehe eingesetzt.</p>			
3.1.2 Ausgaben			
Konsumtive Ausgaben			
<p>Die Überschreitung des periodischen Planwertes liegt bei 9,3 %. Die Überschreitung begründet sich wie folgt:</p> <ul style="list-style-type: none">- Auszahlung der Zuschüsse an die Bremer Bäder GmbH zu 75 %.- Auszahlung der zwei Zuschussraten für die Übungs- und Organisationsleiter i.H.v. 880 Tsd. Euro.- Auszahlung der drei Raten für die Sportplatzpflege i.H.V 450 Tsd. Euro.- Auszahlung der drei Raten für die Pflege der Badeseen i.H.v. 83 Tsd. Euro.- Auszahlung weiterer Mittelabrufe für die Sportförderung.- Zahlungen der Echtmiete sowie der Echtpacht für die Perioden 01 bis 09/2013. <p>Die Überschreitung des periodischen Planwertes wird sich unterjährig ausgleichen.</p>			
Investive Ausgaben			
<p>Die verausgabten Mittel i.H.v. 1.085 Tsd. Euro liegen derzeit deutlich unter dem erwartenden Planwert. Die Ausgaben für die Sanierung und Baumaßnahmen werden überwiegend in der zweiten Jahreshälfte fließen.</p> <p>Es sind bereits die ersten Mittel für die Sanierung des Kunstrasenplatzes auf der Bezirkssportanlage Findorff und für den Bau einer Sporthalle in Bremen Borgfeld geflossen.</p> <p>Bis zum Jahresende sind Sanierungsprojekte in voller Höhe des Anschlages geplant.</p>			
3.1.3 Erlöse aus Vermögensveräußerungen			
-Keine-			
3.1.4 Personalausgaben			
Die Personalausgaben verlaufen derzeit plangerecht.			
3.2 Finanzierungssaldo			
Es ist ein Finanzierungssaldo i.H.v. 13.967 Tsd. Euro veranschlagt. Durch Produktplanverlagerungen			

Produktplan: Sport	12	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 88	Seite 3
<p>i.H.v. 104 Tsd. Euro erhöht sich der zulässige Finanzierungssaldo auf 14.071 Tsd. Euro. Die Überschreitung gegenüber dem voraussichtlichen Jahres IST i.H.v. 624 Tsd. Euro resultiert aus der Inanspruchnahme von Resten i.H.v. 500 Tsd. Euro (PGR 12.01.02) sowie der erwarteten Mindereinnahmen i.H.v. 124 Tsd. Euro.</p> <p>3.3 Verlustvortrag</p> <p>Zum jetzigen Zeitpunkt sehen wir keine Möglichkeit, den Verlustvortrag i.H.v. 898 Tsd. Euro auszugleichen</p> <p>3.4 Weitere Anmerkungen</p> <p>Zu PGR 12.01.01 (Allgemeine Sportangelegenheiten)</p> <p>Die Fachdeputation für Inneres und Sport hat am 3. April 2013 über die erste Vergaberunde der Sportförderanträge entschieden. In dem Berichtszeitraum sind 52,3 % der Sportfördermittel ausgezahlt worden. Die restlichen Mittel fließen im Laufe des Jahres sowie nach der zweiten Vergaberunde.</p> <p>Zu PGR 12.01.02 (Bremer Bäder)</p> <p>Der in der AR-Sitzung am 30.11.2012 beschlossene Wirtschaftsplan weist ein Defizit von - 591 Tsd. Euro aus. Anders als noch zur Jahresmitte geht die Gesellschaft nach Ende der Sommersaison derzeit davon aus, dass die o.g. Prognose weiterhin Bestand hat.</p>			

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 21 Bildung

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorIST enthalten):

Zuschüsse an Privatschulen	2,0
Betreuung (schwerstmehrfach-)behinderte SchülerInnen	0,8
erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	2,8

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

aufgrund der nicht finanzierten Budgetrisiken	2,8
Mehrausgaben	0,2
erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	3,0

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung	5.469,4	5.342,9	-126,5
Budget (Personalausgaben) insges.	291.994,0	281.007,0	-10.987,0

Kurze (stichwortartige) Begründung:

Unter Berücksichtigung zur Verfügung stehender Ausgabereise und bereitgestellter Rücklagen (einschl. der Schulbudgets) ergibt sich ein noch zu lösendes Risiko in Höhe von rd. 2,8 Mio. €, welches aus Mehrbedarfen beim Zuschuss an Privatschulen und für (schwerstmehrfach-)behinderte SchülerInnen.

Das Ressort hat die Mehrbedarfe zum Risikofonds angemeldet und plausible Mengengerüste vorgelegt. Zur Gegensteuerung wurden im Ressort dezentrale Bewirtschaftsmaßnahmen am 05.09.2013 erlassen.

In die Berechnung der Schätzung der zur Verfügung stehenden Mittel ist die Aufhebung der Sperre (Ganztagssschulmittel) einbezogen worden. Das Ressort beantragt mit diesem Controlling die Aufhebung der Sperre (siehe beigefügtes Schreiben).

Produktplanübergreifende Nachbewilligungen (z.B. Entwässerungsgebühren, Tarife Personal etc) sowie noch erwartete Verlagerungen (z.B. zentrale Mittel im Rahmen des "Überziehungskorridors") wurden bei der Ermittlung der Finanzierungssaldenüberschreitung berücksichtigt. In Folge der erwarteten Budgetrisiken wird der Finanzierungssaldo überschritten. Darüber hinaus werden geringfügige Mehrausgaben erwartet. Das Ressort wird gebeten, die auf die Mehrausgaben zurückzuführende Überschreitung durch interne Ausgleichsmaßnahmen zu vermeiden.

Personal: Im Produktplan 21 -Bildung- werden zurzeit Mehrausgaben in Höhe von rd. 0,8 Mio. € erwartet. In diesem Betrag sind u.a. die Restfluktuation, die geplanten Lehrerneueinstellungen, noch zu zahlende Altersteilzeitrückstellungen und eine Nachbewilligung zur Tarifkompensation berücksichtigt. Weiterhin wurde die Umsetzung der Vorgaben aus der Senatsvorlage vom 30.04.2013 in die Berechnungen mit einbezogen.

In Absprache mit der Senatorin für Finanzen wird zur Absicherung der Vertretungsfälle in den Schulen der in den Koalitionsbeschlüssen vorgesehene Überziehungskorridor in Höhe des voraussichtlichen Defizits in Anspruch genommen.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Die Senatorin für Finanzen empfiehlt die Sperre bei Hst. 3239/53132-5, Mittel zur Finanzierung des Ganztags schulprogramms, in Höhe von 1.250.000 € aufzuheben.

Zur Lösung des Budgetrisikos wird auf die zeitgleich vorgelegte Vorlage "Lösungskonzept für die verbliebenen Budgetrisiken und die investiven Finanzierungsbedarfe im Haushaltsjahr 2013" verwiesen.

Das Ressort wird gebeten, die erwarteten Mehrausgaben zurückzuführende Überschreitung des Finanzierungssaldos durch interne Ausgleichsmaßnahmen zu vermeiden und mit dem Controlling 01-09/2013 einen Lösungsvorschlag vorzulegen.

Produktplan: Bildung	21	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Sen. Quante-Brandt	Version: 88	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	11.333	10.804	529	4,9	17.308	17.413	16.452	-961	16.293
investive Einnahmen	3	0	3	0,0	0	3	3	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	6.537	6.426	111	1,7	6.530	8.678	8.678	0	8.567
Gesamteinnahmen	17.873	17.230	643	3,7	23.838	26.094	25.133	-961	24.859
Personalausgaben	188.065	193.330	-5.265	-2,7	291.993	293.138	293.928	790	291.945
konsumtive Ausgaben	171.017	167.688	3.329	2,0	254.778	258.888	258.738	-150	253.315
Zinsausgaben	844	844	-0	-0,1	949	949	949	0	949
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	11.473	10.114	1.359	13,4	27.922	26.640	25.350	-1.290	28.001
relevante Verrech./Erstatt.	6	8	-2	-21,1	15	15	15	0	15
Gesamtausgaben	371.405	371.984	-579	-0,2	575.656	579.630	578.980	-650	574.225
Saldo	-353.532	-354.754	1.222	-0,3	-551.819	-553.536	-553.847	-311	-549.365

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2013	2014	2015	2016	2017ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	0	0	0	0
- investiv	3.582	4.545	4.852	4.288	14.839
- Zins-/Tilgungsausgaben	929	837	742	645	1.965

Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
Tsd. EUR	
20	0

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	20.592	22.178	-1.586	173.261	177.667	-4.406	258.404	269.126	-10.722
Personalverstärkung	541	390	151	4.582	3.121	1.461	6.697	4.722	1.975
Ausbildung	471	564	-93	4.365	4.509	-144	6.229	6.764	-535
Zwischensumme	21.604	23.132	-1.528	182.208	185.297	-3.089	271.330	280.612	-9.282
Refinanzierte	99	114	-15	652	909	-257	1.069	1.424	-355
Nebentitel	674	808	-134	5.205	7.124	-1.919	8.608	9.958	-1.350
Insgesamt	22.377	24.054	-1.677	188.065	193.330	-5.265	281.007	291.994	-10.987
- dar.: Beihilfe/Nachvers	647	764	-117	4.935	6.730	-1.795	8.075	9.330	-1.255
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	4.703,6	4.909,2	-205,6	4.846,2	4.911,6	-65,4	4.798,6	4.910,2	-111,6
Personalverstärkung	133,1	83,2	49,9	142,6	122,2	20,4	139,4	109,2	30,2
Ausbildung	357,0	450,0	-93,0	428,9	450,0	-21,1	404,9	450,0	-45,1
Zusammen	5.193,7	5.442,4	-248,7	5.417,7	5.483,8	-66,1	5.342,9	5.469,4	-126,5
Refinanzierte	21,9	-	-	20,2	-	-	20,7	-	-
Abwesende	252,3	-	-	279,6	-	-	270,5	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	15,2	22,5	14,7
Beschäftigte über 55 Jahre	31,6	17,5	34,8
Frauenquote	68,5	50,0	67,7
Teilzeitquote	44,8	35,0	45,6
Schwerbehindertenquote	3,0	6,0	3,2

Produktplan: Bildung	21	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Sen. Quante-Brandt	Version: 88	Seite 2

3. Analyse/Bewertung

3.1 Kamerale Finanzdaten

Insgesamt wurde die Prognose über das vorauss. IST und Soll auf der Grundlage des jetzigen Kenntnisstandes (August) entwickelt.

Bei der Berechnung des vorauss. IST und des vorauss. Soll wurden berücksichtigt:

- Verlagerung zwischen Personalbudget und dem Sachhaushalt (Geld statt Stellen), wie auch Verlagerungen zur Absicherung des Unterrichtsbetriebs
- Mehreinnahmen zur Abwicklung von Drittmittelprojekten
- Restebildungen im Rahmen der konsumtiven und investiven Mittel der Schulbudgets und durch Drittmittelprojekte
- Nachbewilligung wegen der Tarifierhöhung

Bei den konsumtiven Ausgaben besteht eine Reihe von Risiken:

- Finanzierung der Tarifierhöhung bei den Zuwendungen, in denen Personal über Sachmittel finanziert wird. (Ganztagsschule, Verlässliche Grundschule, Schulassistentz/Betreuung behinderter Schüler/innen etc.) insg. rd. 0,4 Mio. Euro
- Mehrbedarfe bei den Energiekosten der Schulen (rd. 3 Mio. Euro)
- Mindereinnahmen rd. 1 Mio. Euro
- Mehrkosten bei der Betreuung von schwerstmehrfachbehinderten Schüler/innen (rd. 0,8 Mio. Euro)
- Bei den Zuschüssen nach Privatschulgesetz für Schulen in Freier Trägerschaft werden Mehrausgaben von 1,95 Mio. Euro prognostiziert.

Die Mehrbedarfe für Tarifierhöhung, die Energiekosten und die Mindereinnahmen werden im Haushaltsvollzug erwirtschaftet.

Die Mehrbedarfe für die Betreuung der Schwerstmehrfachbehinderten Schülerinnen und Schüler und auch für die Zuschüsse an Privatschulen werden - wie auch bereits 2012 - für den Risikofonds angemeldet. Eine Erwirtschaftung auch noch dieser Kosten ist nicht möglich.

Diese Mehrausgaben wurden nur im voraussichtlichen Ist berücksichtigt, sie sind auch mit entsprechenden Mengengerüsten unterlegt worden.

Außerdem sind im vorauss. Ist schon die Ausgaben für Entwässerungsgebühr von 0,327 Mio. Euro berücksichtigt, im Soll aber nicht.

In die Berechnung der Prognose ist die Aufhebung der Sperre (Ganztags) einbezogen.

Im vorauss. Soll sind auch die Reste/Rücklagen (3,6 Mio. Euro investiv und konsumtiv) insbesondere die der Schulbudgets enthalten, die nicht zur Deckung allgemeiner Haushaltsprobleme herangezogen werden sollen. Außerdem müssen rd. 1 Mio. Euro vorgehalten werden, um die Mindereinnahmen zu decken. Die Mehrbedarfe (Differenz zwischen vorauss. Soll und IST) werden durch diese Reste rein rechnerisch verringert - so bildet sich das dargestellte Defizit von rd. 3,9 Mio. Euro nicht ab.

	vorauss.HH-Soll	Vorauss.HH-Ist	
Gesamtausgaben	579.630	578.980	
Entwässerungsgebühr	327		
Zusch. Privatschulen	1.950		
Betreuung SMS	800		
Vertretungspool	790		
	583.497	578.980	Diff.4.517
		Reste	3.555
		Mindereinn.	960

3.2 Personaldaten

Das jetzige Controlling berücksichtigt im vorauss. Soll wie im vorauss. Ist die Verlagerungen zu den sonstigen konsumtiven Ausgaben für die Fortsetzung des Programms "Geld statt Stellen", wie auch die Abwicklung von Drittmittelprojekten.

Die Koalitionsbeschlüsse zur Sicherstellung des Unterrichtsbetriebs sind inzwischen durch Beschlüsse der Haushalts- und Finanzausschüsse haushaltsmäßig abgesichert worden.

Die Nachbewilligung zur Finanzierung der Tarifierhöhung (1,92 Mio. Euro) ist in das vorauss. Soll einbezogen worden.

Das Personalbudget wird in Absprache mit SfF um rd. 0,8 Mio. Euro überschritten. Es wurde zur Absicherung der Vertretungsfälle in Schule (Mutterschutz, Elternzeit, Beschäftigungsverbot...längere Krankheit...) der Überziehungskorridor in Anspruch genommen.

Senatorin für Bildung und Wissenschaft

27.09.2013

Mehrbedarf Betreuung (schwerstmehrfach)behinderte Schüler/innen

- 1) Haushaltsstelle 3239/531 35-0
- 2) Haushaltsstelle 3239/531 36-8

1) Wahrnehmung und Entwicklungsförderung (W + E)

Im Schuljahr 2012/13 mussten 31 Schüler/innen (9 Klassenverbände) im Bereich von Wahrnehmung und Entwicklungsförderung (W + E) mehr beschult/betreut werden als im vorherigen Schuljahr.

Es geht dabei um Schüler/innen, die neben einer geistigen Behinderung oftmals weitergehende Beeinträchtigungen haben, so dass neben dem Einsatz einer Klassenassistenz auch den Einsatz einer Drittkraft in dem Klassenverband erforderlich ist. Hierbei kann es sich z. B. um einen erhöhten Pflegeaufwand mit der Notwendigkeit einer Katheterisierung, des Bedienens von Hilfsmitteln wie z. B. eines Beatmungsgerätes o. ä. handeln. Es ist aber auch durchaus möglich, dass der Schüler/die Schülerin aufgrund seiner/ihrer Behinderung sich selbst oder andere gefährdet, so dass hier eine zusätzliche Kraft benötigt wird.

Der Anstieg der Schülerzahlen in diesem Bereich begründet sich neben einer verbesserten medizinischen Entwicklung auch dadurch, dass die sog. zivilisatorischen Erkrankungen zunehmen (Diabetes, Allergien etc). Bremen verzeichnet in den letzten Jahren einen verstärkten Zuzug von Familien mit Kindern mit einer Behinderung.

Zu Beginn des Schuljahres 2013/14 konnten durch eine stringente Steuerung Synergieeffekte erzielt werden, es werden aber weiterhin jahresdurchschnittlich 12 VZE für Klassenassistenzen und Drittkräfte für diese Schüler/innen benötigt. Dies führt zu einer Mehrbelastung von = **576.000 €** (pro VZE 48.000 €).

2) Persönliche Assistenzen für Diabetesfälle

Im letzten Schuljahr wurden für Neufälle 7 VZE benötigt. Es wurde davon ausgegangen, dass die Diabetesneufälle nur für ein halbes Jahr eine zusätzliche Betreuung benötigen.

Nach Feststellung des schulärztlichen Dienstes müssen 5 Stellen für insgesamt 12 Diabetesfälle weiter geführt werden. **Kosten 240.000 €** (48.000 € pro VZE)

Ab dem Schuljahr 2013/14 werden Neufälle über das Amt für soziale Dienste mit Beteiligung der Krankenkassen für den Bereich der häuslichen Krankenpflege finanziert.

Insgesamt Zusatzkosten von 0,8 Mio. €.

Mehrkosten 2013

Zuschüsse nach § 17, 17a Privatschulgesetz

Jahr	Monate		Monate	Stufe	Grund-	Schülerzahl	Zuschüsse
	von	bis			betrag		EURO
					EURO	HB	EURO
2013	01	07	7	Grundschulen	261,26	2058	3.763.711,56
			7	Jahrgangsstufe 5 und 6	306,08	1.114	2.386.811,84
			7	Sekundarschule	290,60	800	1.627.360,00
			7	Gymnasium 5-9 (10)	333,08	961	2.240.629,16
			7	Gymnasiale Oberstufe	394,60	959	2.648.949,80
			7	Waldorfschule 5-10	318,08	477	1.062.069,12
			7	Förderzentrum	796,21	113	629.802,11
Zwischensumme						6.482	14.359.333,59
	08	12	5	Grundschulen	261,26	1957	2.556.429,10
			5	Jahrgangsstufe 5 und 6	306,08	1107	1.694.152,80
			5	Sekundarschule	290,60	818	1.188.554,00
			5	Gymnasium 5-9 (10)	333,08	972	1.618.768,80
			5	Gymnasiale Oberstufe	394,60	1010	1.992.730,00
			5	Waldorfschule 5-10	318,08	507	806.332,80
			5	Förderzentrum	796,21	109	433.934,45
Zwischensumme						6480	10.290.901,95
Summe							24.650.235,54
					Anschlag 2013		22.700.000,00
					Defizit		-1.950.235,54

Die Steigerung der Zuschüsse für die Schulen in freier Trägerschaft liegt an der Tarifierhöhung aus 2012.

Nach dem Privatschulgesetz (§ 17) ist die Höhe des Zuschusses pro Privatschüler/in abhängig von Tarifierhöhungen: "Die monatliche Grundsumme verändert sich gegenüber der jeweils letzten Grundsumme um den Vom-Hundert-Satz und von dem Monat an, mit dem der Gesetzgeber die Dienstbezüge der Beamten des öffentlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13 verändert."

Die Gesamtschüleranzahl bleibt gegenüber dem vorherigen Schuljahr konstant, obwohl im Bereich der GYO und den Waldorfschulen Steigerungen zu erkennen sind.

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 22 Kultur

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorlST enthalten):

erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	0,0

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	0,0

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung			0,0
Budget (Personalausgaben) insges.			0,0

Kurze (stichwortartige) Begründung:

Budgeteinhaltung:

Gegenüber dem Controllingbericht für das 1. Halbjahr 2013 stellt das Ressort dar, dass die zum Jahresende prognostizierten Mindereinnahmen in Höhe von insgesamt 382 T€, u.a. aus "Rückzahlungen von Zuwendungsempfängern", durch entsprechende konsumtive und investive Minderausgaben im Produktplan kompensiert werden.

Personaldaten:

Bei den Personalausgaben im Kernbereich und bei der Ausbildung werden unter Berücksichtigung der vollständigen Abschöpfung der Fluktuation, dem Ausgleich der Mittel bei den refinanziert Beschäftigten und einer noch zu erfolgenden Nachbewilligung zur Tarifikompensation Mehrausgaben in Höhe von rd. 119 Tsd. € erwartet. Als Grund für die Mehrausgaben im Kernbereich und bei der Ausbildung ist die Überschreitung der Zielzahlen um 2 VZE zu nennen.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Das Ressort ist aufgefordert durch eine restriktive Personalpolitik und durch einen produktplaninternen Ausgleich für ein ausgeglichenes Ergebnis bei den Personalausgaben zu sorgen.

Produktplan: Kultur	22	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Senator Böhrnsen	Version: 88	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	1.022	265	757	285,8	1.377	1.414	1.033	-381	870
investive Einnahmen	45	0	45	0,0	778	778	45	-733	733
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	1.067	265	802	302,8	2.155	2.192	1.078	-1.114	1.603
Personalausgaben	2.872	2.793	79	2,8	4.312	4.293	4.526	233	4.291
konsumtive Ausgaben	55.337	53.446	1.891	3,5	72.671	72.654	72.357	-297	70.843
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	30	30	30	0	30
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	3.023	2.502	521	20,8	4.664	4.664	4.545	-119	9.179
relevante Verrech./Erstatt.	12	1	11	1.067,5	12	12	12	0	1
Gesamtausgaben	61.244	58.742	2.502	4,3	81.689	81.653	81.470	-183	84.344
Saldo	-60.176	-58.477	-1.699	2,9	-79.535	-79.461	-80.392	-931	-82.741

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	26.406	26.311	26.311	14.907	0	0
- investiv	0	2.289	2.338	1.147	732		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	26	22	18	29		

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	324	319	5	2.629	2.570	59	4.028	3.965	63
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	1	0	1	8	0	8	12	0	12
Zwischensumme	325	319	6	2.637	2.570	67	4.040	3.965	75
Refinanzierte	21	16	5	175	131	44	264	198	66
Nebentitel	3	11	-8	61	92	-31	98	149	-51
Insgesamt	349	346	3	2.873	2.793	80	4.402	4.312	90
- dar.: Beihilfe/Nachvers	1	6	-5	39	64	-25	57	86	-29
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	67,0	67,1	-0,1	68,9	67,6	1,3	68,3	67,3	1,0
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	1,0	0,0	1,0	1,0	0,0	1,0	1,0	0,0	1,0
Zusammen	68,0	67,1	0,9	69,9	67,6	2,3	69,3	67,3	2,0
Refinanzierte	3,9	-	-	3,9	-	-	3,9	-	-
Abwesende	2,0	-	-	2,4	-	-	2,3	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	8,4	22,5	7,2
Beschäftigte über 55 Jahre	39,8	17,5	36,1
Frauenquote	56,6	50,0	55,4
Teilzeitquote	26,5	35,0	25,3
Schwerbehindertenquote	6,3	6,0	5,8

Produktplan: Kultur	22	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Senator Böhrnsen	Version: 88	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
1. Abweichungen voraussichtliches HH-Soll- voraussichtliches Ist (Jahresplanung 2013)			
<p>Die Einnahmen aus Rückzahlungen von Zuwendungsempfängern werden dieses Jahr voraussichtlich nicht erzielt (-350 TEUR) und begründen den Hauptteil der Abweichung von -381 TEUR Mindereinnahmen. Durch Berücksichtigung von konsumtiven und investiven Minderausgaben werden diese Mindereinnahmen ausgeglichen.</p> <p>Im Personalbereich wird der Bedarf mit 233 TEUR geschätzt. Hier ist noch eine Lösung im weiteren Jahresverlauf zu erarbeiten.</p> <p>Im Bereich der investiven Mittel ist darauf hinzuweisen, dass die für die Sanierung des DeutschenSchiffahrtsmuseum (DSM) derzeit gesperrten Mittel in Höhe von 5.914 TEUR auch in 2013 voraussichtlich nicht zur Auszahlung kommen werden.</p> <p>Zu den Abweichungen im einzelnen:</p> <p>a) Konsumtive Einnahmen (Abweichung -381 TEUR): Die Einnahmen aus Rückzahlungen von Zuwendungsempfängern werden dieses Jahr voraussichtlich nicht erzielt (-350 TEUR) und begründen den Hauptteil der Abweichung. Eine Gegenfinanzierung kann durch geringere konsumtive und investive Ausgaben erfolgen.</p> <p>b) Investive Einnahmen (Abweichung -733 TEUR): Die im Zusammenhang mit der Sanierung des DSM stehenden investiven Einnahmen werden im Jahr 2013 nicht erzielt, da auch die investiven Ausgaben nicht in diesem Jahr anfallen. Im Rahmen derJahresabschlussarbeiten wird die Rücklage für das DSM im gleichen Umfang nicht zusätzlich gebildet.</p> <p>c) Personalausgaben (Abweichung +233 TEUR) Die Personalausgaben können voraussichtlich nicht eingehalten werden. Dabei sind bereits verminderte Personalausgaben durch verzögerte Wiederbesetzungen und weitere Maßnahmen im Volumen von ca. 110 TEUR einbezogen. Grund für die Mehrausgaben im Kernbereich ist die Überschreitung der Zielzahlen bei den zugeordneten kleinen Dienststellen : Landesamt für Denkmalpflege und Landesarchäologie Bremen.</p> <p>d) Konsumtive Ausgaben (-296 TEUR) Das Kulturressort geht von einer Unterschreitung der konsumtiven Ausgaben zur Gegenfinanzierung der o.g. Mindereinnahmen aus. Dabei ist der Verzicht auf eine dritte Tranche an Projektmitteln in Höhe von ca. 125 TEUR enthalten. Ferner werden im Bereich der Museen ca. 160 TEUR zur Gegenfinanzierung eingesetzt.</p> <p>e) Investive Ausgaben (-118 TEUR) Hinzuweisen ist, dass für die Sanierung des DSM derzeit Mittel in Höhe von 5.914 TEUR gesperrt sind, die voraussichtlich auch in 2013 nicht zur Auszahlung kommen werden. Ein Betrag von 733 TEUR wird in Rahmen der Jahresabschlussarbeiten zur Deckung der investiven Mindereinnahmen (siehe b) herangezogen. Die dargestellte Abweichung von -118 TEUR wird zur Gegenfinanzierung der konsumtiven Mindereinnahmen eingesetzt und beinhaltet gestrichene Mittel aller Bereiche.</p>			
2. Einhaltung des Finanzierungssaldos (Anschlag - voraussichtliches Ist (Jahresplanung 2013))			
<p>Für das Kulturressort ist ein Finanzierungssaldo von -82.741 TEUR veranschlagt. Insbesondere durch Verlagerung zusätzlicher Tarifmittel für Theater Bremen, Eigenbetriebe und Museumsstiftungen ö.R. erhöht sich der zulässige Finanzierungssaldo um 1.312 TEUR auf -84.053 TEUR. Reduziert wird der zulässige Finanzierungssaldo insbesondere durch die vereinbarungsgemäße Verlagerung von jeweils 733 TEUR an den SfWAH und die Reduzierung um 360 TEUR aufgrund des Bürgerschaftsbeschlusses zur Citytax. In Summe ergibt sich ein zulässiger Finanzierungssaldo von -83.012 TEUR. Derzeit prognostiziert das Kulturressort einen Finanzierungssaldo von -80.391 TEUR und damit eine Unterschreitung in Höhe von 2.620 TEUR.</p> <p>Die Unterschreitung soll vereinbarungsgemäß durch den SfBWG (733 TEUR) in Anspruch genommen werden.</p> <p>Nach Auflösung der noch dargestellten Personalkostenmehrbedarfe wird die Unterschreitung einer Rücklage für das DSM (2.000 TEUR) zugeführt.</p>			
3. Unterjährige Abweichung Januar - August 2013 (Ist-Planwert-Abweichung).			
a) Die konsumtiven Einnahmen liegen unterjährig über Plan, da zusätzliche durchlaufende Einnahmen beim Musikfest erzielt wurden.			
b) Zu den Begründungen der Abweichungen bei den Personalausgaben siehe oben. Voraussichtliches HH-Soll (4.293 TEUR) und HH-Soll (4.4312 TEUR) weichen derzeit noch ab, da noch Rechnungen für abgeordnetes Personal gestellt werden bzw. Nachbewilligungen an den SfBUV erfolgen.			

Produktplan: Kultur	22	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Senator Böhrnsen	Version: 88	Seite 3
<p>c) Die konsumtiven Ausgaben liegen aufgrund von vorgezogenen Auszahlungszeitpunkten, insbesondere im Produktbereich Kulturelle Bildung unterjährig über Plan. Dies wird sich bis zum Jahresende ausgleichen.</p> <p>d) Die investiven Ausgaben liegen aufgrund von vorgezogenen Auszahlungszeitpunkten, insbesondere im Produktbereich Theater und Musik unterjährig über Plan. Bis zum Jahresende wird für diesen Bereich eher von investiven Resten und der Erbringung der investiven Minderausgaben ausgegangen.</p> <p>4. City-Tax Es ist eine Reduzierung des Haushaltssolls in Höhe von 360 TEUR durch Streichung von investiven Anschlägen erfolgt.</p> <p>5. Investive Minderausgabe Der Anteil des Kulturressorts an der globalen investiven Minderausgabe 2013 ist noch nicht abgebildet. Falls notwendig, wird er in der Produktgruppe 22.02.01 Theater erbracht.</p>			

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorlST enthalten):

erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	0,0

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

bitte konkret angeben ob aus Drittmitteln	
Ausgaberesten, Rücklagen oder	
Risiken	
erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	0,0

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung			0,0
Budget (Personalausgaben) insges.			0,0

Kurze (stichwortartige) Begründung:

A) Einhaltung des Budgets

Der PPL 24 wird sein Budget insgesamt einhalten bzw. nach gegenwärtigem Stand sogar um ca. 5 Mio. € unterschreiten.

B) Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos

Der veranschlagte produktplanbezogene Finanzierungssaldo (-301.061 Tsd. €) wird nach dem voraussichtlichen Ist zum Jahresende 2013 um 12.352 Tsd. € überschritten. Diese Überschreitung wird durch schon vollzogene Solländerungen (6.698 Tsd. €), durch voraussichtliche Nachbewilligungen im Rahmen des EFRE-Programms (2.576 Tsd. €), durch voraussichtliche Nachbewilligungen für Tarife/Besoldung und für die Versorgungsspitzenabrechnung der Hochschulen (2.693 Tsd. €) sowie durch die Inanspruchnahme nicht ausgegebener Anschlagsmittel im Produktplan 22 "Kultur" (400 Tsd. € von 733 Tsd. € für DSM-Sanierung) vollständig kompensiert. Damit wird auch die voraussichtliche Überschreitung bei den Personalausgaben kompensiert, für die am Jahresende noch eine Sollveränderung (Nachbewilligung) notwendig wird.

C) Kommentierung der Personaldaten

Bei den Personalausgaben im Kernbereich werden unter Berücksichtigung der noch zu zahlenden Altersteilzeitrückstellungen und einer noch zu erfolgenden Nachbewilligung zur Tarifkompensation Mehrausgaben in Höhe von rd. 263 Tsd. € erwartet. Die Mehrausgaben beim refinanzierten Personal sollten sich im Laufe des Jahres durch Einnahmeverfügungsmittel ausgleichen. Als Grund für die Mehrausgaben im Kernbereich ist die jahresdurchschnittliche Überschreitung der Zielzahlen um 2,9 VZE zu nennen. Das Ressort wird das Defizit produktplanintern decken.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln ist erforderlich.

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung	Controlling 01-08/13 21.10.2013
Verantwortlich: Sen. Quante-Brandt	Version: 88 Seite 1
Einhaltung Finanzdaten: 	Einhaltung Personaldaten:
Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013					Jahresplanung 2013			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	35.382	17.502	17.880	102,2	37.795	48.890	49.689	799	26.384
investive Einnahmen	9.898	9.857	41	0,4	13.008	13.494	13.494	0	13.360
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	45.279	27.359	17.920	65,5	50.803	62.384	63.183	799	39.744
Personalausgaben	1.694	1.457	237	16,3	2.200	2.401	2.576	175	2.217
konsumtive Ausgaben	227.240	208.485	18.755	9,0	313.938	329.460	325.560	-3.900	294.045
Zinsausgaben	1.374	1.375	-1	-0,1	1.781	1.782	1.782	0	1.781
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	20.197	20.291	-94	-0,5	46.020	47.143	46.678	-465	42.762
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	250.506	231.608	18.898	8,2	363.939	380.786	376.596	-4.190	340.804
Saldo	-205.226	-204.249	-977	0,5	-313.136	-318.402	-313.413	4.989	-301.061

Verpflichtungsmöglichkeiten	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	1.814	5.779	5.465	4.559	8.549	611	0
- investiv	9.945	8.837	5.864	4.054	26.666		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	173	163	10	1.445	1.310	135	2.161	1.987	174
Personalverstärkung	2	2	0	16	14	2	24	22	2
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	175	165	10	1.461	1.324	137	2.185	2.009	176
Refinanzierte	24	10	14	208	82	126	311	128	183
Nebentitel	4	3	1	26	51	-25	51	63	-12
Insgesamt	203	178	25	1.695	1.457	238	2.547	2.200	347
- dar.: Beihilfe/Nachvers	4	3	1	26	51	-25	51	63	-12
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	34,5	31,9	2,6	35,1	32,1	3,0	34,9	32,0	2,9
Personalverstärkung	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	35,0	32,4	2,6	35,6	32,6	3,0	35,4	32,5	2,9
Refinanzierte	4,5	-	-	4,4	-	-	4,5	-	-
Abwesende	2,0	-	-	2,5	-	-	2,3	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	2,1	22,5	4,2
Beschäftigte über 55 Jahre	48,9	17,5	52,1
Frauenquote	72,3	50,0	68,8
Teilzeitquote	34,0	35,0	29,2
Schwerbehindertenquote	3,7	6,0	3,8

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich: Sen. Quante-Brandt	Version: 88	Seite 2
3. Analyse/Bewertung Kamerale Finanzdaten A) Planwertabweichungen Aufgrund der Mehreinnahmen aus dem Hochschulpakt liegen die konsumtiven Einnahmen und korrespondierenden Ausgaben um ca. 18 Mio. Euro über dem Planwert. B) Budgeteinhaltung 2013 Der PPL 24 wird sein Budget einhalten bzw. nach gegenwärtigem Stand sogar um ca. 5 Mio. Euro unterschreiten. C) Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos 2013 Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo beträgt im Anschlag -301.061 TEUR. Nach dem voraussichtlichem Ist wird mit einem Saldo von -313.413 TEUR, also einer Überschreitung von 12.352 TEUR zum Jahresende gerechnet. Diese Überschreitung wird durch schon vollzogene Solländerungen i.H.v. 6.698 TEUR, voraussichtliche Nachbewilligungen im Rahmen des EFRE-Programms i.H.v. 2.576 TEUR, voraussichtliche Nachbewilligungen für Tarife/Besoldung und für die Versorgungsspitzenabrechnung der Hochschulen i.H.v. 2.693 TEUR sowie durch die Inanspruchnahme nicht ausgegebener Anschlagsmittel im Produktplan Kultur (DSM-Sanierung) i.H.v. 400 TEUR vollständig kompensiert. Damit wird auch die Überschreitung bei den Personalkosten ausgeglichen, für die dann später noch eine Sollveränderung notwendig wird.		

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 31 Arbeit

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorlST enthalten):

erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	0,0

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

bitte konkret angeben ob aus Drittmitteln	
Ausgaberesten, Rücklagen oder	
Risiken	
erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	0,0

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung	6,4	8,1	1,6
Budget (Personalausgaben) insges.	6,7	8,8	2,0

Kurze (stichwortartige) Begründung:

Nach derzeitigem Kenntnisstand wird das Budget im Saldo von Mehreinnahmen/Minder-/Mehrausgaben um rd. 24,7 Mio. € unterschritten. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Nicht-Inanspruchnahme von Ausgaberesten in Höhe von rd. 20,0 Mio. € zur Einhaltung des Finanzierungssaldos sowie 4,5 Mio. € Mehreinnahmen im ESF Bereich. Der Finanzierungssaldo wird nach aktuellem Stand um rd. 5,7 Mio. € unterschritten. Die ausgewiesenen Personal-Mehrausgaben zum Jahresende in Höhe von rd. 2,0 Mio. € resultieren größtenteils (rd. 1,9 Mio. €) auf der noch ausstehende Finanzierung der Personalausgaben der ehemaligen bba. Diese sollen durch Mehreinnahmen bei der PGR 31.01.02 Arbeitsförderung im Land Bremen ausgeglichen werden. Der Verlustvortrag der ESF- Förderphase 2007-2013 in Höhe von derzeit rd. 36,0 Mio. € wird sich aufgrund erwarteter EU-Mehreinnahmen zum Jahresende in Höhe von rd. 4,9 Mio. € auf rd. 31,9 Mio. € reduzieren.

Kommentar Referat 32 zu Personal

Die ausgewiesenen Mehrausgaben in Höhe von rd. 2,029 Mio. € sind größtenteils auf die noch ausstehende Finanzierung der Personalausgaben der Produktgruppe 31.01.02 zurückzuführen. In dieser Produktgruppe wird das Personal der ehemaligen Bremer und Bremerhavener Arbeit GmbH geführt. Das Defizit soll durch Mehreinnahmen in der Produktgruppe 31.01.02 ausgeglichen werden. Die Befassung der Deputation für Arbeit ist für den 27.11.2013 vorgesehen. Unter Berücksichtigung der notwendigen Soll Verlagerungen werden die Personalausgaben zum Jahresende voraussichtlich eingehalten.

Die notwendigen Sollverlagerungen sind zeitnah in Zusammenarbeit mit der Senatorin für Finanzen umzusetzen. Die Ermächtigung hierzu wurde vom Haushalts- und Finanzausschuss in der Sitzung vom 28. Februar 2013 erteilt.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

An dieser Stelle wird nochmals auf die zukünftige Liquiditätsproblematik 2014/2015 hingewiesen. Diese resultiert aus der Nicht-Inanspruchnahme von Resten zur Einhaltung des aktuellen Finanzierungssaldos. Diese werden aber in den kommenden Jahren verstärkt abfließen. Im Rahmen des Halbjahrescontollings 2013 bat der Senat das Ressort Wirtschaft, Arbeit und Häfen, ihm bis zum Dezember 2013 über die Höhe des 2014/2015 zu erwartenden Mittelabflusses und über mögliche Rückzahlungen nicht in Anspruch genommener EU-Mittel zu berichten.

Produktplan: Arbeit	31	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 88	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	20.582	22.099	-1.517	-6,9	24.461	25.013	31.006	5.993	23.859
investive Einnahmen	57	0	57	0,0	0	0	57	57	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	14	14	0
Gesamteinnahmen	20.639	22.099	-1.460	-6,6	24.461	25.013	31.077	6.064	23.859
Personalausgaben	5.739	4.372	1.367	31,3	6.724	6.724	8.753	2.029	6.724
konsumtive Ausgaben	18.380	22.692	-4.312	-19,0	53.215	53.591	33.327	-20.264	33.690
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	744	599	145	24,3	1.320	1.320	906	-414	951
relevante Verrech./Erstatt.	231	6	225	3.757,7	292	294	308	14	6
Gesamtausgaben	25.095	27.669	-2.574	-9,3	61.551	61.929	43.294	-18.635	41.370
Saldo	-4.456	-5.570	1.114	-20,0	-37.090	-36.916	-12.217	24.699	-17.512

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	556	48.431
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	623	521	102	5.311	4.185	1.126	8.079	6.443	1.636
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	623	521	102	5.311	4.185	1.126	8.079	6.443	1.636
Refinanzierte	39	0	39	319	0	319	491	0	491
Nebentitel	6	24	-18	109	187	-78	185	281	-96
Insgesamt	668	545	123	5.739	4.372	1.367	8.755	6.724	2.031
- dar.: Beihilfe/Nachvers	6	19	-13	103	155	-52	162	232	-70
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	144,0	125,5	18,5	151,9	126,2	25,7	149,3	125,8	23,5
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	144,0	125,5	18,5	151,9	126,2	25,7	149,3	125,8	23,5
Refinanzierte	6,8	-	-	6,8	-	-	6,8	-	-
Abwesende	14,0	-	-	13,0	-	-	13,3	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,8	22,5	5,5
Beschäftigte über 55 Jahre	30,7	17,5	33,7
Frauenquote	70,8	50,0	69,3
Teilzeitquote	37,0	35,0	36,6
Schwerbehindertenquote	13,0	6,0	11,7

Produktplan: Arbeit	31	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 88	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Kamerale Finanzdaten Ist-Planwertabweichungen Die für den Berichtszeitraum ausgewiesenen Ist-Planwertabweichungen ergeben sich aus unterjährigen Veränderungen gegenüber den Anschlägen (die Planwerte werden nur aus den Anschlägen entwickelt und berücksichtigen solche Veränderungen nicht). Die nachstehenden Erläuterungen beziehen sich jeweils auf die Jahresplanung.			
Einnahmen Zum Jahresende werden Mehreinnahmen von 6 Mio. Euro erwartet. Für das aktuelle ESF-Programm wurde Ende letzten Jahres ein Zahlungsantrag in Höhe von rd. 11,3 Mio. Euro gestellt. Die Einnahme erfolgte im Mai diesen Jahres. In diesem Jahr wird voraussichtlich ein weiterer Zahlungsantrag gestellt, mit deren Einnahme noch in diesem Jahr gerechnet wird. Dadurch ergibt sich für den EU-Bereich eine Mehreinnahme von rd. 4,5 Mio. Euro (PGR 31.01.01). Für die PGR 31.01.02 (bba) werden Einnahmen von rd. 1,9 Mio. Euro prognostiziert. Diese werden benötigt, um entstehende Ausgaben zu decken. Der erforderliche Haushaltsbeschluss wird in der zweiten Jahreshälfte herbeigeführt. Im Bereich der Kriegsopferfürsorge (PGR 31.02.01) wird eine Mindereinnahme von rd. 0,4 Mio. Euro prognostiziert, die teilweise durch korrespondierende Minderausgaben ausgeglichen werden kann.			
Personalausgaben In der Hochrechnung des Ressorts wird zum Jahresende mit Mehrausgaben von rd. 1,9 Mio. Euro gerechnet. Diese resultieren aus Personalausgaben der PGR 31.01.02 (bba), die durch o.g. Mehreinnahmen ausgeglichen werden können.			
konsumtive und investive Ausgaben Zum Jahresende wird mit Minderausgaben von rd. 20,7 Mio. Euro gerechnet. Diese Differenz ergibt sich größtenteils aus der Begrenzung der Ausgaben auf den Finanzierungssaldo. Für die PGR 31.01.02 (bba) werden Ausgaben von rd. 1,7 Mio. Euro prognostiziert. Entsprechende Mittel stehen in der PGR 31.01.01 (BAP) zum Ausgleich zur Verfügung. Im Bereich der Ausgleichsabgabe (PGR 31.02.01) kommt es voraussichtlich zum Jahresende zu Minderausgaben von r. 0,9 Mio. Euro, die der entsprechenden Sonderrücklage zuzuführen sind.			
Produktplanbezogener Finanzierungssaldo Der negative Finanzierungssaldo in Höhe von 17,5 Mio. Euro wird eingehalten.			
Verlustvortrag Der Verlustvortrag hat sich in den Vorjahren aus nicht realisierten Einnahmen bei den EU-Einnahmen ergeben. Ein Ausgleich erfolgt im Rahmen der Programmlaufzeit. In diesem Jahr werden Mehreinnahmen von rd. 4,9 Mio. Euro prognostiziert, die den bestehenden Verlustvortrag reduzieren werden.			

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013**Produktplan: 41 Jugend und Soziales**

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
 alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorlST enthalten):

Mehreinnahmen	-28,9
konsumtive Ausgaben	32,3
investive Ausgaben	7,0
Personalminderausgaben	-0,1
erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	10,3

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Mehreinnahmen	-31,7
investive Einnahmen	-2,7
konsumtive Ausgaben	41,9
Personalausgaben (0,4 Mio. €), investive Ausgaben (9,9 Mio. €)	10,3
erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	17,8

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung			0,0
Budget (Personalausgaben) insges.			0,0

Kurze (stichwortartige) Begründung:

Das **Budget** wurde im Betrachtungszeitraum um rd. 24,5 Mio. Euro überschritten. Zum Jahresende prognostiziert das Ressort im Saldo eine **Budgetüberschreitung** von rd. 10,3 Mio. Euro. Hierbei wurde allerdings die vollständige Heranziehung der nicht veranschlagten Mehreinnahmen der Bundeserstattung für die Grundsicherung zur Abdeckung der prognostizierten Mehrausgaben unterstellt.

Die Budgetüberschreitung

von rd. 10,3 Mio. Euro resultieren aus,

3,9 Mio. Euro vom Senat beschlossener investiver Mehrbedarf KTH (Finanzierung: Investive Umlage)

3,5 Mio. Euro vom HaFA beschlossener investiver Mehrbedarf Asyl (Finanzierung: Risikovorsorge)

-0,4 Mio. Euro Minderausgaben im Bereich der Investitionskostenzuschüsse Pflege

2,3 Mio. Euro vom Senat beschlossener konsumtiver Mehrbedarf KTH Ausbau (Finanzierung: Risikovorsorge)

1,2 Mio. Euro verbleibender Mehrbedarf, fehlende Synergieeffekte Hort/Ganztagsschulen (Finanzierung: Risikovorsorge)

0,8 Mio. Euro konsumtiver Mehrbedarf Kommunalen Finanzierungsanteil Jobcenter (Finanzierung: Deckung durch Mehreinnahmen BuT; als Einnahmeverfüugungsmittel; im PPL 41)

-0,9 Saldo aus Mehreinnahmen Grundsicherung 28,9 Mio. Euro / Mehrausgaben Grundsicherung 28,0 Mio. Euro.

(Deckungsmittel für KFA und konsumtiver Mehrbedarf Asyl durch Mehreinnahmen BuT)

Der zum Juni Controlling gemeldete Mehrbedarf von 0,6 Mio. Euro für den kommunalen Finanzierungsanteil Jobcenter hat sich auf 0,8 Mio. Euro erhöht. Diese Mehrausgaben können jedoch jetzt durch Mehreinnahmen im Produktplan (BuT) gedeckt werden.

Unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen (rd. 7,3 Mio. Euro) ergibt sich beim produktplanbezogenen Finanzierungssaldo zum Jahresende eine Überschreitung von 10,5 Mio. Euro.

Die Personalausgaben und Zielzahlen werden eingehalten.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Das Fachressort hat bereits eine ressortinterne Haushaltssperre verhängt. Hinsichtlich der Steuerung der Sozialleistungsausgaben wird auf den Bericht über die Entwicklung der Sozialleistungen verwiesen.

In der nächsten Sitzung der Staatsräte-AG Sozialleistungen am 29.10.2013 soll über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Sozialleistungen, Benchmarking Hilfen zur Erziehung, Steuerungsmaßnahmen in den Hilfen zur Erziehung, sowie über den Sachstand des Projekts Förderungsmanagement berichtet werden.

Produktplan: Jugend und Soziales	41	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Sen. Stahmann	Version: 88	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	121.982	104.505	17.477	16,7	127.883	163.034	191.910	28.876	160.176
investive Einnahmen	2.701	1.004	1.697	169,0	2.701	5.310	5.310	0	2.610
relevante Verrech./Erstatt.	575	0	575	0,0	546	593	593	0	0
Gesamteinnahmen	125.258	105.509	19.749	18,7	131.129	168.937	197.813	28.876	162.786
Personalausgaben	35.930	33.821	2.109	6,2	52.380	57.561	57.419	-142	57.014
konsumtive Ausgaben	660.837	620.474	40.363	6,5	892.117	905.065	937.371	32.306	895.472
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	9.220	7.449	1.771	23,8	15.780	17.867	24.867	7.000	14.926
relevante Verrech./Erstatt.	6.736	6.750	-14	-0,2	6.614	9.087	9.087	0	8.891
Gesamtausgaben	712.723	668.494	44.229	6,6	966.890	989.580	1.028.744	39.164	976.302
Saldo	-587.465	-562.985	-24.480	4,4	-835.761	-820.643	-830.931	-10.288	-813.517

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR						
- konsumtiv	0	1.551	1.110	0	0	48	3.719
- investiv	0	5.200	3.900	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	3.206	3.238	-32	25.664	26.068	-404	40.178	40.520	-342
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	3.206	3.238	-32	25.664	26.068	-404	40.178	40.520	-342
Refinanzierte	1.229	859	370	9.620	6.873	2.747	15.104	10.780	4.324
Nebentitel	29	58	-29	646	880	-234	886	1.079	-193
Insgesamt	4.464	4.155	309	35.930	33.821	2.109	56.168	52.379	3.789
- dar.: Beihilfe/Nachvers	19	45	-26	482	741	-259	633	889	-256
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	747,1	763,8	-16,7	740,1	767,8	-27,7	742,4	765,5	-23,1
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	747,1	763,8	-16,7	740,2	767,8	-27,6	742,5	765,5	-23,0
Refinanzierte	322,9	-	-	323,1	-	-	323,0	-	-
Abwesende	69,6	-	-	73,1	-	-	71,9	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	16,9	22,5	16,6
Beschäftigte über 55 Jahre	29,7	17,5	29,4
Frauenquote	67,1	50,0	67,0
Teilzeitquote	32,5	35,0	32,7
Schwerbehindertenquote	8,3	6,0	8,3

Produktplan: 41		Controlling 01-08/13		
Jugend und Soziales		21.10.2013		
Verantwortlich:	Sen. Stahmann	Version: 88	Seite 2	
3. Analyse/Bewertung				
Sozialleistungen im PPL 41:				
Einnahmen:				
Im Zeitraum bis einschl. August 2013 i. W. liegen Mehreinnahmen von rd. 16,3 Mio. Euro gegenüber dem Planwert vor. Die Mehreinnahmen werden durch die auf 75% erhöhte Bundesbeteiligung 4. Kapitel SGB XII verursacht, die nicht im Anschlag hinterlegt ist. Die übrigen Einnahmen verlaufen in etwa planmäßig. Zur ersten Hochschätzung siehe unten.				
Ausgaben:				
Nachdem die Ausgaben im letzten Jahr bereits rd. 3% ggü. dem Vorjahr 2011 angewachsen sind, setzt sich dieser Trend deutlich fort. 2013 sind fachlich gesehen grundsätzlich dieselben Produktgruppen von den nicht steuerbaren / nicht ausgleichbaren Mehrausgaben betroffen wie auch im Vorjahr: 41.01.06 - HzE (unbegl. minderj. Flüchtlinge), 41.03.01 - Asyl und 41.05.03 - Grundsicherung im Alter.				
Zu diesen bereits aus 2012 bekannten und nicht steuerbaren Risikobereichen ist folgender Umstand getreten: Im Bereich der HzE-Produktgruppen 41.01.03 und 04 sind Maßnahmen zur Beschleunigung des Zahlungsverkehrs im Fachverfahren OK.Jug ergriffen worden, um Rückstände - wie in 2012 letztlich festgestellt - zu vermeiden. Das bedeutet, dass nicht nur Zahlungen für die Vergangenheit geleistet werden, sondern dass auch die aktuellen Fälle laufend zeitnäher gezahlt werden. Dazu treten geringe Fallzahlsteigerungen, insbesondere im kostenintensiven Bereich der Heimunterbringung. Diese Faktoren verursachen einen Ausgabenanstieg. Es handelt sich dabei i. W. nicht um "neue" Ausgaben, sondern um Leistungen für bereits erfolgte bzw. laufende gesetzliche Verpflichtungen nach dem SGB VIII.				
Die aktuelle Planwert-Abweichung beträgt 29,4 Mio. Euro. Sie wird i. W. durch die vorgenannten Darstellungen verursacht. Der aktuelle Verlauf der Buchungsdaten der Einnahmen und Ausgaben bestätigt die Juni-Hochschätzung, die somit minimal aktualisiert aufrechterhalten wird:				
Hochschätzung 2013 (Stand Juni, aktualisiert) in Mio. Euro:				
	Anschlag	vor.HHSoll	vor.IST	Saldo
Einnahmen	139,1	140,9	169,8	28,9
Ausgaben	725,3	728,3	756,3	28,0
Die Aktualisierung geht von weiteren Mehreinnahmen i.H.v. einer Mio. Euro und weiteren Mehrausgaben vom im Saldo von 0,2 Mio. Euro aus. Die Differenz von 0,9 Mio. Euro dient zum Ausgleich von Mehrausgaben an anderer Stellen u.a. im Produktplan (siehe unten).				
Ziel bei der Gesamtjahresbetrachtung ist es u.a., Mehrbelastungen in erster Linie ohne Zugriff auf den Gesamthaushalt auszugleichen. Dieses bedeutet konkret, dass die vorhandenen Mehreinnahmen vorrangig vor der bestehenden Risikovorsorge herangezogen werden müssen. Die hier vorliegende Schätzung geht bei günstiger Entwicklung davon aus, dass die Mehrausgaben im Rahmen der Mehreinnahmen gedeckt werden können und so auch 2013 ein bisher ungedeckter Mehrbedarf für den Gesamthaushalt vermieden werden kann. Die bisherige Gesamtplanung des Senats geht allerdings davon aus, dass die Mehreinnahmen aus der Grundsicherung der allgemeinen Risikovorsorge zuzuführen sind. Insofern ist der hier angedachte Lösungsvorschlag noch zu prüfen und durch Beschlüsse des Senats und des Haushalts- und Finanzausschusses abzusichern.				
Insgesamt gesehen ist die Hochschätzung noch in hohem Maße risikobehaftet und muss unter Beobachtung des weiteren Zahlungsverlaufes ggf. angepasst werden. Abweichungen von +/- 1% sind immer möglich.				
Neuregelung Bundesanteil KdU für Bildung und Teilhabe:				
Gem. den gesetzlichen Regelungen nach dem SGB II setzt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) den für 2013 geltenden Beteiligungssatz per Rechtsverordnung fest. Bisher beträgt er 5,4%. Nach der nun geltenden Verordnung steigt er auf 5,9%. Das BMAS hat bei der Festsetzung die regionalen Verhältnisse berücksichtigt, so dass sich in ganz Deutschland unterschiedliche Beteiligungssätze ergeben werden. Das Verfahren findet auch im Land Bremen Anwendung, sodass sich für beiden Stadtgemeinden unterschiedliche Sätze ergeben. Die finanziellen Auswirkungen (eine Mio. Euro Mehreinnahmen im Land im Saldo und entsprechende Weiterleitungen) sind nun in der Schätzung enthalten.				
Außerhalb Sozialleistungen:				
Konsumtive Einnahmen:				
Im Berichtszeitraum ist es zu einer Überschreitung des Planwertes in Höhe von rd. 1,2 Mio. Euro gekommen, die zum Einen auf eine nicht veranschlagte Erstattung im Bereich Jobcenter und zum Anderen auf verschiedene Einnahmen aus Erstattungen bzw. Rückzahlungen, deren zeitlicher Eingang nicht definitiv planbar ist, zurückzuführen ist. Mehreinnahmen werden zum Ausgleich von Ausgaben				

Produktplan: 41		Controlling 01-08/13	
Jugend und Soziales		21.10.2013	
Verantwortlich:	Sen. Stahmann	Version: 88	Seite 3
<p>herangezogen.</p> <p>Konsumtive Ausgaben:</p> <p>Im Berichtszeitraum kommt es bei den konsumtiven Ausgaben zu einer Überschreitung des Planwertes in Höhe von rd. 11,0 Mio. Euro. Dies ist neben unterschiedlichen Zahlungsterminen bei verschiedenen Zuwendungen und Erstattungen u.a. der Tarifsteigerung in der Kindertagesbetreuung geschuldet, da die hierfür benötigten Mittel nicht in den Anschlägen enthalten sind (4,8 Mio. Euro), die der Planwertbildung zugrunde lagen. Hinzu kommen noch fehlende Umbuchungen für das kostenlose Mittagessen (rd. mind. 3,8 Mio. Euro). Die hierfür aus der Produktgruppe 41.01.02 geleisteten Zahlungen müssen noch dem Bildungs- und Teilhabepaket zugeordnet werden. Dieses geschieht - wie in den Vorjahren - im Dezember.</p> <p>Die Planwertüberschreitung hat keine präjudizierende Wirkung auf das Jahresende, d.h. ein Ausgleich erfolgt im weiteren Jahresverlauf bis einschl. Dezember.</p> <p>Aufhebung einer Sperre in den konsumtiven Ausgaben:</p> <p>Im Haushaltsplan ist im Kapitel 3432 (Kindertagesbetreuung) noch ein Betrag von 1,25 Mio. Euro gesperrt. Die Mittel sind Bestandteil der Bedarfsplanung der Kindertagesbetreuung und werden zur Darstellung der u3-Versorgung benötigt. Eine Aufhebung der Sperre ist beantragt.</p> <p>Mehrbedarfe in den konsumtiven Ausgaben:</p> <p>41.05.04: Mit Beschluss des Senats vom 14. Februar 2012 wurde dem Ressort für den gesetzlich geregelten kommunalen Finanzierungsanteil der gemeinsamen Einrichtung "Jobcenter" ein Mehrbedarf in Höhe von damals 6 Mio. Euro anerkannt. 2012 wurde ein Mehrbedarf von 0,6 Mio. Euro aus der bestehenden Risikovorsorge gedeckt. Nach der aktuellen Einschätzung besteht 2013 ein Mehrbedarf für die gesetzliche Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II in Höhe von ca. 0,8 Mio. Euro. Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Jobcenters ist regelmäßig Thema der Trägerversammlung. Es besteht die Möglichkeit, eine Deckungsmöglichkeit durch Mehreinnahmen im Produktplan zu realisieren: Im Rahmen der Erhöhung des Bundesanteils KdU werden rd. 0,8 Mio. Euro nicht benötigt, die für diese gesetzliche geregelte Ausgabeverpflichtung herangezogen werden könnten. Ein produktplaninterner Ausgleich wäre somit gewährleistet.</p> <p>41.01.02: Ggü. den Budgets 2013 bestehen folgende bereits bekannte Mehrbedarfe, die aus bereits beschlossenen Ausbausritten u3 (Senat 27.11.2012) und in Teilen analog des Mehrbedarfs aus 2012 (ausbleibende Synergieeffekte Hortbetreuung i.H.v ursprünglich 1,7 Mio. Euro) resultieren. Bereits 2012 waren hier Mittel nachbewilligt worden. Der Mehrbedarf beträgt rd. 3,5 Mio. Euro und setzt sich wie folgt zusammen:</p> <p>Beschlossener Ausbau u3 (Senat 27.11.2012): 2,3 Mio. Euro Weiterzuleitende Bundesmittel an Bremerhaven: 0,04 Mio. Euro Restbetrag ausgebliebener Synergieeffekte: 1,2 Mio. Euro</p> <p>Flüchtlingsbetreuung:</p> <p>Über die Versorgung der Menschen in der Produktgruppe 41.03.01, Asyl, hinaus, soll durch entsprechende Sofortmaßnahmen die Integration der Flüchtlinge verbessert werden. Dafür sollen den beteiligten Ressorts rd. 0,1 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden; 0,035 Mio. Euro entfallen auf den Produktplan 41. Eine Deckung steht im Bereich der Sozialleistungen aus Mehreinnahmen bereit.</p> <p>Investitionen (Einnahmen und Ausgaben):</p> <p>Es liegen aktuell periodische Schwankungen im Mittelabfluss vor. Insbesondere bei den Bundesmitteln für den u3-Ausbau entsprechen die Zahlungstermine oft nicht den Planungen. Auch sind die 2013 vereinnahmten KizuföG-Bundesmittel nicht veranschlagt gewesen. Die Abweichungen ggü. den Planwerten entstehen i. W. daraus.</p> <p>Im Bereich der Investitionen werden zum Jahresende Mehrausgaben von rd. 3,9 Mio. Euro erwartet, die dem u3-Ausbau dienen und gem. Beschlusslage (27.11.2012) zentral gedeckt werden sollen. Das Ressort berichtet dazu periodisch dem Haushalts- und Finanzausschuss. Aktuell wird die tatsächliche Inanspruchnahme detailliert anhand der einzelnen Maßnahmen geprüft. In der 40. KW wird das Ergebnis mit der Senatorin für Finanzen erörtert werden.</p> <p>Im Zuge der steigenden Zugangszahlen Asyl müssen zukünftige geeignete Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden. Das Ressort berichtet dazu laufend den Gremien. Z.Zt. wird mit 3,5 Mio. Euro an Mehrausgaben gerechnet, über deren haushaltmäßige Deckung noch seitens der Senatorin für Finanzen zu entscheiden sein wird.</p> <p>Im Bereich der sonstigen Investitionen wird mit Minderausgaben von 0,4 Mio. Euro im Bereich der Investitionskostenzuschüsse Pflege gerechnet. Diese Mittel können rein budgetseitig einer anderen Verwendung zugeführt werden.</p>			

Produktplan: Jugend und Soziales	41	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Sen. Stahmann	Version: 88	Seite 4
<p>Personaldaten:</p> <p>Die Ist-Planwert-Abweichung für die Zeit von Januar bis August 2013 ist darauf zurückzuführen, dass zwar die Ausgaben für refinanziertes Personal ab Januar des Jahres fällig werden, die Einnahmen jedoch erst später verzeichnet werden können. Der Planwert August ist deshalb zu niedrig. Da die Abweichungen sich im Jahresverlauf entsprechend reduzieren werden, wurden in der Jahresplanung 2013 das voraussichtliche Soll und das voraussichtliche Ist für refinanziertes Personal an die tatsächlich erwarteten Einnahmen und Ausgaben angepasst.</p> <p>Das Budget und die Zielzahlen des Produktplans 41 -Jugend und Soziales- werden zum Jahresende voraussichtlich um 142 Tsd. Euro unterschritten werden. Für 2013 zu leistende Altersteilzeitrückstellungen wurden hierbei berücksichtigt. Bei dieser Prognose geht das Ressort davon aus, dass die Kosten der Tariferhöhungen aus zentralen Mitteln vollständig kompensiert werden.</p> <p>Verrechnungen und Erstattungen:</p> <p>Die Planwertabweichung bei den Einnahmen aus V+E resultiert weitestgehend aus nicht veranschlagten WIN-Mitteln sowie ähnlichen Fallkonstellationen und wird entsprechend wieder verausgabt.</p> <p>Formale Feststellungen:</p> <p>Der vorgegebene Finanzierungssaldo wird sich vorauss. um 17,8 Mio. Euro verschlechtern. Dieser Verschlechterung stehen saldierte Nachbewilligungen u.a. von SUBV und SF in Höhe von 6,3 Mio. Euro gegenüber, die liquiditätsmäßig hinterlegt sind. Es verbleibt somit eine Liquiditätsüberschreitung in Höhe von rd. 11,5 Mio. Euro und setzt sich i. W. aus den Mehrbedarfen Kindertagesbetreuung und Asyl sowie der Verausgabung von V+E-Mitteln zusammen</p> <p>Der Verlustvortrag aus Vorjahren der Sozialleistungen kann nach aktuellem Kenntnisstand 2013 nicht reduziert werden.</p> <p>Bezogen auf das Gesamtjahr wird aktuell nicht mit investiven Minderausgaben größer als 1 Mio. Euro gerechnet.</p> <p>Für den PPL 41 wurde eine interne Haushaltssperre erlassen.</p> <p>Die Gesamtlage entspricht im Wesentlichen dem Controlling 1-6/2013. Die Fachdeputation wurde befasst.</p> <p>Gesamtbetrachtung:</p> <p>Für den größten Ressortbereich der Sozialleistungen besteht definitiv ein Risiko, dass nicht im Rahmen des Anschlags - aber möglicherweise im Rahmen von Mehreinnahmen - gedeckt werden kann. Insofern kann an dieser Stelle ein Rückgriff auf die bestehende Risikovorsorge vermieden werden.</p> <p>Für die übrigen Bereiche entstehen Mehrbedarfe die nicht innerhalb des Produktplans 41 darstellbar sind (Kindertagesbetreuung und Asyl-Investitionen). Weitere Mehrbedarfe können im Rahmen des Produktplans gedeckt werden.</p> <p>Im Personalbereich entstehen keine Mehrbedarfe.</p>			

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 51 Gesundheit

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorlST enthalten):

Mindereinnahmen LMTVet	0,5
Personalmehrausgaben	0,5
kons. Minderausgaben (Reste)	-0,1
erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	0,9

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Mindereinnahmen LMTVet	0,5
Personalmehrausgaben	0,6
erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	1,1

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung			0,0
Budget (Personalausgaben) insges.			0,0

Kurze (stichwortartige) Begründung:

Das Ressort gibt an, dass trotz einer leichten Verbesserung der Einnahmeerwartung zum Jahresende Mindereinnahmen i.H.v. ca. 0,5 Mio. € überwiegend beim LMTVet verbleiben. Zur Deckung dieser Mindereinnahmen sollen konsumtive Minderausgaben i.H.v. 0,1 Mio. € aus nicht mit Liquidität hinterlegten konsumtiven Resten herangezogen werden. Zudem werden Personalmehrausgaben bedingt durch die Ressortneubildung i.H.v. ca 0,55 Mio. € erwartet. Der produktplanbezogene zulässige Finanzierungssaldo verschlechtert sich - unter Berücksichtigung der bereits erfolgten produktplanübergreifenden Verlagerungen sowie noch zu verlagernden Mitteln aus den Tarif- und Besoldungsanpassungen - um ca. 1,1 Mio. €.

Personal:

Das Ressort gibt voraussichtliche Mehrausgaben zum Jahresende in Höhe von rd. 176 Tsd. € an. Im Personalbudget sind die Mittel für die Einrichtung des neuen / eigenständigen Ressorts Gesundheit noch nicht enthalten.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Es ist beabsichtigt zum Controlling 3. Quartal 2013 ein mit der Senatorin für Finanzen abgestimmtes Lösungskonzept zur Finanzierung der Mehrausgaben vorzulegen.

Produktplan: Gesundheit	51	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Dr. Schulte-Sasse	Version: 88	Seite 1

Einhaltung Finanzdaten:



Einhaltung Personaldaten:



Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschatz	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	7.760	7.921	-161	-2,0	10.752	12.402	11.902	-500	12.441
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	120	0	120	0,0	120	337	337	0	0
Gesamteinnahmen	7.880	7.921	-41	-0,5	10.872	12.739	12.239	-500	12.441
Personalausgaben	14.206	12.995	1.211	9,3	20.252	22.350	22.526	176	21.322
konsumtive Ausgaben	9.346	8.901	445	5,0	13.712	14.011	13.899	-112	13.205
Zinsausgaben	169	225	-56	-24,8	169	262	169	-93	225
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	5.526	21.886	-16.360	-74,8	27.229	27.230	27.225	-5	27.123
relevante Verrech./Erstatt.	8	8	0	3,6	17	17	17	0	15
Gesamtausgaben	29.256	44.015	-14.759	-33,5	61.380	63.870	63.836	-34	61.889
Saldo	-21.376	-36.094	14.718	-40,8	-50.508	-51.131	-51.597	-466	-49.448

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2013	2014	2015	2016	2017ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	0	0	0	0
- investiv	0	737	737	737	7.174
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	158	147	135	693

Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
Tsd. EUR	
660	0

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	1.313	1.306	7	10.474	10.505	-31	16.282	16.304	-22
Personalverstärkung	30	28	2	244	227	17	389	361	28
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	1.343	1.334	9	10.718	10.732	-14	16.671	16.665	6
Refinanzierte	246	151	95	2.021	1.204	817	3.223	1.909	1.314
Nebentitel	205	137	68	1.468	1.059	409	2.169	1.678	491
Insgesamt	1.794	1.622	172	14.207	12.995	1.212	22.063	20.252	1.811
- dar.: Beihilfe/Nachvers	21	15	6	113	120	-7	237	180	57
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	269,6	274,7	-5,1	267,5	276,3	-8,8	268,2	275,4	-7,2
Personalverstärkung	7,8	8,3	-0,5	8,1	8,3	-0,2	8,0	8,3	-0,3
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	277,4	283,0	-5,6	275,6	284,6	-9,0	276,2	283,7	-7,5
Refinanzierte	60,9	-	-	58,9	-	-	59,6	-	-
Abwesende	17,7	-	-	18,3	-	-	18,1	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,7	22,5	6,8
Beschäftigte über 55 Jahre	28,5	17,5	29,2
Frauenquote	63,3	50,0	61,8
Teilzeitquote	41,7	35,0	43,1
Schwerbehindertenquote	8,3	6,0	10,8

Produktplan: Gesundheit	51	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Dr. Schulte-Sasse	Version: 88	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
<p>Kamerale Finanzdaten: Im Saldo ergibt sich eine positive Planwertabweichung von 14.718 Tsd. Euro, die überwiegend auf investive Minderausgaben zurückzuführen ist. Zum Jahresende wird ein Defizit von 466 Tsd. Euro erwartet. Das Defizit resultiert hauptsächlich aus Mindereinnahmen, die überwiegend beim LMTVet entstehen. Über eine aktualisierte Abfrage zu der Einnahmeerwartung 2013 bei den Ämtern wurde eine leichte Verbesserung -insbesondere bei der Gewerbeaufsicht- prognostiziert. Im Ergebnis konnten die bisher prognostizierten Mindereinnahmen von 693 Tsd. Euro auf 500 Tsd. Euro reduziert werden. Nach Ausgleich mit den 112 Tsd. Euro Minderausgaben verbleibt aktuell noch ein konsumtives Budgetrisiko von 388 Tsd. Euro. Des Weiteren sind u.a. durch die Ressortneubildung Personalmehrausgaben entstanden. Die Personalmehrausgaben betragen 176 Tsd. Euro.</p> <p>Ein vollständiger Ausgleich dieser in 2013 angefallenen Budgetüberschreitungen kann innerhalb des PPL 51 nicht erfolgen. Ab 2014 werden zusätzliche Mittel für Personalkosten und konsumtive Ausgaben im Rahmen der Ressortneubildung zur Verfügung gestellt.</p> <p>Konsumtive Einnahmen: Die IST Einnahmen betragen per 31.08.2013 7.760 Tsd. Euro. Im Berichtszeitraum wird der Planwert um 161 Tsd. Euro unterschritten. Die IST Einnahmen betragen per 31.08.2012 8.681 T Euro. Die Mindereinnahmen sind überwiegend beim LMTVet entstanden, bedingt durch eine rückläufige Entwicklung der Einfuhren an den Grenzkontrollstellen. Zum Jahresende werden somit voraussichtliche Mindereinnahmen in Höhe von -500 Tsd. Euro erwartet.</p> <p>Konsumtive Ausgaben: Im Berichtszeitraum wird der Planwert um 445 Tsd. Euro überschritten. Die Mehrausgaben sind überwiegend im PB 51.90 -Sonstiges Gesundheit- entstanden. Es handelt sich hier um die Sachausgaben der senatorischen Dienststelle, die im Planwert nicht enthalten sind. Die Mittel wurden per Nachbewilligung von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft verlagert. Die IST- Ausgaben betragen per 31.08.2013 9.346 Tsd. Euro. Zum Jahresende werden Minderausgaben in Höhe von ca. 112 Tsd. Euro erwartet. Es handelt sich hier um Haushaltsreste. Die Minderausgaben werden zur Deckung der Mindereinnahmen benötigt.</p> <p>Investitionen: Im Berichtszeitraum wird der Planwert um 16.360 Tsd. Euro unterschritten. Die IST-Ausgaben betragen per 31.07.2013 5.526 Tsd. Euro. Die Minderausgaben sind überwiegend im PB 51.03 entstanden -Sicherstellung der Krankenhausversorgung- (16.374 Tsd. Euro). Die Zahlungen der KHG-Förderung werden -außer der Förderung von Mieten- über Pauschalen, wobei die Fördermittel für kurzfristige Anlagegüter in der Regel vierteljährlich und die Baupauschalen für die mittel- und langfristigen Anlagegüter- einmal jährlich an die Krankenhäuser im Land Bremen überwiesen. Die Deputation für Gesundheit hat auf ihrer Sitzung am 17. September 2013 das Bauprogramm für die Krankenhäuser im Lande Bremen beschlossen, somit können die Gelder entsprechend bis Jahresende vollständig abfließen.</p> <p>Personalausgaben: Bei den Personalausgaben besteht ein Risiko von rd. 176 T. Euro, das im Wesentlichen auf die Einrichtung des neuen Ressorts zurückzuführen ist. Durch die Gründung des neuen Ressorts entstehen im Haushaltsjahr 2013 Personalmehrausgaben von rd. 550 T. Euro, die nicht im Personalbudget eingestellt worden sind. Diese Mehrausgaben können durch Zielzahlunterschreitungen in anderen Produktgruppen größtenteils kompensiert werden.</p> <p>Es ist beabsichtigt, gemeinsam mit der Senatorin für Finanzen zum Controlling des 3. Quartals 2013 ein abgestimmtes Lösungskonzept zur Finanzierung der verbleibenden Mehrausgaben vorzulegen.</p> <p>Einhaltung des Finanzierungssaldos: Das Haushaltssoll des Ressorts hat sich durch Nachbewilligungen aufgrund der Ressortneubildung erhöht.</p> <p>Unter Berücksichtigung der Einschätzung zum voraussichtlichen IST wird sich der produktplanbezogene Finanzierungssaldo in Höhe von -50.414 T. Euro um 1.578 auf -51.992 T. Euro verschlechtern. Ursache des Defizits ist die im Text beschriebene Einnahmesituation des LMTVet, sowie die Personalmehrausgaben im PPL 51.</p>			

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im VorlST enthalten):

erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	0,0

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Mindereinnahmen	4,9
Personalmehrausgaben	3,8
erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	8,7

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung			0,0
Budget (Personalausgaben) insges.			0,0

Kurze (stichwortartige) Begründung:

Nach derzeitigem Stand wird das Jahresergebnis um rd. 11,5 Mio. € unterschritten. Dies resultiert aus dem Saldo von Minderausgaben bei den Werberechten in Höhe von 3,1 Mio. €, Personalmehrausgaben in Höhe von rd. 0,5 Mio. € sowie Minderausgaben bei den konsumtiven Ausgaben in Höhe von rd. 2,1 Mio. € und den Investitionen in Höhe von rd. 12,8 Mio. €.

Die bei den konsumtiven Einnahmen zum Berichtszeitraum August ausgewiesenen Mehreinnahmen von rd. 0,9 Mio. € wegen positiver Baukonjunktur wurden nicht im VorlST per Jahresabschluss eingerechnet. SUBV sieht nach ergänzender Mitteilung die weitere Entwicklung als noch nicht gesichert an.

Der Finanzierungssaldo wird nach aktuellem Stand insgesamt um rd. 8,7 Mio. € überschritten. Das Ressort wurde gebeten, hierzu eine konkrete Darstellung der zugrundeliegenden Faktoren aufzugeben.

Unter Berücksichtigung der vollständigen Abschöpfung der Fluktuation, noch zu zahlender Altersteilzeitrückstellungen und einer noch zu erfolgenden Nachbewilligung zur Tarifkompensation werden Personalmehrausgaben in Höhe von rd. 0,5 Mio. € erwartet.

Die Mehrausgaben beim refinanzierten Personal sollten sich im Laufe des Jahres durch Einnahmeverfügungsmittel ausgleichen.

Das Ressort wird versuchen das Defizit produktplanintern auszugleichen.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Nach Verabredung mit Vertretern des SUBV wurde vereinbart :

- Mindereinnahmen Werberechte (3,1 Mio. €) werden als Verlust vorgetragen bis zur endgültigen Gerichtsentscheidung in dem Verfahren.
- Mehrkosten Friedhofsrahmenanlagen (rd. 0,8 Mio. €): Deckung durch Minderausgaben Wohngeld;
- wegen HV bei Wohngeld-Hst., dass die Mittel nicht für Einsparungen an anderer Stellen herangezogen werden dürfen, ist hierfür allerdings vorab Gremienzustimmung erforderlich. SF müsste positives Votum abgeben.

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr	Controlling 01-08/13 21.10.2013
Verantwortlich: Senator Dr. Lohse	Version: 88 Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:
	
Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013					Jahresplanung 2013			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	25.392	24.475	917	3,8	31.906	36.495	33.481	-3.014	39.103
investive Einnahmen	25.708	17.096	8.612	50,4	25.703	35.419	35.419	0	34.666
relevante Verrech./Erstatt.	173	0	173	0,0	3.241	3.156	3.156	0	3.068
Gesamteinnahmen	51.272	41.571	9.701	23,3	60.850	75.070	72.056	-3.014	76.837
Personalausgaben	32.200	29.571	2.629	8,9	45.913	50.574	51.075	501	46.164
konsumtive Ausgaben	66.919	70.445	-3.526	-5,0	112.799	113.083	110.901	-2.182	151.591
Zinsausgaben	1.633	1.637	-4	-0,2	1.633	1.633	1.633	0	2.057
Tilgungsausgaben	5.481	5.000	481	9,6	5.481	5.481	5.481	0	5.000
investive Ausgaben	26.573	33.404	-6.831	-20,5	96.991	106.095	93.270	-12.825	106.449
relevante Verrech./Erstatt.	56.821	44.017	12.804	29,1	56.864	57.744	57.751	7	32
Gesamtausgaben	189.627	184.074	5.553	3,0	319.682	334.610	320.111	-14.499	311.294
Saldo	-138.355	-142.503	4.148	-2,9	-258.832	-259.540	-248.055	11.485	-234.457

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	23.159	10.670	10.373	10.468	123.930	1.461	4.489
- investiv	41.167	46.138	38.233	32.971	145.320		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	3.371	3.311	60	27.033	26.666	367	41.961	41.520	441
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	3.371	3.311	60	27.033	26.666	367	41.961	41.520	441
Refinanzierte	581	269	312	4.716	2.148	2.568	7.370	3.397	3.973
Nebentitel	45	87	-42	451	757	-306	820	996	-176
Insgesamt	3.997	3.667	330	32.200	29.571	2.629	50.151	45.913	4.238
- dar.: Beihilfe/Nachvers	31	76	-45	405	668	-263	721	844	-123
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	717,3	717,7	-0,4	713,7	722,0	-8,3	714,9	719,5	-4,6
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	717,3	717,7	-0,4	713,7	722,0	-8,3	714,9	719,5	-4,6
Refinanzierte	116,3	-	-	116,3	-	-	116,3	-	-
Abwesende	39,5	-	-	38,8	-	-	39,0	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,5	22,5	5,2
Beschäftigte über 55 Jahre	28,8	17,5	29,4
Frauenquote	45,1	50,0	44,4
Teilzeitquote	24,7	35,0	25,9
Schwerbehindertenquote	9,0	6,0	9,3

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich: Senator Dr. Lohse	Version: 88	Seite 2
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>Konsumtive Einnahmen: Im unterjährigen Ist - Planwertvergleich werden die konsumtiven Einnahmen um rd. TEUR 916 überschritten, was sich vor allem aus dem Produktbereich Bau und Stadtentwicklung ergibt, der derzeit von der positiven Baukonjunktur profitiert. Im Jahresergebnis wird mit einer Mindereinnahme von rd. EUR 3,1 Mio. bei den Werberechtekonzessionen gerechnet. Mit der SF wurde erörtert, dass die Mindereinnahmen bei den Werberechten (vermindert um evtl. im Jahresabschluss 2013 entstandene Mehreinnahmen in anderen Bereichen) als Verlustvortrag auf 2014 übertragen werden sollen. Dieser Verlustvortrag soll in 2014 durch die Mehreinnahme einer erfolgreichen Klage ausgeglichen werden.</p> <p>Investive Einnahmen: Unterjährig werden die investiven Einnahmen um rd. EUR 8,6 Mio. überschritten. Diese zeitliche Verschiebung ohne Auswirkung auf das Jahresergebnis ist bei den Bundesmitteln nach dem BremÖPNVG und bei Bundesmitteln für den Generalplan Küstenschutz entstanden.</p> <p>Personalausgaben: Die Personalausgaben werden unterjährig um rd. EUR 2,6 Mio. überschritten. Die Überschreitung ergibt sich überwiegend durch in den Sollzahlen noch nicht berücksichtigte Mittel für die Tarifierhöhung und für refinanziertes Personal. Mit einem Beschäftigungsvolumen von 717 liegt die Personalstärke des Produktplans im Plan. Der Umweltbereich ist strukturell defizitär. In der Jahresplanung wird derzeit noch wie im Vorjahr eine Überschreitung um TEUR 500 aufgrund von Altersteilzeitausgaben prognostiziert. Die weitere Entwicklung bleibt zu beobachten. Es wird versucht, entstehende Mehrausgaben innerhalb des Ressorthaushaltes zu decken.</p> <p>Konsumtive Ausgaben: Die unterjährige Unterschreitung von rd. EUR 3,5 ergibt sich im Wesentlichen aus im Zeitablauf verschobenen Erstattungen für Fahrgeldausfälle Schwerbehinderte und geringere Ausgaben für Wohngeld. Die Jahresplanung zeigt hier saldiert Minderausgaben von rd. EUR 2,2 Mio., da insbesondere die Ausgaben für Wohngeld nach neuesten Prognosen voraussichtlich um EUR 2,4 Mio. unter dem Haushaltssoll liegen werden. Gegenläufig besteht definierter Mehrbedarf in Höhe von insg. EUR 0,8 Mio. bei der Zuweisung für den Umweltbetrieb Bremen. Eine in den Haushalten 2012/2013 unterstellte Veränderung der Kostenteilung beim Rahmengrün Friedhöfe zu Lasten des Gebührenbereichs konnte aus gebührenrechtlichen Gründen nicht umgesetzt werden. Die bei der Haushaltszuweisung für UBB entstandene Deckungslücke von insg. TEUR 800 muss aus dem Haushalt ausgeglichen werden. Zur Deckung sollen Restmittel beim Wohngeld genutzt werden. Dazu muss der dortige Haushaltsvermerk aufgehoben werden, der besagt, dass die Mittel nicht zu Einsparungen an anderer Stelle herangezogen werden dürfen. Eine entsprechende Befassung der Deputation und des Haushalts- und Finanzausschusses befindet sich in Vorbereitung. Zudem prognostiziert UBB im II. Quartalsbericht 2013 ein Defizit im Grünbereich in Höhe v. TEUR 280, da beim Planungsbereich ein Rückgang der Umsatzerlöse von Dritten zu verzeichnen ist. Die weitere Entwicklung bleibt zu beobachten.</p> <p>Zins-/ Tilgungsausgaben: Die Zins- und Tilgungsausgaben sind zum Jahresende ausgeglichen.</p> <p>Investive Ausgaben: Unterjährig werden die investiven Ausgaben um rd. EUR 6,8 Mio. unterschritten. Diese Unterschreitung betrifft unter anderem die Zuweisung an das SV Infra (GPK), die A281, die Planungskosten Cherburger Straße und das Sanierungsgebiet Huckelriede sowie WiN/Soziale Stadt, die investiv veranschlagt, aber konsumtiv verausgabt werden. In der Jahresplanung wird nach derzeitigem Kenntnisstand das HH-Soll um rd. EUR 12,8 Mio. unterschritten, da übertragene Reste in den Bereichen Stadtumbau/ Städtebauförderung und Soziale Stadt zum Großteil nicht in Anspruch genommen werden und sich in der Produktgruppe des BBN der Umbau des Bremer-Woll-Kämmerei-Geländes im Zusammenhang mit der Küstenschutzmaßnahme auf 2015 verzögert. Im Umweltbereich werden Reste für EFRE Infrastrukturmaßnahmen nur zum Teil in Anspruch genommen. Im Verkehrsbereich wird pauschal von EUR 2 Mio. Ausgaberesten ausgegangen.</p> <p>Relevante Verrechnungen / Erstattungen Ausgaben: Die Ausgaben für Verrechnungen / Erstattungen liegen unterjährig rd. EUR 12,8 Mio. über dem Planwert, was sich größtenteils durch gegenüber dem Planwert vorgezogene Verrechnung von Mitteln für den Verlustausgleich BSAG an die Senatorin für Finanzen begründet. Zudem werden Zahlungen für das Programm Soziale Stadt, Städtebauförderungsmaßnahmen und WiN an andere Ressorts als Verrechnung verausgabt, sind aber investiv veranschlagt.</p> <p>Fazit: Das Ist liegt nach Abschluss der ersten 8 Monate 2013 um rd. EUR 4 Mio. besser als der Plan, da der Saldo Ist rd. EUR -138 Mio. beträgt und der Saldo Plan rd. EUR -142 Mio.. Das Jahresergebnis zeigt in der Prognose Mindereinnahmen von rd. EUR 3 Mio. und Minderausgaben von rd. EUR 14,5 Mio., die sich insbesondere durch investive Reste ergeben.</p> <p>Finanzierungssaldo: Nach aktueller Prognose wird der Finanzierungssaldo zum Jahresende um rd. EUR 8,7 Mio. überschritten.</p>		

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich: Senator Dr. Lohse	Version: 88	Seite 3
<p>Die Überschreitung ergibt sich i.W. aus Personalausgaben (refinanziertes Personal und Kosten Altersteilzeit), konsumtiven Mindereinnahmen (EUR 3,1 Mio. Werberechtskonzessionen) und Einnahmeverfügungsmitteln (Abwasserabgabe und Wasserentnahmegebühr EUR 2,7 Mio.). Hier ist eine genaue Steuerung im zweiten Halbjahr erforderlich.</p>		

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 71 Wirtschaft

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorIST enthalten):

Mindereinnahmen von der EU	15,1
erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	15,1

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Personalmehrausgaben	1,4
erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	1,4

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung	5,1	6,1	1,0
Budget (Personalausgaben) insges.	6,4	7,8	1,4

Kurze (stichwortartige) Begründung:

Zu A.

Die EU-Kommission hat aufgrund eines Zahlungsstopps insgesamt erwartete 15 Mio. € nicht gezahlt. Das Ressort geht jedoch davon aus, dass die Zahlung spätestens im Jahr 2014 nachgeholt wird. Das sich daraus ergebende Defizit für das Haushaltsjahr 2013 soll im Ressort und den Sondervermögen ausgeglichen werden. Dazu wird der SWAH im November einen Sonderbericht vorlegen.

Zu B.

Vorgesehene Stelleneinsparungen ließen sich nicht realisieren. Das Ressort beabsichtigt die Mehrausgaben über inv. Minderausgaben auszugleichen. Dazu bedarf es jedoch noch der Beschlüsse der Haushalts- und Finanzausschüsse. Im Kernbereich werden unter der Berücksichtigung der vollständigen Abschöpfung der Fluktuation, noch zu zahlender Altersteilzeitrückstellungen und einer noch zu erfolgenden Nachbewilligung zur Tarifkompensation Mehrausgaben in Höhe von rd. 1,0 Mio. € entstehen.

Das Defizit bei den refinanziert Beschäftigten sollte durch noch zu generierende Einnahmeverfügungsmittel bis zum Jahresende ausgeglichen werden.

Ursächlich für die Mehrausgaben ist eine deutliche Überschreitung der jahresdurchschnittlichen Beschäftigungszielzahl um rd. 13 VZE.

Das Ressort beabsichtigt zur Deckung des Defizits Minderausgaben aus dem Investitionshaushalt heranzuziehen, ein Beschluss hierzu wird bis zum Jahresende herbeigeführt.

Aus Sicht des zentralen Controllings ist es notwendig, die zukünftige Personalplanung entsprechend des Personalkonzeptes restriktiv umzusetzen.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Umsetzung des Personalkonzeptes vorantreiben.

Produktplan: Wirtschaft	71	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 88	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	867	553	314	56,7	3.535	4.065	1.893	-2.172	3.495
investive Einnahmen	4.991	5.325	-334	-6,3	18.597	20.435	7.508	-12.927	20.806
relevante Verrech./Erstatt.	203	0	203	0,0	60	203	203	0	0
Gesamteinnahmen	6.061	5.878	183	3,1	22.192	24.703	9.604	-15.099	24.301
Personalausgaben	4.909	3.934	975	24,8	5.964	6.384	7.785	1.401	5.634
konsumtive Ausgaben	17.614	17.700	-86	-0,5	31.091	30.471	29.740	-731	30.388
Zinsausgaben	499	1.100	-601	-54,7	1.663	1.663	1.663	0	1.663
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	28.586	38.355	-9.769	-25,5	100.297	98.649	83.712	-14.937	85.430
relevante Verrech./Erstatt.	25	0	25	0,0	31	530	530	0	0
Gesamtausgaben	51.634	61.089	-9.455	-15,5	139.047	137.697	123.430	-14.267	123.115
Saldo	-45.573	-55.211	9.638	-17,5	-116.855	-112.994	-113.826	-832	-98.815

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	12.225	8.595	2.422	1.034	2.075	668	12.246
- investiv	40.699	43.732	25.765	10.123	28.215		
- Zins-/Tilgungsausgaben	13	1.226	705	556	827		

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	492	412	80	4.006	3.325	681	6.120	5.099	1.021
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	492	412	80	4.006	3.325	681	6.120	5.099	1.021
Refinanzierte	98	58	40	810	463	347	1.222	711	511
Nebentitel	8	2	6	93	146	-53	103	155	-52
Insgesamt	598	472	126	4.909	3.934	975	7.445	5.965	1.480
- dar.: Beihilfe/Nachvers	7	1	6	83	132	-49	88	136	-48
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	100,5	86,7	13,8	100,3	87,3	13,0	100,3	87,0	13,3
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	100,5	86,7	13,8	100,3	87,3	13,0	100,3	87,0	13,3
Refinanzierte	20,0	-	-	20,0	-	-	20,0	-	-
Abwesende	6,4	-	-	7,0	-	-	6,8	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	2,8	22,5	6,3
Beschäftigte über 55 Jahre	26,8	17,5	25,7
Frauenquote	54,9	50,0	54,9
Teilzeitquote	29,6	35,0	29,9
Schwerbehindertenquote	6,6	6,0	9,2

Produktplan: Wirtschaft	71	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 88	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Ist-Planabweichungen:			
<p>Die für den Berichtszeitraum ausgewiesenen Ist-Planwertabweichungen ergeben sich aus unterjährigen Veränderungen gegenüber den Anschlägen (die Planwerte werden nur aus den Anschlägen entwickelt und berücksichtigen solche Veränderungen nicht). Die nachstehenden Erläuterungen beziehen sich jeweils auf die Jahresplanung.</p>			
Konsumtive und investive Einnahmen:			
<p>Neben den Einnahmen zum EU-Programm EFRE für den Bereich Wirtschaft wurden auch die Einnahmen für andere Ressorts nach Vorgabe der EU zentral im Bereich 71.01 veranschlagt. Entstehende Mehr- oder Mindereinnahmen bei dem EU-Programm werden im Haushalt des Bereiches Wirtschaft bzw. den Haushalten der anderen Ressorts im Rahmen des Jahresabschlusses als Rücklage oder Verlustvortrag gebucht.</p> <p>Die EU-Kommission hat aufgrund von Mängeln im Verwaltungs- und Kontrollsystem des EFRE-Programms im Land Bremen eine Zahlungsunterbrechung ausgesprochen. Als Folge sind die vorgesehenen Einnahmen i.H.v. 15,274 Mio. Euro noch nicht realisiert. Ein bereits im Dezember 2012 gestellter Zahlungsantrag i.H.v. 13,3 Mio. Euro wurde von der EU-Kommission vor diesem Hintergrund noch nicht ausgezahlt. Die erforderlichen Maßnahmen für die Aufhebung der Zahlungsunterbrechung sind bereits eingeleitet worden. Daher sind für das Gesamtprogramm keine Auswirkungen zu erwarten, und letztlich werden die eingeplanten EU-Einnahmen vollständig erzielt werden können. Sollte sich die positive Entscheidung der EU-Kommission jedoch verspäten, werden die geplanten EU-Einnahmen erst im nächsten Jahr eingehen. Zur Kompensation der Einnahmeausfälle in 2013 wird vom Ressort Wirtschaft, Arbeit und Häfen eine adäquater Ausgleich unter Einbeziehung aller Produktpläne und der Liquidität in den Sondervermögen geprüft. Es ist beabsichtigt, der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie dem Haushalts- und Finanzausschuss im November 2013 einen Sonderbericht vorzulegen, weil zu diesem Zeitpunkt auch eine Bewertung der EU-Kommission zu der Zahlungsunterbrechung erwartet wird.</p> <p>Bei dem EU-Programm Ziel-2 sind aufgrund einer Restzahlung Mehreinnahmen i. H. v. 0,18 Mio. Euro eingegangen.</p> <p>Die Einnahme von Bremerhaven für die Kostenerstattung i.H.v. 4,0 Mio. Euro ist bereits vollständig erzielt.</p>			
Personalausgaben:			
<p>In der Hochrechnung des Ressorts wird bis zum Jahresende mit Mehrausgaben für den Kernbereich i.H.v. 1,4 Mio. Euro gerechnet, weil die vorgesehenen Stelleneinsparungen aufgrund zu geringer Fluktuation voraussichtlich nicht erbracht werden können. Der Ausgleich der Mehrausgaben soll durch Minderausgaben bei den Investitionsmitteln erfolgen. Der erforderliche Haushaltsbeschluss wird bis zum Jahresende herbeigeführt.</p>			
Konsumtive und investive Ausgaben:			
<p>Die Differenz zwischen dem voraussichtlichen Soll und dem voraussichtlichen Ist ergibt sich aus der Begrenzung der Ausgaben auf den Finanzierungssaldo.</p>			
Verrechnungen:			
<p>Bei Projekten mit einer Gemeinschaftsfinanzierung durch mehrere Ressorts werden die benötigten Mittel zu Lasten der Ausgabeanschlüsse als Verrechnung gebucht. Dies kann bei der Aufstellung der Haushalte grundsätzlich nicht berücksichtigt werden.</p>			
Produktplanbezogener Finanzierungssaldo:			
<p>Der negative Finanzierungssaldo i. H. v. 98,8 Mio. Euro wird zum Jahresende aus haushaltstechnischen Gründen voraussichtlich im Umfang von insgesamt 0,2 Mio. Euro unterschritten. Dieser Betrag setzt sich aus den nachfolgenden Mehr- und Minderausgaben zusammen:</p> <p>In Höhe von voraussichtlich insgesamt 5,4 Mio. Euro sollen Ausgaben über den Finanzierungssaldo hinaus geleistet werden. Es handelt sich um Mehrausgaben aus Mitteln, die das Wirtschaftsressort vom Senator für Kultur für das Deutsche Schifffahrtsmuseum in Bremerhaven erhält (0,7 Mio. Euro). An die Jacobs-University Bremen sollen Zahlungen i.H.v. 3,0 Mio. Euro erfolgen, die aus Mitteln des</p>			

Produktplan: Wirtschaft	71	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 88	Seite 3
<p>Finanzressorts finanziert werden. Aus der Vereinnahmung von Mehreinnahmen und aus Erstattungen von anderen PPL sollen Mehrausgaben i. H. v. voraussichtlich 0,9 Mio. Euro, insbesondere für die BID-Innovationsbereiche, getätigt werden. Personalmehrausgaben i.H.v. 0,8 Mio. Euro werden durch Drittmittel ausgeglichen.</p> <p>Die Mindereinnahmen bei dem EU-Programm EFRE 2007-2013 i.H. v. insgesamt 15,3 Mio. Euro für den Bereich Wirtschaft und die anderen beteiligten Ressorts sind bei den kamerale Daten berücksichtigt und führen momentan ebenfalls zu einer Überschreitung des Finanzierungssaldos. Bis zum Jahresende wird dafür ein Ausgleich geschaffen.</p> <p>Die Minderausgaben, zusammengefasst 5,6 Mio. Euro, resultieren im Umfang von rd. 0,5 Mio. Euro aus Zahlungen an andere Ressorts, die im Wege der Verrechnung geleistet werden sollen. In Höhe von 1,4 Mio. Euro stehen konsumtive Mittel i.S. Citytax aufgrund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts nicht zur Verfügung. Für den Ausbau des IWES soll der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Mittel i.H.v. 0,7 Mio. Euro erhalten. Weiterhin ist die Unterschreitung darauf zurückzuführen, dass der Senatorin für Bildung und Wissenschaft im Wege der Nachbewilligung Mittel für die Projekte MeVis Research (1,8 Mio. Euro) und DFKI (0,4 Mio. Euro) bereitgestellt werden sollen. Für die Botanika sollen dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Mittel i.H.v. 0,4 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Weitere Minderausgaben i.H.v. 0,4 Mio. Euro resultieren aus erwarteten Mindereinnahmen sowie mehreren geplanten Einsparungen für andere Ressorts.</p> <p>Im Verlauf des weiteren Haushaltsjahres wird der Finanzierungssaldo aus folgenden Gründen noch weiter unterschritten:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Auflösung einer bei der Senatorin für Finanzen veranschlagten investiven Minderausgabe i.H.v. 5,381 Mio. Euro,2. Auflösung einer Umlage für den Kommunalen Klinikverbund Gesundheit Nord (GeNo Bremen), Finanzierung von Optimierungsmaßnahmen - Senat 18.06.2013 i.H.v. 12 Mio. Euro,3. Auflösung einer Umlage für den "Ausbau der Kindertagesbetreuung" - Senat 27.11.2012 i.H.v. 3,9 Mio. Euro. <p>Die jeweiligen genauen Ressortanteile werden von der Senatorin für Finanzen noch ermittelt und schließlich dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Befassung vorgelegt. Die erforderlichen Haushaltsbeschlüsse werden bis zum Jahresende herbeigeführt und sind noch nicht im Controllingssystem des Produktgruppenhaushalts erfasst. Im Hinblick auf diese Umschichtungen wird das Ressort diese investiven Bedarfe durch geeignete Umsteuerungsmaßnahmen auffangen.</p> <p>Verlustvortrag:</p> <p>Der Verlustvortrag hat sich in den Vorjahren aus nicht realisierten Einnahmen bei den EU-Einnahmen ergeben. Ein Ausgleich erfolgt im Rahmen der Programmlaufzeit. Die diesjährige Entwicklung des Verlustvortrages ist abhängig vom weiteren Verlauf der Zahlungsunterbrechnung seitens der EU-Kommission.</p>			

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 81 Häfen

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorlST enthalten):

erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	0,0

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Inv. Rückführung von SVIT an SV Hafen	2,5
Mehrbedarfe Personal	0,3
erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	2,8

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung	5,9	6,4	0,6
Budget (Personalausgaben) insges.	7,2	7,8	0,6

Kurze (stichwortartige) Begründung:

Die Überschreitung des Finanzierungssaldos ist aus der Rückführung von Liquidität (2,5 Mio. € p.a.) zurückzuführen, die dem SVIT zur Verfügung gestellt wurden, begründet. Die Mittel sollen dem SV Hafen über Nachbewilligung zur Verfügung gestellt werden. Zusätzliche Personalausgaben von rd. 0,3 Mio. € sollen über Drittmittel finanziert werden. Das Haushaltssoll wird sich bis zum Jahresende durch beabsichtigte Ressortumlagen (Auflösung Risikovorsorge, GeNo) noch verringern.

Im Kernbereich werden unter der Berücksichtigung der vollständigen Abschöpfung der Fluktuation, noch zu zahlender Altersteilzeitrückstellungen und einer noch zu erfolgenden Nachbewilligung zur Tarifkompensation Mehrausgaben in Höhe von rd. 0,5 Mio. € entstehen. Das Defizit bei den refinanziert Beschäftigten sollte durch noch zu generierende Einnahmeverfügungsmittel bis zum Jahresende ausgeglichen werden.

Ursächlich für die Mehrausgaben ist eine deutliche Überschreitung der jahresdurchschnittlichen Beschäftigungszielzahl um rd. 6 VZE.

Das Ressort beabsichtigt zur Deckung des Defizits Minderausgaben aus dem Investitionshaushalt heranzuziehen, ein Beschluss hierzu wird bis zum Jahresende herbeigeführt.

Aus Sicht des zentralen Controllings ist es notwendig, die zukünftige Personalplanung entsprechend des Personalkonzeptes restriktiv umzusetzen.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Umsetzung des Personalkonzeptes weiter vorantreiben.

Produktplan: 81 Häfen	Controlling 01-08/13 21.10.2013
Verantwortlich: Senator Günthner	Version: 88 Seite 1
Einhaltung Finanzdaten: 	Einhaltung Personaldaten: 
Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	945	1.320	-376	-28,5	1.099	2.257	2.222	-35	2.257
investive Einnahmen	10.737	10.737	0	0,0	10.737	10.737	10.737	0	10.737
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	11.682	12.057	-376	-3,1	11.836	12.994	12.959	-35	12.994
Personalausgaben	4.995	4.119	876	21,3	6.424	7.162	7.752	590	6.834
konsumtive Ausgaben	16.609	17.340	-731	-4,2	31.553	32.296	31.417	-879	31.408
Zinsausgaben	15.101	13.900	1.201	8,6	27.771	27.771	27.771	0	27.771
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	40.724	50.928	-10.204	-20,0	82.858	84.760	80.282	-4.478	78.380
relevante Verrech./Erstatt.	153	19	134	706,2	153	36	36	0	19
Gesamtausgaben	77.581	86.306	-8.725	-10,1	148.759	152.025	147.258	-4.767	144.412
Saldo	-65.900	-74.249	8.349	-11,2	-136.922	-139.031	-134.299	4.732	-131.418

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	25	0	0	0	0	2.336	0
- investiv	37.845	74.317	65.691	50.248	505.096		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	16.940	16.219	15.387	83.661		

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	502	468	34	4.183	3.775	408	6.444	5.887	557
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	502	468	34	4.183	3.775	408	6.444	5.887	557
Refinanzierte	49	24	25	407	193	214	620	315	305
Nebentitel	50	16	34	404	151	253	648	222	426
Insgesamt	601	508	93	4.994	4.119	875	7.712	6.424	1.288
- dar.: Beihilfe/Nachvers	11	14	-3	99	145	-46	190	210	-20
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	109,3	104,0	5,3	110,8	104,8	6,0	110,3	104,3	6,0
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	109,3	104,0	5,3	110,8	104,8	6,0	110,3	104,3	6,0
Refinanzierte	9,9	-	-	10,2	-	-	10,1	-	-
Abwesende	1,0	-	-	2,0	-	-	1,7	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	7,1	22,5	6,7
Beschäftigte über 55 Jahre	33,9	17,5	31,1
Frauenquote	21,3	50,0	22,2
Teilzeitquote	14,2	35,0	14,1
Schwerbehindertenquote	10,4	6,0	9,1

Produktplan: Häfen	81	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 88	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Ist-Planabweichungen:			
<p>Die für den Berichtszeitraum ausgewiesenen Ist-Planwertabweichungen ergeben sich aus unterjährigen Veränderungen gegenüber den Anschlägen (die Planwerte werden nur aus den Anschlägen entwickelt und berücksichtigen solche Veränderungen nicht). Die nachstehenden Erläuterungen beziehen sich jeweils auf die Jahresplanung.</p>			
Personalausgaben:			
<p>In der Hochrechnung des Ressorts wird bis zum Jahresende mit Mehrausgaben für den Kernbereich i. H. v. 0,6 Mio. Euro gerechnet, weil die vorgesehenen Stelleneinsparungen aufgrund zu geringer Fluktuation voraussichtlich nicht erbracht werden können. Der Ausgleich der Mehrausgaben soll durch Minderausgaben bei den Investitionsmitteln erfolgen. Der erforderliche Haushaltsbeschluss wird bis zum Jahresende herbeigeführt.</p>			
Konsumtive und investive Ausgaben:			
<p>Die Differenz zwischen dem voraussichtlichen Soll und dem voraussichtlichen Ist ergibt sich aus der Begrenzung der Ausgaben auf den Finanzierungssaldo.</p>			
Produktplanbezogener Finanzierungssaldo:			
<p>Der negative Finanzierungssaldo i. H. v. 131,4 Mio. Euro wird zum Jahresende voraussichtlich im Umfang von insgesamt 2,86 Mio. Euro überschritten. Dieser Betrag setzt sich aus den nachfolgenden Mehr- und Minderausgaben zusammen:</p>			
<p>In Höhe von 2,88 Mio. Euro sollen Ausgaben über den Finanzierungssaldo hinaus geleistet werden. Aus einer Rückführung des Sondervermögens Immobilien und Technik (Mittel des PPL 39) soll ein Betrag von 2,5 Mio. Euro für das Sondervermögen Hafen, Teil Investitionen, verwendet werden. Für die Finanzierung von Personalmehrausgaben werden Drittmittel i.H.v. 0,32 Mio. Euro herangezogen. Weitere Mehrausgaben i.H.v. 0,06 Mio. Euro werden insbesondere durch Minderausgaben im Produktplan 71 ausgeglichen. Die Minderausgaben, 0,02 Mio. Euro, resultieren aus Zahlungen an andere Ressorts, die im Wege der Verrechnung geleistet werden.</p>			
<p>Im Verlaufe des weiteren Haushaltsjahres wird der Finanzierungssaldo aus folgenden Gründen unterschritten:</p>			
<ol style="list-style-type: none">1. Auflösung einer bei der Senatorin für Finanzen veranschlagten investiven Minderausgabe i.H.v. 5,381 Mio. Euro,2. Auflösung einer Umlage für den Kommunalen Klinikverbund Gesundheit Nord (GeNo Bremen), Finanzierung von Optimierungsmaßnahmen - Senat 18.06.2013 i.H.v. 12 Mio. Euro,3. Auflösung einer Umlage für GeNo Bremen, Finanzierung von Planungskosten Klinikum Bremen-Ost - Senat 18.06.2013 i.H.v. 3 Mio. Euro.			
<p>Die jeweiligen genauen Ressortanteile werden von der Senatorin für Finanzen noch ermittelt und schließlich dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Befassung vorgelegt. Die erforderlichen Haushaltsbeschlüsse werden bis zum Jahresende herbeigeführt und sind noch nicht im Controllingsystem des Produktgruppenhaushalts erfasst. Im Hinblick auf diese Umschichtungen wird das Ressort diese investiven Bedarfe durch geeignete Umsteuerungsmaßnahmen auffangen.</p>			

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 91 Finanzen und Personal

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorlST enthalten):

erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	0,0

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

bitte konkret angeben ob aus Drittmitteln	
Ausgaberesten, Rücklagen oder	
Risiken	
erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	0,0

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung			0,0
Budget (Personalausgaben) insges.			0,0

Kurze (stichwortartige) Begründung:

A) Einhaltung des Budgets

Der PPL 91 wird sein Budget einhalten bzw. nach gegenwärtigem Stand um rd. 3 Mio. € unterschreiten, wobei die Budgetunterschreitung hauptsächlich bei den Personalausgaben zu verzeichnen sein wird.

Zu Lasten des PPL 91 besteht im PPL 96 ein finanzielles Risiko i.H.v. 1,287 Mio. € (VE-Abdeckung) bei den an Dataport zu zahlenden Entgelten für IT-Verfahren im Steuerbereich.

B) Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos

Der veranschlagte produktplanbezogene Finanzierungssaldo (-75,7 Mio. €) hat sich nach diversen Mittelverlagerungen auf aktuell -80,9 Mio. € erhöht und wird voraussichtlich eingehalten.

C) Kommentierung der Personaldaten

Die Personalausgaben und Zielzahlen werden eingehalten.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Es besteht kein aktueller Handlungsbedarf.

Produktplan: Finanzen / Personal	91	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Senatorin Linnert	Version: 88	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	11.998	6.848	5.150	75,2	12.473	16.435	17.228	793	10.061
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	4	0	4	0,0	4	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	12.002	6.848	5.154	75,3	12.477	16.435	17.228	793	10.061
Personalausgaben	48.509	51.282	-2.773	-5,4	76.869	76.592	74.380	-2.212	69.563
konsumtive Ausgaben	14.494	12.105	2.389	19,7	18.811	20.300	20.453	153	15.676
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	326	303	23	7,7	560	560	445	-115	480
relevante Verrech./Erstatt.	75	5	70	1.392,0	50	75	75	0	6
Gesamtausgaben	63.404	63.695	-291	-0,5	96.290	97.527	95.353	-2.174	85.725
Saldo	-51.402	-56.847	5.445	-9,6	-83.812	-81.092	-78.125	2.967	-75.664

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2013	2014	2015	2016	2017ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	0	0	0	0
- investiv	109	83	83	83	581
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr .
Tsd. EUR	
3.509	0

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	4.482	4.508	-26	35.986	36.275	-289	54.723	55.233	-510
Personalverstärkung	5	5	0	43	37	6	67	59	8
Ausbildung	988	970	18	6.537	7.898	-1.361	10.516	11.297	-781
Zwischensumme	5.475	5.483	-8	42.566	44.210	-1.644	65.306	66.589	-1.283
Refinanzierte	477	551	-74	3.816	4.406	-590	5.816	6.700	-884
Nebentitel	175	303	-128	2.128	2.666	-538	3.099	3.581	-482
Insgesamt	6.127	6.337	-210	48.510	51.282	-2.772	74.221	76.870	-2.649
- dar.: Beihilfe/Nachvers	131	183	-52	1.687	2.062	-375	2.487	2.750	-263
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	1.150,1	1.187,0	-36,9	1.167,7	1.193,8	-26,1	1.161,8	1.190,0	-28,2
Personalverstärkung	1,0	1,0	0,0	1,0	1,0	0,0	1,0	1,0	0,0
Ausbildung	765,7	1.033,1	-267,4	654,4	783,7	-129,3	691,5	845,2	-153,7
Zusammen	1.916,8	2.221,1	-304,3	1.823,1	1.978,5	-155,4	1.854,3	2.036,2	-181,9
Refinanzierte	108,8	-	-	109,3	-	-	109,2	-	-
Abwesende	72,5	-	-	68,0	-	-	69,5	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	9,7	22,5	9,0
Beschäftigte über 55 Jahre	32,5	17,5	31,3
Frauenquote	54,6	50,0	54,3
Teilzeitquote	30,6	35,0	30,9
Schwerbehindertenquote	9,7	6,0	12,5

Produktplan: Finanzen / Personal	91	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Senatorin Linnert	Version: 88	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
3.1 Kamerale Finanzdaten			
Zum Jahresende ist mit Mehreinnahmen von rd. 793 T Euro zu rechnen, die zum Teil zur Deckung zwingend notwendiger Mehrausgaben bei den konsumtiven Sachausgaben herangezogen werden müssen. Die zur Verfügung stehenden investiven Ausgabemittel werden voraussichtlich ausreichen, um zwingend notwendige Maßnahmen zu finanzieren.			
3.2 Personaldaten			
Nach dem Controlling-Bericht wird zum Jahresende die Personalzielzahl für den Kernbereich (ohne Ausbildung) um voraussichtlich 28,2 Vollzeitkräfte (VK) unterschritten.			
3.3) Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos 2013			
Der Finanzierungssaldo für den PPL 91 ist nach diversen Mittelverlagerungen von 75,7 Mio Euro auf 80,9 Mio Euro erhöht worden und wird voraussichtlich eingehalten.			
Ein finanzielles Gesamtrisiko von 1.287 T Euro besteht im PPL 96 zu Lasten des PPL 91 bei den an Dataport zu zahlenden Entgelten für die IT-Verfahren im Steuerbereich.			

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 92 Allgemeine Finanzen

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorIST enthalten):

erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	0,0

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

bitte konkret angeben ob aus Drittmitteln	
Ausgaberesten, Rücklagen oder	
Risiken	
erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	0,0

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung			0,0
Budget (Personalausgaben) insges.			0,0

Kurze (stichwortartige) Begründung:

A) Einhaltung des Budgets

Der PPL 92 wird sein Budget einhalten bzw. nach gegenwärtigem Stand um rd. 17,3 Mio. € unterschreiten. In diesem Betrag sind die aus 2012 übertragenen Rücklagen und Ausgabereste (zusammen rd. 11,6 Mio. €) rechnerisch enthalten. Im voraussichtlichen Haushaltsoll und voraussichtlichen Ist bei den Personalausgaben werden noch rd. 1,0 Mio. € für andere Produktpläne vorgehalten.

B) Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos

Unter Berücksichtigung insbesondere

- a) der mit der Dezentralisierung global/zentral veranschlagter Personalausgaben und Personalkostenzuschüsse einhergehenden Verlagerung entsprechender Liquidität zu Gunsten anderer Produktpläne
 - b) der beabsichtigten Nachbewilligung von Minderausgaben bei den dezentral veranschlagten Beihilfen, Nachversicherungen und Ausbildungsmitteln zu Gunsten des PPL 92
 - c) der vom PPL 68 "Umwelt, Bau und Verkehr" in Höhe des Verlustes der BSAG für den Verlustausgleich der BVG mbH zur Verfügung gestellten Liquidität
 - d) der für Eigenkapitalerhöhungen bei der GeNo zu Lasten der Zinsausgaben beschlossenen Nachbewilligungen
 - e) sonstiger produktplanübergreifender Mittelverlagerungen (+/-)
- wird der PPL 92 den für ihn zulässigen Finanzierungssaldo voraussichtlich einhalten.

C) Kommentierung der Personaldaten

Bei den Personalausgaben werden Minderausgaben in Höhe von rd. 3,1 Mio. € ausgewiesen. Bereinigt um die im Haushaltsoll enthaltenen Reste werden sich Mehrausgaben in Höhe von rd. 4,2 Mio. € ergeben. Das Defizit soll durch Minderausgaben bei den dezentral veranschlagten Mitteln für Beihilfen/Nachversicherungen ausgeglichen werden.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Es besteht kein aktueller Handlungsbedarf.

Produktplan: Allgemeine Finanzen	92	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 88	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	95.665	73.646	22.019	29,9	121.428	144.399	148.162	3.763	120.090
investive Einnahmen	2	0	2	0,0	0	0	2	2	0
relevante Verrech./Erstatt.	55.622	44.240	11.382	25,7	44.902	58.014	58.014	0	240
Gesamteinnahmen	151.288	117.886	33.402	28,3	166.330	202.413	206.178	3.765	120.330
Personalausgaben	272.790	281.431	-8.641	-3,1	420.096	416.451	413.352	-3.099	430.768
konsumtive Ausgaben	76.298	88.858	-12.560	-14,1	114.430	135.175	125.801	-9.374	78.252
Zinsausgaben	0	38	-38	-100,0	38	38	38	0	38
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	38.969	25.746	13.223	51,4	83.089	83.488	82.456	-1.032	25.822
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	3.068	3.068	3.068	0	3.068
Gesamtausgaben	388.057	396.073	-8.016	-2,0	620.721	638.220	624.715	-13.505	537.948
Saldo	-236.768	-278.187	41.419	-14,9	-454.391	-435.807	-418.537	17.270	-417.618

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	0	0
- investiv	13.874	25.083	13.241	13.161	4.505		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	38	38	38	520		

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	551	607	-56	4.356	4.880	-524	6.835	7.601	-766
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	551	607	-56	4.356	4.880	-524	6.835	7.601	-766
Refinanzierte	1	2	-1	6	16	-10	9	26	-17
Nebentitel	33.614	34.100	-486	268.428	276.535	-8.107	405.421	412.469	-7.048
Insgesamt	34.166	34.709	-543	272.790	281.431	-8.641	412.265	420.096	-7.831
- dar.: Beihilfe/Nachvers	17	219	-202	181	1.755	-1.574	249	2.633	-2.384
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	163,0	181,3	-18,3	162,1	182,2	-20,1	162,4	181,7	-19,3
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	163,0	181,3	-18,3	162,1	182,2	-20,1	162,4	181,7	-19,3
Refinanzierte	0,2	-	-	0,3	-	-	0,3	-	-
Abwesende	15,4	-	-	17,5	-	-	16,8	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	-	-	-
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-
Frauenquote	-	-	-
Teilzeitquote	-	-	-
Schwerbehindertenquote	-	-	-

Produktplan: Allgemeine Finanzen	92	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 88	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
A) Einhaltung des Budgets			
Der PPL 92 wird sein Budget einhalten bzw. nach gegenwärtigem Stand um rd. 17,3 Mio. Euro unterschreiten. In diesem Betrag sind die aus 2012 übertragenen Rücklagen und Ausgabereste (zusammen rd. 11,6 Mio. Euro) rechnerisch enthalten. Im voraussichtlichen Haushaltssoll und voraussichtlichen Ist bei den Personalausgaben werden noch rd. 1,0 Mio. Euro für andere Produktpläne vorgehalten.			
B) Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos			
Unter Berücksichtigung insbesondere			
a) der mit der Dezentralisierung global/zentral veranschlagter Personalausgaben und Personalkostenzuschüsse einhergehenden Verlagerung entsprechender Liquidität zu Gunsten anderer Produktpläne			
b) der beabsichtigten Nachbewilligung von Minderausgaben bei den dezentral veranschlagten Beihilfen, Nachversicherungen und Ausbildungsmitteln zu Gunsten des PPL 92			
c) der vom PPL 68 "Umwelt, Bau und Verkehr" in Höhe des Verlustes der BSAG für den Verlustausgleich der BVG mbH zur Verfügung gestellten Liquidität			
d) der für Eigenkapitalerhöhungen bei der GeNo zu Lasten der Zinsausgaben beschlossenen Nachbewilligungen (43,7 Mio. Euro)			
e) sonstiger produktplanübergreifender Mittelverlagerungen (+/-)			
wird der PPL 92 den für ihn zulässigen Finanzierungssaldo voraussichtlich einhalten.			

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 93 Zentrale Finanzen

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorlST enthalten):

erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	0,0

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

bitte konkret angeben ob aus Drittmitteln	
Ausgaberesten, Rücklagen oder	
Risiken	
erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	0,0

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung			0,0
Budget (Personalausgaben) insges.			0,0

Kurze (stichwortartige) Begründung:

Im Berichtszeitraum sind konsumtive Mehreinnahmen (10,2 Mio. €) aus Agio-Beträgen entstanden, die durch Umbuchung sachbezogen ausgabeseitig bei der Durchführung von Zinsgeschäften wieder eingesetzt werden. Die Einnahmen können sich bis zum Jahresende noch verändern. Demgegenüber werden Mindereinnahmen aus Spielbank und den weiteren Leistungen von rd. 4,0 Mio. € erwartet, die im Ressortbudget auszugleichen sind.

In den Haushalten 2013 wurden globale investive Minderausgaben in einer Gesamthöhe von 5,381 Mio. € veranschlagt, welche im Haushaltsvollzug - wie im Vorjahr - durch eine Umlage auf alle Produktpläne zu erwirtschaften sind. Die investiven Ausgaben, die weitestgehend die UVI-Programm-Mittel wiedergeben, werden eingehalten. Die Sollerhöhung bis zum Jahresende ergibt sich aus der Auflösung der globalen Minderausgabe und der innerhalb des Produktplans 93 durch Umbuchung erfolgten Zahlung für die BKF-Tilgung an SWS (4,0 Mio. €) aus Zinsminderausgaben. Über die Verwendung der Zinsminderausgaben wurde im Halbjahrescontrolling bereits berichtet.

Das Budget wird eingehalten, der Finanzierungssaldo voraussichtlich nicht überschritten.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Produktplan: Zentrale Finanzen	93	Controlling 01-08/13 21.10.2013		
Verantwortlich:	Lühr	Version: 88	Seite 1	
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:		

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013					Jahresplanung 2013			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	64.979	56.281	8.698	15,5	92.269	89.927	84.366	-5.561	81.726
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	64.979	56.281	8.698	15,5	92.269	89.927	84.366	-5.561	81.726
Personalausgaben	349	206	143	69,2	322	0	0	0	0
konsumtive Ausgaben	107.249	109.028	-1.779	-1,6	166.449	156.289	155.429	-860	164.863
Zinsausgaben	440.341	445.000	-4.659	-1,1	569.474	561.645	561.645	0	609.645
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	6.818	8.471	-1.653	-19,5	12.951	20.365	20.365	0	10.908
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	2.337	1.770	1.770	0	1.770
Gesamtausgaben	554.757	562.705	-7.948	-1,4	751.532	740.069	739.209	-860	787.186
Saldo	-489.778	-506.424	16.646	-3,3	-659.263	-650.142	-654.843	-4.701	-705.460

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	8.894	86	0	0	0	0	0
- investiv	41.080	1.100	0	0	0	0	0
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Personalverstärkung	43	26	17	349	206	143	524	322	202
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	43	26	17	349	206	143	524	322	202
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	43	26	17	349	206	143	524	322	202
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalverstärkung	9,7	0,0	9,7	10,0	0,0	10,0	9,9	0,0	9,9
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	9,7	0,0	9,7	10,0	0,0	10,0	9,9	0,0	9,9
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	46,7	22,5	7,7
Beschäftigte über 55 Jahre	13,3	17,5	23,1
Frauenquote	46,7	50,0	46,2
Teilzeitquote	20,0	35,0	53,9
Schwerbehindertenquote	7,1	6,0	0,0

MONATSCONTROLLING FINANZ- / PERSONALDATEN 01- 08 / 2013

Produktplan: 96 IT-Budget der Freien Hansestadt Bremen

Finanz- und Personaldaten: siehe beigefügtes Produktplanblatt
alle Beträge in Mio. €

A. Einhaltung des Budgets (HH-Soll) zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort benannte Haushaltsrisiken (im vorIST enthalten):

erwartetes Haushaltsrisiko insgesamt	0,0

B. Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Rücklageninanspruchnahme für das Projekt "Digitalfunk"	0,259
Rücklageninanspruchnahme für das Projekt "SEPA"	0,780
erwartete Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos insgesamt	1,039

C. Einhaltung der Personaldaten zum Jahresende ja nein

Falls nein, vom Ressort erwartete Überschreitung

Zielzahlen	Soll	IST	Abweichung
Zielzahl Kernbereich/Ausbildung	entfällt	entfällt	entfällt
Budget (Personalausgaben) insges.	entfällt	entfällt	entfällt

Kurze (stichwortartige) Begründung:

A) Einhaltung des Budgets

Der PPL 96 wird sein Budget einhalten bzw. nach gegenwärtigem Stand am Jahresende um rd. 8,8 Mio. € unterschreiten . Die Budgetunterschreitung wird dadurch entstehen, dass die aus 2012 übertragenen Rücklagen und Ausgabereste (zusammen rd. 9,8 Mio. €) voraussichtlich nicht in voller Höhe in Anspruch genommen werden müssen.

B) Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos

Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Mittelverlagerungen am Jahresende um voraussichtlich rd. 1,039 Mio. € überschritten. Ursächlich hierfür sind geplante Rücklageninanspruchnahmen für die Projekte "Digitalfunk" (0,259 Mio. €) und "SEPA" (0,780 Mio. €). Ein produktplanübergreifender Ausgleich für die voraussichtliche Überschreitung des Finanzierungssaldos im PPL 96 wird im PPL 93 beim UVI-Projekt "BASIS.bremen" aufgezeigt, da die hier veranschlagten Mittel zum Teil erst in 2014 abfließen werden.

beabsichtigte/vereinbarte Steuerungsmaßnahmen

Kein Handlungsbedarf, da die voraussichtliche Überschreitung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos produktplanübergreifend kompensiert werden kann.

Produktplan: 96 IT-Budget der FHB	Controlling 01-08/13 21.10.2013
Verantwortlich: Lühr	Version: 88 Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:
	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - August 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschatz	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	600	0	600	0,0	474	600	720	120	0
investive Einnahmen	27	0	27	0,0	27	27	27	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	99	41	58	142,6	99	120	120	0	67
Gesamteinnahmen	726	41	685	1.670,9	600	747	867	120	67
Personalausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
konsumtive Ausgaben	19.083	16.466	2.617	15,9	33.450	33.399	29.316	-4.083	29.953
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	1.785	1.594	191	12,0	10.243	12.404	7.768	-4.636	4.567
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	20.868	18.060	2.808	15,6	43.693	45.803	37.084	-8.719	34.520
Saldo	-20.142	-18.019	-2.123	11,8	-43.092	-45.056	-36.217	8.839	-34.453

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	1.287	0	0	0	0	0	0
- investiv	0	4.447	3.852	4.107	2.417		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	August 2013			kumuliert Januar - August 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Personalverstärkung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischensumme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Refinanzierte Nebentitel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- dar.: Beihilfe/Nachvers	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Personalverstärkung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Refinanzierte Abwesende	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Personalstruktur	Aug 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	-	-	-
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-
Frauenquote	-	-	-
Teilzeitquote	-	-	-
Schwerbehindertenquote	-	-	-

Produktplan: IT-Budget der FHB	96	Controlling 01-08/13 21.10.2013	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 88	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
A. Einnahmen			
Im Zeitraum Januar bis August 2013 wurden konsumtive Einnahmen u. a. im Zusammenhang mit SAP-Lizenzen, Dataportgutschriften, ELAZE-Einnahmen in Höhe von 600 Tsd. Euro gebucht, die im Wesentlichen zur Refinanzierung von IT-Maßnahmen herangezogen werden. Die Gesamteinnahmen überschreiten Ende August 2013 im Ist um rd. 685 Tsd. Euro den Einnahmeplanwert.			
B. Ausgaben			
Die Gesamtausgaben im Produktplan 96 IT-Budget der FHB bewegen sich nach acht Monaten in Höhe von 20,868 Mio. Euro im Ist mit 2.808 Tsd. Euro über dem zeitanteilig gebildeten Planwert auf Anschlagbasis. Ursächlich für die Überschreitung sind früher als geplant abfließende Ausgaben für IT-Fachverfahren bei Justiz und bei den Steuerfachverfahren. Für die Steuerfachverfahren wird zur Abdeckung einer valutierenden Verpflichtungsermächtigung noch eine Nachbewilligung in Höhe von 1,287 Mio. Euro erfolgen, die im voraussichtlichen HH-Soll und voraussichtlichen Ist bereits berücksichtigt ist.			
C. Budgeteinhaltung 2013			
Der Produktplan 96 wird sein Budget 2013 einhalten. Nach aktuellem Stand wird das Budget um 8,839 Mio. Euro unterschritten. Die Begründung hierfür ist, dass voraussichtlich nicht alle übertragenen Rücklagen und Ausgabereste aus 2012 in 2013 in Anspruch genommen werden.			
D. Finanzierungssaldo			
Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen nach aktuellem Stand zum Jahresende um rd. 1,039 Mio. Euro überschritten. Diese Überschreitung setzt sich aus geplanten Rücklageninanspruchnahmen für das Projekt Digitalfunk i.H.v. 259 Tsd. Euro und für das Projekt SEPA i.H.v. 780 Tsd. Euro zusammen. Derzeit werden keine Lösungsmöglichkeiten innerhalb des PPL 96 gesehen, um diese vorauss. Überschreitung auszugleichen. Produktplanübergreifend können Lösungen beim UVI-Projekt BASIS.bremen angeboten werden, da hier veranschlagte Mittel zum Teil erst 2014 abfließen werden.			
E. Leistungsdaten			
Leistungsdaten werden im Produktplan 96 "IT-Budget der FHB" unterjährig nicht erhoben.			